

# DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

8-9/87

September

\*

Bei dem Meister entwickelt sich das Neue und Bedeutende mitten im „Dünger“ der Widersprüche, gewaltsam aus den widersprechenden Erscheinungen. Die Widersprüche selbst, die zugrunde liegen, zeugen von dem Reichtum der lebendigen Unterlage, aus der die Theorie sich herauswindet.

Anders mit dem Schüler. Sein Rohstoff ist nicht mehr die Wirklichkeit, sondern die neue theoretische Form, wozu der Meister sie sublimiert hat.

*Teils der theoretische Widerspruch der Gegner der neuen Theorie, teils das oft paradoxe Verhältnis dieser Theorie zu der Realität spornen ihn zum Versuch, die ersten zu widerlegen, das letztere wegzu erklären.*

Bei diesem Versuch verwickelt er sich selbst in Widersprüche und stellt mit seinem Versuch sie zu lösen zugleich die beginnende Auflösung der Theorie dar, die er dogmatisch vertritt.

(Karl Marx)

\*

Redaktion:

Michael Ben, Thomas Neumann

Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 0211/3 61 33 60

Michael Charlier, Dr. phil., geb. 1944; Publizist, Essen; als Jacques Limburger in »Debatte« 6-7/85: Die Schönheit des Flickenteppichs — Der unaufhaltsame Wiederaufstieg der SPD; 3/86: Die Kunst des Zusammenhangs oder Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur schwarzen Magie; in 8-9/86: Der hl. Atom — Traktat von der Möglichkeit, eher auf den Tod als auf den Teufel zu verzichten.

Agnes Hüfner, Dr. phil., geb. 1938; Publizistin, Düsseldorf.

Sabine Kebir, Dr. phil., geb. 1949; Lehrtätigkeit an den Universitäten Oran und Algier; u.a.: Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis, Berlin/DDR 1979.

Hagen Kühn, Dr. rer. pol., geb. 1943; Ökonom; Sozialforscher am Wissenschaftszentrum Berlin; u.a.: Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens, 1980; Betriebliche Arbeitsschutzpolitik, 1982; Informationstechnologie im Dienstleistungsbereich (mit anderen), 1985.

Frank Unger, Dr. phil., geb. 1945; wiss. Mitarbeiter am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikaforschung der FU-Berlin; zuletzt: Politische Ökonomie und Subjekt der Geschichte, Frankfurt 1985.

ISSN 0176-7232

# DÜSSELDORFER DEBATTE

Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald  
Karl-Anton-Straße 18, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/3613360  
Konto 5717004 Deutsche Bank (BLZ 30070010)

Erscheinungsweise: monatlich (außer Juli/August)  
Abo-Heftpreis 12,- DM (einzeln 15,- DM) + Versandkosten  
Kündigung mit Dreimonatsfrist zum Ende des jeweiligen Abonnement-Jahres.

Copyright©: Verlag Michael G. von Bentivegni-W. / Gestaltung: Kurt Weidemann / Satz: DEBATTE / Korrektur: Christel Kauder / Druck: Plitt, Oberhausen / Anzeigenpreisliste 1/84 / Vertrieb: INTER-ABO Betreuungs-GmbH, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Editorial	2
Agnes Hüfner	
In memoriam Ein Kapitel aus der Literaturgeschichte der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Wortproduzenten	7
"Gewerkschaftliche Kulturarbeit" — Zeitschriftenschau	18
Frank Unger	
Auf der Suche nach einem neuen Amerika	21
Sabine Kebir	
Die Mutterstrafe im Sommer des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit — Probleme des Bevölkerungswachstums in Algerien	39
Thomas Neumann	
Das Rienenspielzeug Die bäuerliche Landwirtschaft ist an ihr Ende gekommen	43
Michael Charlier	
Von Pflanzen- und anderen Gesellschaften	55
Hagen Kühn	
Die rationalisierte Ethik Zur Moralisierung von Krise und Krankheit	67



Das erste Heft der »Debatte« erschien vor drei Jahren im September 1984. Im »Deutschlandfunk« (6. 8. 87) hat Manfred Jäger die vorliegenden drei Jahrgänge ausführlich und sorgfältig vorgestellt: "Profil einer Zeitschrift". Anfangs ein "tollkühnes Unternehmen" angesichts des Desinteresses an Gesellschaftstheorie, insbesondere ihrer marxistischen Varianten, das "Angebote machte, wo kein Bedürfnis vorhanden war" und in eine "Marktlücke stieß, die es nicht gab", fand die Zeitschrift dennoch "ihren Platz". "Die Düsseldorfer Debattierer blieben fürs erste — und bis auf weiteres, vermutlich langfristig — dabei, daß mehr Reflexionsbedarf als Handlungsbedarf bestehe."

Ein technisches "Profil" zeichnet »Page« (2/87). Sie stellt uns freundlicherweise als die einzige Zeitschrift ihrer Art vor, die unter die DTP-Produkte zu rechnen ist — Desktop Publishing. "Ganz klar, daß eine 'Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft' nicht in Laserdrucker-Qualität daherkommen mag. Abgesehen davon gibt es in den Redaktionsräumen der »Düsseldorfer Debatte« gar keinen Laserprinter. Die beiden Redakteure Michael Ben und Thomas Neumann erstellen ihre Probeausdrucke auf einem Nadeldrucker. Danach schicken sie ihre Disketten zur Belichtung auf einem Linotronic-Belichter nach Stuttgart. ... Insgeheim spekulieren Ben/Neumann auf einen preiswerten Scanner mit OCR-Software. OCR steht für 'Optical Character Recognition': Mit einem solchen Gerät, das zum Beispiel Schreibmaschinen-Skripte Zeichen für Zeichen ins System einliest, könnten sie die Texteingabe enorm beschleunigen, zumal beide keine 10-Finger-Artisten sind." Stimmt alles ganz genau. Aber die Sache ist uns zu teuer, und »Die Feder« ist immer noch gegen diese Art Arbeitsplatzvernichtung.

Die »Neue Zürcher Zeitung« fand in ihrer letzten Zeitschriftenschau (6. 7. 87) die noch nicht abgeschlossene Folge von Peter Furths Arbeiten erwähnenswert: "Daß Sozialwissenschaftler nicht nur als beratende Assistenten der Weltverwalter auftreten können, sondern auch weiterhin in der Lage sind, historische Entwicklungen zu analysieren, zu rekonstruieren und ihre aktuellen Bedeutungen zu diagnostizieren, das zeigt (...) eine Folge von bisher drei Aufsätzen mit 'Überlegungen zu einer Phänomenologie der Enttäuschungen' ... Peter Furth versteht seine Überlegungen als Versuch, 'aus der Not der Enttäuschung die Tugend der Reflexion zu machen'. Leitender Gedanke ist ein positives und aktives Verständnis von Enttäuschung: Ent-Täuschung als Befreiung von Täuschung. Man darf gespannt sein auf die folgenden Kapitel dieser Arbeit." Sind wir auch, sie liegen noch auf dem Schreibtisch von Furth.

Ganz anders aber sah es Thomas Assheuer, der für den »Hessischen Rundfunk« (9. 7. 87) die letzte Ausgabe der »Debatte« besprach. Er zi-

tiert aus der einem Aufsatz von Hannah Arendt vorangestellten Bemerkung Wilhelm Pauls einen Satz Peter Furths, der dessen Artikel über die "Bewirtschaftung der Toten" (»Debatte« 2/86) entnommen war, und begründet damit einen versteckten Antisemitismus der »Debatte«. Der inkriminierte Satz von Furth heißt: "Manchmal konnte man in den Jahren der eifersüchtigen Abwehr jeglicher Veralltäglichen des Tabus fürchten, darin äußere sich so etwas wie eine Elitetheorie des Opfers. Vermutlich ist es wirklich so, daß zu einer negativen Theodizee auch der Gedanke einer negativen Auserwähltheit gehört." Furth hatte zuvor geschrieben und Paul hatte das auch zitiert: "Die zum Schutz vor Vergessen um Auschwitz errichtete Mauer der Unvergleichlichkeit hatte eine unbedachte und nicht gewollte Nebenwirkung: Was Vergessen verhindern sollte, bewirkte es anderen gegenüber."

Man muß mit der Geschichte der Bundesrepublik recht unvertraut sein, um den Zusammenhang zu bestreiten. Nach 1945 ging es fast umsonst durch die konservativen Zeitschriften, daß die einmalige Schuld nicht allein eine einmalige Verantwortung der Deutschen nach sich ziehe, sondern noch eine andere Einmaligkeit. Ein Beispiel: "Wer will sagen", schrieb in der ersten Ausgabe der »Sammlung« Adolf Grimme, "ob darin, daß wir neu beginnen dürfen, auch, wenn wir nur wollen, die Möglichkeit der Größe dieser dunklen Tage beschlossen liegt, so daß es schließlich vor dem Forum der Geschichte nachträglich einen Sinn erhielte, daß wir in dieses Nichts geführt sind." Und selbst ein so ganz und gar unkonservativer Mensch wie Günther Weisenborn schrieb 1947 in »Ost und West«: "Es heißt, daß Schmerz läutert, nun, dann werden wir Schriftsteller der Deutschen die glühende Vorhut einer Läuterung sein, die in ihrer Inbrunst so beispiellos sein muß, wie die deutsche Untat beispiellos war." Bis zur Studentenbewegung 1967/68 hat es schließlich gedauert, ehe die jüngere Intelligenz der Bundesrepublik sich von dieser "Nebenwirkung" frei machen und über Vietnam sprechen konnte, ohne sich von den Älteren mit dem Hinweis auf die eigene Vergangenheit ihre Kritik verstellen zu lassen. Thomas Assheuer aber nennt, was Furth geschrieben und die »Debatte« gedruckt hat, "philosophierenden Antisemitismus unter der Unschuldsmaske bloßen Fragens"; — Nebbuchant! Es beruhigt uns, daß der Hessische Rundfunk mitteilen läßt, ab September werde Herr Dr. Jochen Köhler aus Frankfurt die Zeitschriftenschau betreuen.

Die »taz« bekommt seit Erscheinen des ersten Heftes Monat für Monat umsonst die »Debatte« zugesandt. Wir hatten die Hoffnung nie aufgegeben, daß man in der Redaktion einmal Kenntnis davon nehmen werde. Die Hoffnung hat nicht getrogen. "Unserem Archivar fiel sie in die Hände", beginnt es und endet nach 27 schräggesetzten Zeilen mit Bemerkun-

gen über einen Aufsatz von Martin Jürgens zu Robert Walser. Aber was macht die »taz« (26. 6. 87) daraus? "Martin Jürgens reflektiert einen Text *Martin* Walsers anlässlich dessen Begegnung mit Wladimir Iljitsch Lenin in der Züricher Spiegelgasse." Bitte ins Archiv zurückgeben.

Der Deutschlandfunk stellte seiner Sendung über die »Debatte« ein von Eva Maria Hagen gesungenes Biermann-Lied voran, das mit den Versen schließt: "Ich bleib immer ich — auch vorm Posten: / Immer die aus'm Osten."

\*

Vor drei Jahren kam der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik nicht zustande, weil es merkwürdig ausgesehen hätte, ost-westliche Harmonie vorzutäuschen, während die Regierung in der Bundesrepublik mit der Stationierung der Pershing-II beschäftigt war und sich dabei sehr laut über die Wiedervereinigung unterhielt. Kurz vor dem geplanten Besuch schrieb die »Prawda« (2. 8. 1984), daß die "Bonner Führung als Einpeitscher des Wettrüstens in Europa agiert" und außerdem "ihre Pläne zur Untergrabung des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates aktiver und hartnäckiger denn je zu realisieren" versuche. Erich Honecker sah das zunächst anders. Am 18./19. 8. 84 antwortete er auf entsprechende Fragen im »Neuen Deutschland«: "Selbst unter konservativen Politikern, die sich mit der Stationierung von Pershing-II und Cruise Missile identifizieren, keimt Ernüchterung."

Die »Debatte« kommentierte in ihrer ersten Ausgabe im September 1984 den denkwürdigen Widerspruch: "Was in Zukunft daraus wird, daß DDR und SU, Ungarn und CSSR, Polen und Rumänien die Lage nach der Raketenstationierung unterschiedlich beurteilen, ist abzuwarten. Diese Unterschiede, wie im Westen auch, hat die Stationierung u. a. zum Resultat. Jede weitere Runde im Wettrüsten führt näher zum Abgrund hin, so etwa sagte Andropow. Da mögen dann Differenzen auftreten, mit denen zu leben gelernt werden wird. Ein Hundsfoot, wer Schlechtes dabei denkt." In der zweiten Ausgabe der »Debatte«, Oktober 1984, — Honecker hatte seine Reisepläne inzwischen aufgegeben — widmete sich Helmut Ridder dem Nicht-Besuch, "Schluß und kein Dakapo!". Ridder meinte, daß auch Honecker Grund gehabt habe, dankbar dafür zu sein, daß der Besuch nicht stattfinden konnte, "ist ihm doch erspart geblieben, eine die Minima von Normalität nicht respektierende zwischenstaatliche Beziehung in die 'konstruktive Zusammenarbeit beider Staaten in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden' umzulügen. Aber wir können Herrn Honecker nicht dankbar dafür sein, daß er das in seiner Absage weggelassen hat."

Nun kommt — "der 1912 an einem Sonntag in Neunkirchen als viertes Kind eines aktiven Kommunisten geborene", so die FAZ — Erich Honecker. Hat sich etwas geändert? Wie vor drei Jahren beurteilen die Regierungen der Sowjetunion und der DDR die Politik der Bundesregierung unterschiedlich. In der Sowjetunion wird mit Blick auf die Abrüstung, jetzt geht es um die Pershing-IA, nach wie vor vom "deutschen Hindernis" gesprochen, in der DDR mehr denn je von der neuen "Koalition der Vernunft", die sich zwischen beiden Staaten angebahnt habe. Die Kontroverse ist also geblieben, aber ihr Gewicht hat sich verändert. Die Lage unterschiedlich zu beurteilen, gehört zum sozialistischen Alltag, das war vor drei Jahren nicht so. Keine der beiden Regierungen begründet ihre Politik noch mit der Sorge um die Gattung, wie es vorübergehend üblich geworden war, jede benennt die eigenen Interessen. Honi soit qui mal y pense.

Daß der Besuch aber auch 1987 für Linke mehr Fragen als für jeden anderen aufwirft, ist schon an der Zurückhaltung abzulesen, mit der das "Medienereignis des Jahres" bei ihnen aufgenommen wird. Und es ist klar, warum. Zwischen der DDR und der BRD sind drei Papiere ausgehandelt worden, die während des Besuchs unterzeichnet werden sollen. Ein Umweltschutzabkommen, eine Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaften und ein Strahlenschutzabkommen. Die letzte Vereinbarung vor allem beinhaltet mehr als der Name hergibt.

Vorgesehen ist ein gegenseitiger Informationsaustausch "über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie". Auf diesem Gebiet soll es zu kontinuierlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten kommen; die im übrigen auch den Streit über Westberlin beigelegt zu haben scheinen. Die Obhut der Bundesrepublik über die "selbständige Einheit" wird bei allen in Rede stehenden Vereinbarungen in Kauf genommen. Mit der SPD, die peu à peu aus der Kernenergie aussteigen will, wäre ein solches Abkommen zur Zeit nicht zu machen. Das weiter links stehende "breite Bündnis" von KKW-Gegnern und Friedensbewegung lehnt jede Art Nutzung von Kernenergie kategorisch ab. Bleiben als realistische Partner in dieser Sache CDU und CSU. Das muß man sehen, sagt der Volksmund.

Auch in der Theorie ist die Einheitlichkeit der politökonomischen Welt-sicht Linker hüben und drüben in Schwierigkeiten geraten. Als der Ministerrat der DDR vor einigen Monaten die Menge des 1:1 zu tauschenden Reisegelds für Go-West-Bürger von 70 auf 15 Mark kürzte und von der Bundesregierung deswegen kritisiert wurde, sprang die Tageszeitung der DKP, die »UZ«, der DDR-Regierung argumentativ bei und erklärte, die Bundesregierung solle nicht so tun, als ob sie nicht wisse, daß sie je-



dem Besucher aus der DDR 60.- DM zustecke; zur Kritik bestünde also kein Grund. Das erstaunte einige Leser der »UZ«, die gewohnt waren, das BRD-„Begrüßungsgeld“ als revanchistischen Anspruch auf eine gesamtdeutsche Bundesstaatsbürgerschaft zu interpretieren. Die »UZ« gestand darauf: „Unser Hinweis auf das 'Begrüßungsgeld' in unserer ersten Argumentation war in der Tat kurzschlüssig“; und bot folgende „zweite Argumentation“ an: „In der DDR ist der Devisenhaushalt ebenso gesellschaftliches Eigentum wie die Produktionsmittel. Das verpflichtet nicht nur den Staat zum sorgsamsten Umgang mit den Devisen, sondern auch jeden einzelnen DDR-Bürger als Mitbesitzer am gesellschaftlichen Eigentum. Solange nicht mehr Devisen zur Verfügung stehen, solange muß jeder 17. ins westliche Ausland reisende DDR-Bürger (gemeint ist, daß jeder 17. DDR-Bürger ins westliche Ausland reisen darf, d. R.) solidarisch mit den 16 DDR-Bürgern sein, die nicht reisen und deren Miteigentum an Devisen er für sich nutzt.“ Jeder 17. kann sich freuen, daß die anderen 16 zu Hause bleiben, denn würden die ihren Anteil am gesellschaftlichen Deviseneigentum ebenfalls für Westreisen verschleudern, bekämen am Ende die Reisenden statt 15.- DM nur 0,88 DM mit auf den Weg.

Das ist eine Rechnung, doch wurde sie ohne den Wirt gemacht. Das Privateigentum steht in der DDR keineswegs so in Verruf, daß es nicht auch klassenkämpferische Förderung erhalten könnte. Z. B. beschloß der 13. Bauernkongreß im Mai dieses Jahres, „die individuelle Produktion von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen weiter auszubauen“. Bei Rind- und Schweinefleisch beträgt ihr Anteil bereits über 10, bei Gemüse 11, bei Kaninchen 99,9 Prozent. „Nur dadurch“, schrieb Klaus Siegmund in der »Zeitschrift für die sozialistische Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft — Kooperation«, „ist es möglich, die steigende Nachfrage nach Rohstoffen aus eigenen Quellen zu befriedigen, sowie der wachsenden Rolle der Nahrungsgüterproduktion in der internationalen Klassenauseinandersetzung gerecht zu werden.“ Für Klassenkampf dieser Art, Privateigentum gegen Privateigentum, hat die Bundesregierung Verständnis.

*Kohl im Schweizer Fernsehen (15.1.84) auf die Frage, ob er ein Pragmatiker sei: "Sowohl als auch."*

Agnes Hüfner

## In memoriam

Ein Kapitel aus der Literaturgeschichte der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Wortproduzenten

„Wie die Kaufleute im Mittelalter so sollten die Künstler jetzt zusammenzutreten zu einer Hanse, um sich einigermaßen gegenseitig zu schützen“, schrieb Friedrich Schlegel im Jahr 1800, widmete sich selbst aber mehr der Ästhetik und sorgte dafür, daß die Romantik als literarische Schule Anerkennung fand. So beginnt erst mit dem »Leipziger Literatenverein« von 1842 die Geschichte der Berufsverbände für Schriftsteller. Vereinsgründer war Robert Blum, der 1848 auch als Führer der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung auftrat und wegen seiner Teilnahme am Wiener Aufstand im selben Jahr standrechtlich erschossen wurde.

Die Fortschritte im Verlagswesen, die mit der Einführung neuer maschineller Verfahren nach 1820 begonnen hatten, ließen die Zahl jener Journalisten und Schriftsteller hochschnellen, die von ihrer Arbeit leben wollten. Ihre Ansprüche gegenüber Verlegern und Behörden nahm der »Leipziger Literatenverein« in sein Programm auf: „Sein Zweck ist nicht ästhetischer Art, sein Zweck ist nicht politischer Art - er wird über allgemeine staatliche Verhältnisse keine Gesamtmeinung aufstellen wollen ... Nachdruck, gesetzlicher und ungesetzlicher Zustand der Presse, Handhabung der Censur, diese drei Punkte wird der Leipziger Literatenverein zu Gegenständen unausgesetzter Beratung und Entschließung machen.“

Nach 1848 verlor der Verein an Bedeutung, und erst nach der Reichsgründung 1871 entstanden erwähnenswerte neue, teils konkurrierende, immer wieder auch ephemere Berufsverbände. Wirklich die Mehrheit der Schriftsteller organisiert zu haben, konnte zum ersten Mal der 1909 gegründete »Schutzverband Deutscher Schriftsteller«, der in der Zeit der Weimarer Republik alle namhaften Autoren zu seinen Mitgliedern zähl-

te, von sich behaupten. Das schloß Gegenründungen wie den »Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« aber auch nationalistische nicht aus.

Gemeinsam war allen diesen kurz- oder langlebigen Vereinigungen von Autoren die Ausrichtung auf die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Belange des Berufsstandes. Eine der Gruppen nannte sich so einfach wie einleuchtend »Bund der Tarifikämpfer«. Doch hat das weder diesen Bund noch die anderen an Zerfall, Streit und früher oder später einsetzender Wirkungslosigkeit gehindert. Die Geschichte bietet darum wie immer Anlaß zur Nüchternheit.

Einer Betrachtung des »Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier«, der zur Zeit kaum einen guten Leumund, statt dessen viele Schwierigkeiten hat, kann solche Nüchternheit nur bekommen. Solange wie der 1969 ins Leben gerufene VS hat es übrigens erst einer geschafft; und keiner außer ihm ohne nennenswerte Konkurrenz. Am Anfang stand auch hier, nicht anders als bei seinen Vorgängern, das Geld. 1969 bei der Gründungsfeier des Verbandes im Kölner Gürzenich sagte Heinrich Böll: "Damit kein Mißverständnis aufkommt: es geht hier nicht um kulturelle Nuancierungen, nicht um die Frage, Kunst — Anti-kunst, gibt es noch eine Literatur, gibt es keine mehr. Das gehört in die Feuilletons, in denen wir uns ja ausgiebig tummeln. Es geht nicht um unseren Anteil an Erstellung von Kunst, Poesie und möglichen Ewigkeitswerten. Es soll hier öffentlich Tacheles geredet und unser Anteil an den merkwürdigen Sozialprodukten betrachtet werden, die wir erstellen. ...Hin und wieder mögen wir ganz kluge Leute sein. Als Vertreter unserer Interessen in einer Gesellschaft, die von Interessenvertretern dirigiert wird, sind wir wie Schwachsinnige. Dieser Schwachsinn hat zum Teil ehrenwerte Ursachen, etwa die, daß wir zu sehr mit unserer Arbeit, die eine öffentliche ist, beschäftigt sind, als daß uns finanzieller Kram sonderlich interessieren könnte, solange wir halbwegs zurechtkommen. Andere Ursachen mögen Bescheidenheit und Idealismus sein. Ich schlage vor, daß wir die Bescheidenheit und den Idealismus einmal für eine Weile an unsere Sozialpartner delegieren: an Verleger, Chefredakteure und Intendanten."

Das erste, was der neue Verband ein Jahr später beschloß, war ein Zwölf-Punkte-Programm sozialer Forderungen. Im Laufe der Jahre sind sie fast alle erfüllt worden; die wichtigsten Erfolge waren die Reform des Urheberrechts und die 1983 eingeführte gesetzliche Künstlersozialversicherung; den größten Ärger bereitete das Ausbleiben von Tarifverträgen. Von Reichtum kann keine Rede sein, aber mehr Sicherheit gibt es doch. Die Entdeckung der sozialen Abhängigkeit, die Bölls Rede prä-

gt, vollzog sich nicht nur bei den Schriftstellern, sondern ebenso bei Filmmachern und bildenden Künstlern mit Vehemenz. Sie hatte reale Gründe.

In einer Artikelserie zur Lage der Freien berichtete die »Welt« Mitte der fünfziger Jahre: "Der Querschnitt, den wir durch sämtliche geistigen Berufe legten, zeigte, daß überall nur wenigen Spitzenverdienern, Kassenlöwen und Stargagen eine kleine Schicht von mittleren Einkommen zwischen 500 und 1000 Mark im Monat gegenübersteht, die etwa dem gehobenen Angestellten und Facharbeiter entspricht. Dann folgt die breite Schicht des geistigen Proletariats und des Elends: Junge Dozenten und Hilfsärzte ohne Bezahlung, Schriftsteller mit Hungerhonoraren oder arbeitslose Musiker und Schauspieler, die sich mühsam durch die Komparserie quälen." Als der Verband Deutscher Schriftsteller schließlich gegründet wurde, schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, wegen der Banalität der gehaltenen Reden leicht gekränkt: "Es geht also nur ums Geld." Sie irrte sich. Es ging in diesem Jahr 1969 um mehr. Man muß sich nur an einige Daten erinnern.

Im Januar 1969 muß Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zurücktreten. Er hatte sich 281 000 Mark als Entschädigung für seine Leiden aus der NS-Zeit zukommen lassen. Sein Leiden bestand darin, daß er während des Faschismus eine berufliche Karriere nicht seinen Wünschen gemäß hatte aufbauen können. Im März löst Gustav Heinemann Wilhelm Lübke als Bundespräsident ab; er wurde mit den Stimmen der SPD und FDP gewählt. Damit ist nicht allein erstmals ein SPD-Politiker Bundespräsident. Die Koalition, die seine Wahl ermöglichte, war eine Vorwegnahme der sozialliberalen Regierungskoalition, die dann im Oktober unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt auch erfolgte. Im September kommt es in der Bundesrepublik seit vielen Jahren wieder zu größeren, sogenannten wilden Streiks um Lohnerhöhungen. Im Oktober kündigt der neue Kanzler Willy Brandt an, er wolle mehr Demokratie wagen. Die Studentenbewegung ist auf ihrem Höhepunkt. Im Vietnamkrieg, in dem 538 000 US-Soldaten eingesetzt sind, zeichnet sich eine Wende ab. Der Vietcong bildet eine provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam. Amerikaner und Sowjets beginnen in Helsinki mit ersten Abrüstungsgesprächen. Die Erstarrung der auslaufenden Adenauerzeit lockert sich. In die Ost-, West- und Innenpolitik kommt Bewegung.

Die Schriftsteller wollen am Aufbruch teilnehmen, ökonomisch, politisch und geistig. Sie haben ihn, könnte man sagen, verdient, denn sie haben ihn mit vorbereitet. Seit 1961 beteiligten sich Autoren mit Aufrufen und Wahlkontoren daran, der SPD zum Wahlsieg zu verhelfen. Seit



Mitte der sechziger Jahre griffen sie mit Gedichten und Theaterstücken in die Politik ein und sorgten mit ihren Nachfragen über den deutschen Faschismus und ihrer Kritik am Vietnamkrieg für Unruhe. Zu dieser Zeit wurden die Schriftsteller von der in dreizehn regionale Gruppen zersplitterten »Vereinigung der Schriftstellerverbände«, die ihrerseits beim »Bundesverband freier Berufe« untergeschlüpft war, vertreten. Eine in jeder Hinsicht ohnmächtige Organisation. Die Gründung eines Gesamtverbandes im Jahr 1969 sollte diesen Zustand beenden. Dabei kam die Politik den Schriftstellern entgegen. Beim ersten Schriftstellerkongress 1970 geschah dann Unerhörtes. Willy Brandt saß neben Heinrich Böll, Günter Grass und Dieter Lattmann, dem ersten Vorsitzenden des VS. Und der Kanzler meldete sich mit einer Bitte zu Wort:

"Sie wissen, daß ich umfassende gesellschaftliche Reformen für notwendig halte. Es geht langsam genug damit voran, aber es geht voran. Ich wünsche mir viel Unterstützung, Anregung und kritische Begleitung bei dem Bemühen um eine lebendigere, vielfältigere und aktivere Demokratie. Wenn wir mehr Demokratie wagen, wird es kein Schriftsteller nötig haben, aus dem Land oder in den elfenbeinernen Turm oder in ein Wolkenkuckucksheim zu emigrieren... Ich scheue mich nicht, als Politiker, Sie, die Schriftsteller, um Hilfe zu bitten, damit nicht abermals die Vernunft an der Ignoranz scheitert. Ich habe versucht, Ihre Frage zu beantworten: Ja, Politik, wie ich sie verstehe, braucht den Schriftsteller."

Eine Übereinstimmung zwischen Schriftsteller und Politiker wie bei diesem Stuttgarter Kongress hatte es in der ganzen Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik nicht gegeben. Und es gab sie danach nicht wieder. Sie hat das Verhältnis der Autoren zu Staat und Gesellschaft tief berührt und verändert. Gerd Fuchs, der in seinen Romanen »Stunde Null« oder »Schinderhannes« immer wieder die deutsche Geschichte befragt hat, ein der Sozialdemokratie eher kritisch gegenüberstehender Linker, sagt heute: "Brandt auf den Knien im Warschauer Getto, das hat für mich sehr viel bedeutet. Das hat auch meine Reserve diesem Staat gegenüber abzubauen geholfen. Es war ja eine breite Grundstimmung, daß viele über ihr Verhältnis zu ihren Vätern und ihren Müttern nachzudenken begannen. Für einen bestimmten Zeitraum entstand ein anderes Klima, was bei mir zur Folge hatte, daß ich mitzuarbeiten begann, auch gewerkschaftlich. Das hieß noch nicht, daß mein Verhältnis zu diesem Staat, zu dieser Gesellschaft problemlos geworden wäre, aber es ist sicher mehr als die frühere Verweigerung."

Scheinbar wirkungslos hatte die Nachkriegsliteratur gegen das andauern- de offizielle Schweigen über die Zeit zwischen 1933 und 1945 angeschrieben. Als sie sich Mitte der 60er Jahre radikalisierte und begann,

den Marxismus für sich neu zu entdecken — eine Weile vor der Studentenbewegung, die davon auch profitierte —, lief sie der Entwicklung, die sich in der Politik abzeichnete, voraus. Jedenfalls wurde Hochhuth, als er 1965 von Klassenkampf sprach, vom Kanzler Erhard erst einmal zum Pinscher erklärt.

Auf dem Stuttgarter Schriftstellerkongress 1970 wurden dann gleichermaßen Fakten und Ideologien ausgearbeitet. Der vor kurzem in Armut verstorbene Schriftsteller und Rundfunkredakteur Ernst Schnabel, seinerzeit ein bedeutender Förderer der Literatur im Funk, brachte Zahlen über die Diskrepanz der Entwicklung von festangestellten und freien Funkmitarbeitern. Während die Einkommen der Festen kontinuierlich und nicht unbedeutend gestiegen waren, stagnierten die Honorare der Freien, abgesehen davon, daß ihnen weder Kündigungsschutz, Beihilfen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld zukamen. Rolf Hochhuth wandte sich schriftlich an den Kongress und erinnerte an die nicht wenigen alten Autoren, deren Werke vergriffen waren und deren Einkommen oft unter dem Existenzminimum lagen. Kontrovers aber war bereits das Verhältnis zur Gewerkschaft. "Nicht wir", sagte mit höflicher Verbeugung an ihre Adresse Günter Grass, "die Gewerkschaften gehen das größere Risiko ein, wenn sie uns bei sich aufnehmen."

Ihm entgegnete Martin Walser, der zum Sprecher einer radikaleren Gruppe geworden war und für eine eigene IG-Kultur plädierte: "Ich halte die jetzt sich abzeichnende kentaurische Lösung — Edellobby plus Gewerkschaftstouch — für einen Verzicht auf politische Vertretung. Das läuft dann eben so: Jede Menge abstrakte Bekenntnisse gegen Konzentration, aber keine Spur von 'Enteignet Springer'. Ich meine, bei aller Sympathie für die SPD, unsere Organisationsform muß ja nicht unbedingt ein Abbild des Koalitionskentauren in Bonn sein. Unsere Organisationstendenz sollte sich vielmehr daran orientieren, daß unsere Arbeit unwillkürlich politisch ist, auch wenn wir uns dumm stellen, uns nichts als sachlich geben, genial sind oder nur naiv. Ich glaube nicht, daß es eine reine Dienstleistungsorganisation gibt. Der BDI ist keine, der Börsenverein ist keine; und wenn wir unsere Interessen selber vertreten und uns nicht bloß durch Wohlverhalten empfehlen wollen, dann wären wir die ersten in der Weltgeschichte, denen das ohne politische Verbindlichkeit gelänge."

Nur eine Minderheit der rund 2000 damals im VS versammelten Schriftsteller lebte von ihren Honoraren. Und die davon lebten, waren auf einen Markt angewiesen, auf dem sie beunruhigende Veränderungen beobachteten. Die Parole 'Enteignet Springer' hatte, so sehr sie sich gegen Volksverhetzung und -verdummung richtete, ihre Basis auch im Ökono-

mischen. Seit Mitte der 60er Jahre vollzog sich im Presse- und Verlagswesen eine Konzentration, die als Vorbote größerer Umwälzungen in der Druck- und Nachrichtenindustrie angesehen wurde. Noch sprach man nicht von 'Neuen Medien'. Im Lexikon, so z. B. im DTV-Brockhaus von 1966, fand sich unter dem Stichwort Medien seinerzeit nur der Hinweis auf eine gebirgige Landschaft im nordwestlichen Iran, deren Name seit 2000 Jahren aus der Geschichte verschwunden sei.

Martin Walser aber hatte die sich ankündigenden Veränderungen vor Augen: "Die meisten von uns sind an kleine und mittlere Verlage gebunden und können also jeden Tag aufwachen im Portefeuille eines Konzerns. Unsere Urheberrechte schützen uns nicht davor, daß wir verhökert werden im Paket und danach vielleicht sofort abgeschrieben werden auf Null. Wir sehen täglich, daß der demokratische Anfang, der gemacht wurde mit den öffentlich-rechtlichen Funkanstalten, wieder aufgehoben wird durch den zunehmenden Einfluß privater Produzenten. Wer unsere Entwicklung zwanzig Jahre lang beobachtet hat, der weiß, daß die sogenannte Privatinitiative, das heißt der Einfluß des Großkapitals, sich dann doch als stärker erweist als alles nur Verfassungsmäßige. Ob die häuslichen Apparate schließlich über Privatsender oder über privat produzierte und verkaufte emissionsunabhängige Kassetten versorgt werden, ist dann egal. Das Adenauer-Fernsehen ließ sich fast verhindern. Die Springer-Elektronik wird kommen."

Von heute aus erstaunt an dieser Rede Walsers, wie früh und wie scharf Autoren die Folgen der damals sogenannten wissenschaftlich-technischen Revolution erkannten. Allerdings waren sie auch wirklich abhängig, materiell und in ihrer Existenz als Künstler. Angesichts einer als übermächtig erscheinenden Kulturindustrie kam es zu Horrorvisionen. Hannes Schwenger, der mit Martin Walser zusammen für einen »Arbeitskreis Kulturindustrie« verantwortlich zeichnete, entwarf damals folgendes Bild: "Nicht länger bewegt ... der Autor mit seiner Schreibmaschine ganze Industrien, sondern die Maschinerie von Massenpresse und Massenmedien bewegt Autoren, Redakteure und Regisseure wie das Fließband den Arbeiter." Das war nun nicht so gemeint, wie es klingt, kein Aufschrei der von Vermassung bedrohten Elite, im Gegenteil. Das Hervorkommen der Abhängigkeit und Unfreiheit sollte begründen, wie nahe der Schriftsteller der Arbeiterbewegung stehe. Vor allem die Linke nahm diese Herausforderung der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen scheinbar an. Linke Autoren verwandelten sich in Wortproduzenten.

In Wirklichkeit machten sie einen salto mortale. Das Erstaunliche nämlich an Walsers, Schwengers und anderer Haltung war nicht die Weit-

sicht in ein kommendes Medienzeitalter, sondern der Blickwinkel, aus dem sie diese Zukunft erkannten. Sie erwarteten, daß die Arbeiterbewegung, bei einigen identisch mit den Gewerkschaften, in der Lage und willens sei, den Zugriff der Privatwirtschaft auf die Medien zu verhindern. Zugleich wünschten sie, obwohl sie sich als Produzenten von Waren sahen, den Markt für ihre Produkte rein und klein zu halten.

Die weitere Geschichte lief anders. Die Gewerkschaften mochten einer Idee wegen ihre Struktur nicht ändern. Mag sein, daß antikapitalistische Töne wie 'Enteignet Springer' ihnen auch nicht behagten. Sicher ist, daß sie in dieser Zeit dem Gang der wissenschaftlich-technischen Entwicklung keine großen Sprünge zutrauten. Der DGB reagierte auf das Ansinnen, eine IG-Kultur zu schaffen, in der gleichermaßen Schriftsteller, Maler, Kameralleute oder Drucker ihren Platz finden sollten, abwinkend und erklärte in einer Pressemeldung seinen Unwillen an Experimenten. "Der DGB würde begrüßen", hieß es, "wenn sich der VS zum Beitritt einer zuständigen Gewerkschaft des DGB entschließen würde. Gespräche über die Modalitäten sind jederzeit möglich. Der DGB legt Wert darauf, daß die Entscheidung durch den VS in voller Unabhängigkeit getroffen wird."

Die IG Kultur lag ad acta. 1973 beschloß der Verband dann den Beitritt zur IG Druck und Papier. Die wiederum versprach den langen Marsch in die Mediengewerkschaft. In den folgenden Jahren wurden fast alle VS-Mitglieder für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen. Das war angesichts der politischen Zusammensetzung des Verbandes eine Leistung. Verbandsarbeit und parlamentarische Vertretung verzahnten sich vielversprechend. Dieter Lattmann, bis 1974 VS-Vorsitzender, ging als SPD-Abgeordneter nach Bonn. Sein Einsatz galt vor allem der gesetzlichen Verankerung von Autorenrechten und der 1983 dann schließlich verabschiedeten Künstlersozialversicherung. Doch irgendwann zwischen 1973 und 1974 begannen auch die Probleme des VS, an denen er bis heute leidet und auf die letztlich die vorzeitige Auflösung des gegenwärtigen Vorstandes unter Hans Peter Bleuel zurückzuführen ist. Es waren aber nicht allein VS-Probleme.

1973 bricht das geltende Weltwährungssystem zusammen. In der Bundesrepublik gibt es 1974 die damals unerhörte Zahl von 800 000 Arbeitslosen. Mit Brandts Rücktritt und dem Amtsantritt des "Machers" Schmidt endet die Reformpolitik. In der Folge brechen auch die bis dahin vom allgemeinen Einverständnis verdeckten Konflikte, die die Schriftsteller untereinander, mit der Politik und den Gewerkschaften haben, auf. Beginnen wir mit dem Geld, um das es schließlich allen ging. In seinem Buch »Die Jahre die Ihr kennt« rechnete Peter Rühmkorf die



Kosten eines Gedichts vor: "Um ein Gedicht von guter oder auch nur mittlerer Qualität wirklich marktfertig zu machen, das heißt, es aus dem ursprünglichen Rohzustand auf jene Hochform zu bringen, die der Kunde heute verlangt, muß bereits eine Vorinvestition von achthundert bis tausend Mark pro Stück geleistet werden. Diese Belastung seitens des Verfassers hat mit der sogenannten Inspiration zunächst überhaupt nichts zu tun. Inspirationen kommen auch ihm meist gratis zu und aus vergleichsweise heitrem Himmel. Man kann, wenn man das zur Zeit ein wenig diskreditierte Wort 'Inspiration' lieber vermeiden möchte, natürlich genauso gut von Einfällen sprechen — die muß man in jedem Fall haben; damit verschiebt sich aber allenfalls der Name, nicht das finanzielle Grundproblem, und das hat weder mit diesem oder jenem zu tun, sondern einzig mit dem Fertigungsprozeß."

Daß der Schriftsteller mit seinen, wie Böll sagte, "merkwürdigen Sozialprodukten" nicht so ohne weiteres tariffähig ist, daß seine Arbeitszeit sich nicht in 40 oder 35-Stundenwochen berechnet und die Leistung obendrein ein Flop sein kann, darauf machte auf einem Schriftstellerkongress als einzig und vereinzelt Geliebener Helmut Heißenbüttel aufmerksam. "Worauf ich hinauswill, ist klar. Darauf nämlich, daß es die Angehörigen dieses Berufs besonders schwer haben, sich zu organisieren. Nicht, weil sie dazu unwillig wären. Selbst die, die Organisation im strikten Sinne abgelehnt haben, haben sich in Zirkeln versammelt, von den Romantikern bis zum Georgekreis. ... Wenn nun Schriftsteller sich nicht nur zu Schutzverbänden zusammentun, die lediglich Hilfsmaßnahmen für das bereits Vorliegende in Angriff nehmen können, sondern in einer Berufsorganisation, in einer Gewerkschaft, so besteht die Schwierigkeit darin, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht das erfassen kann, was als Bild vom Schriftsteller immer noch zur Beurteilung der schriftstellerischen Tätigkeit dient. Für die Vermittlung von Verantwortung durch die Phantasie, für das Risiko des jeweils im noch Unerkannten angesetzten Entwurfs, der zum gelungenen Werk führt, lassen sich keine Tarifgruppen aufstellen. Was getan werden kann, ist Schutz und Hilfe beim Verkauf der bereits fertigen und als gelungen beurteilten Produkte. Dieser Verkauf läßt aber wiederum, ob man will oder nicht, den Verkäufer seiner Produkte dem Kleinunternehmer ähnlicher erscheinen als dem, der seine Arbeitskraft verkauft."

Heißenbüttels Hinweis darauf, daß die Arbeitsweise von Schriftstellern mit der, sagen wir, von Schriftsetzern nur entfernte Ähnlichkeiten aufweist, ging auf dem Kongress unter. Sie wurde als Provokation und Polemik gegen gewerkschaftliches Engagement mißverstanden. Dabei wollte Heißenbüttel, wie er heute sagt, nur "klarstellen, daß die Schriftsteller in einem zweifelhaften Zustand sind, daß sie eigentlich nicht gewerk-

schaftsfähig sind und im Grunde Unternehmer sind, weil sie ein Produkt anbieten. ... Es war ja nur ein Versuch, eine gewisse Besinnung hineinzukriegen und vor allem auch die Druck- und Papiergewerkschaft dazu zu bringen, zu überlegen, was sie da tut. ... Es ist nicht gemeint in bezug auf finanzielle oder organisatorische Probleme, denn da sehe ich eigentlich kein Risiko. Das gibt es ja bei jedem Beruf. Das Risiko liegt in der Wurzel, daß man, wenn man etwas schreibt, ein Risiko eingeht, um das man nicht herumkommt."

Peter Rühmkorf hat aus diesem Widerspruch zwischen dem eigenen literarischen Risiko, das kein Verband dem Autor abnehmen oder auch nur abmildern könnte, und dem sozialen und rechtlichen Schutzbedürfnis der Produkte den Schluß gezogen, vom Verband nicht mehr als diesen Schutz zu verlangen, ihn nicht zu einer "Liedertafel" zu stilisieren, wo Schriftsteller sich untereinander über Literatur verständigen oder gar bekriegen. Mit dieser Bescheidenheit aber wollten sich andere nicht begnügen.

Als die öffentliche Meinung über den VS nicht mehr nur Erfreuliches zu sagen wußte, sondern angesichts zunehmender Querelen unter den Mitgliedern mit Spott nicht sparte, wurde das "Risiko" Heißenbüttels im Verband wieder virulent; zwangsläufig. Die als gut geltenden Autoren mochten mit den weniger gut eingestuften nicht mehr in einem Namen, auch nicht mehr im Namen eines Verbandes genannt werden, jedenfalls nicht unter allen Umständen. 1976 bereits meinte Günter Grass, es müsse "ausgesprochen werden, daß das, was in der gegenwärtigen Literatur in der Bundesrepublik passiert, hier zur Zeit weder durch Personen noch durch ein Programm vertreten wird. Sicher, der Prozeß der Demokratisierung für Schriftsteller, die dieses Handwerk nicht verstanden, mußte nivellierende Tendenzen zeigen. Das mag in anderen Interessengruppen von nicht so großer Bedeutung sein, doch wenn es sich um Literatur handelt, und wenn dann ein demokratischer Prozeß zur Nivellierung, d. h. zur ständigen Förderung des Mittelmaßes führt, dann Literatur adieu. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, neben den notwendigen Interessen, die wir vertreten, die wichtigen Themen der Literatur, die wichtigen Veränderungen innerhalb der Literatur hier ins Gespräch mit einzubringen, dann verdienen wir den Namen Schriftstellerverband nicht mehr. Dann sind wir nur eine einzige Lobby mehr und nichts weniger."

Man kann nicht behaupten, daß Günter Grass sein Renommee als Autor und den Erfolg seines Werkes dem Verband Deutscher Schriftsteller zu verdanken gehabt hat. Und dennoch stellte er nun eine Verbindung zwischen seinem eigenen Rang und dem, wie er meint, schlechten literari-

schen Ruf der Kollegen her. Er begibt sich in einen Vergleich. Was bei Gründung des VS ausdrücklich beiseitegeschoben wurde, das gegenseitige Messen literarischer und ästhetischer Werte, kommt nun in Gang und führt zu Uneinigkeit und Streit. Heute ist Konkurrenz der bestimmende Umgangston im Schriftstellerverband mit in der Folge seltsamen Verrenkungen und bitteren Absagen.

Kürzlich war im Verbandsorgan »Die Feder« zu lesen, daß derselbe Hannes Schwenger, der sehr früh und sehr ausdauernd theoretisch und praktisch den gewerkschaftlichen Anschluß betrieb, nun den Verband ebenso wie die Gewerkschaft auffordert, die Mitglieder "nicht als Arbeitnehmer sondern als Schriftsteller zu vertreten". In diesem Sinne möchte auch ein anderer linker Autor das Bild des Schriftstellers neu zeichnen, F. C. Delius. "Es ist dumm", sagt er, "nicht zu merken, daß wir — neben den Filmern und vielleicht den Theaterleuten — die einzigen sind, die über einen universellen, nicht fachspezifischen Blick auf die Menschen verfügen. Es klingt elitär, wenn wir das laut sagen, aber es ist feige, sich nicht dazu zu bekennen. Nicht scheuen, elitär zu sein, heißt außerdem: Da wir uns schon den größten Teil des Jahres verkriechen, dürfen wir schon mal an drei Tagen Selbstbewußtsein und von mir aus Arroganz zeigen und sagen: Wir hier — und ein paar andere — wird sind, und wir — und ein paar andere — machen die deutsche Literatur, die bundesdeutsche Gegenwartsliteratur. Mögen andere erstmal das Gegenteil beweisen."

Hinter den Äußerungen von Grass, Schwenger oder Delius verbirgt sich ein Verlust an Selbstbewußtsein. Man kann das auch als einen Ausdruck erfolgreicher Wendepolitik interpretieren. Im VS und bei der IG Druck und Papier wird diese Deutung gern benutzt. Aber sie ist wenig hilfreich. Daß Schriftsteller ihre Gewerkschaftszugehörigkeit nun als hinderlich für ihre Laufbahn ansehen, hat sehr wohl etwas mit den Gewerkschaften selbst zu tun, zum Beispiel mit ihrer Kulturpolitik. 1969 gab es praktisch kein kulturelles Engagement der Gewerkschaften. Es gab die Ruhrfestspiele, aber keine Literaturpolitik. Weder vergaben Einzelgewerkschaften oder der DGB finanziell interessante Aufträge an Autoren, noch besaßen die Gewerkschaften Zeitungen, deren Kritik von Gewicht gewesen wäre. Es existierte kein ästhetisch-künstlerisches Programm, das den einen hätte ein-, den anderen hätte ausschließen können. Und so war wenig Anlaß zu Streitigkeiten geboten. Allmählich jedoch entwickelten sich auch in den Gewerkschaften kulturpolitische Vorstellungen und eine Programmatik, die Verbindlichkeit beanspruchte. Was unter dem Stichwort 'Demokratisierung der Kultur' dann passierte, läßt sich in dem Satz zusammenfassen, Kunst ist, was der Gewerkschaft nutzt. Danach wurde verfahren, wurde auch im kleinsten Rahmen Politik ge-

macht. Es genügt, sich die Delegation der bundesdeutschen Autoren anzusehen, die zum Moskauer Friedensforum entsandt worden war. Für was immer, für die Literatur der Bundesrepublik war sie nicht repräsentativ.

Gerd Fuchs kommentierte diese Enttäuschung: Es ist die "langsam über Jahre hin sich ausbreitende Erkenntnis, daß die Arbeiterbewegung mit Kunst, mit Literatur eigentlich nichts zu tun haben will, daß es von seiten der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften kein wirkliches Interesse gibt. Wir hatten damals große Hoffnungen, über den Umweg Gewerkschaft in Kontakt mit Arbeitern zu kommen. Und es gab immer wieder Angebote von unserer Seite, und immer wieder stießen wir ins Leere. Das hat sicher dazu beigetragen, daß die gewerkschaftlichen Impulse oder überhaupt die Lebendigkeit des VS abnahm. Es gab keinen Austausch. In Hamburg beispielsweise wußte man, irgendwo ist der Besenbinderhof und dort finden wir das, was wir die Gewerkschaft nennen. Aber wo kommt man mit den Arbeitern zusammen? Was hat man mit ihnen zu schaffen? Was könnte man ihnen geben? Was könnte man von ihnen kriegen? Wie gesagt, das gewerkschaftliche Bewußtsein blieb abstrakt, es hatte keine Erfahrung, keine Anschauung."

Wenn jetzt im September die Delegierten des VS in Hamburg tagen, werden die Wellen schlagen. Der Rücktritt von fünf der insgesamt sieben Bundesvorstandsmitglieder hat für Wind gesorgt, und auch in der Sache ist Streit angesagt. Er betrifft die Kompetenz der Fachgruppe VS in der zukünftigen Mediengewerkschaft. "Wider das Verschwinden des VS in der Gewerkschaft" steht unvereinbar gegen "Für das Sich-Wiederfinden des VS in der Gewerkschaft", jedenfalls im Verbandsorgan, der »Feder«.

*Wenn ein Gegner der sozialistischen Lebensordnung die marxistische Lehrmeinung annimmt — was ja möglich ist — muß er verzweifeln. Nicht viele Menschen geben sich solcher Verzweiflung hin. Die meisten Vertreter des Marxismus sind gleichzeitig Anhänger der sozialistischen Lebensordnung, die meisten Vertreter der bürgerlichen Ordnung hängen einer Welt- und Geschichtsauffassung an, die ihren Mut einigermaßen belebt.*

Otto Neurath



## "Gewerkschaftliche Kulturarbeit"

"Der Rückgang der Lesebereitschaft, eine Kulturkatastrophe erster Ordnung, kann auch für die Gewerkschaften nachteilig sein. Denn wir verbreiten 98 Prozent unserer Informationen über das gedruckte Wort."

Lothar Zimmermann

Der Begriff Arbeiterkultur ist in der Bundesrepublik zu einem Mythos geworden, der seine Bedeutung zu Recht oder zu Unrecht den zwanziger Jahren, der Weimarer Republik, verdankt. Auf die Gegenwart bezogen beschreibt das Wort eine Leerstelle. Vielleicht ist es aber gar keine Leerstelle, sondern war immer schon eine Fiktion, ohne jeden Sachgehalt. Jedenfalls, wenn in den oberen Stockwerken der Gewerkschaften, den einzigen Organisationen, die nicht allein verbal, sondern real durch ihre Mitglieder Arbeiterbewegung der Bundesrepublik darstellen, über Kultur, Kultur der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung nachgedacht wird, entsteht ein quälend mitleidischendes Gerede um nichts. »Der Gewerkschafter«, die Monatsschrift für Funktionäre der IG Metall, widmete sich im August diesem Gegenstand. "Kultur — Kräfte entfesseln" heißt das Motto. Wer entfesselt wessen Kräfte, und was hat das mit Kultur zu tun?

In einem Gespräch mit Yaak Karsunke über "gewerkschaftliche Kulturarbeit" antwortet Lothar Zimmermann, der im geschäftsführenden Vorstand des DGB Kulturpolitik zu verantworten hat: "Ich bin schon dafür, daß unsere Kulturarbeit in den Rahmen der gewerkschaftlichen Zielvorstellung

paßt. Ich möchte nicht indoktrinieren und Kreativität nicht unterdrücken. Aber das Thema muß noch sichtbar sein. Und die Arbeitszeitkampagne kulturell zu begleiten, das macht Sinn. Da geht es nicht nur um die ökonomische Seite, sondern auch um mehr Freizeit und persönliche Freiräume."

Karsunke will mit Hilfe der Kunst aus den Menschen auch nur noch "bessere Staatsbürger einer Republik" machen, gibt aber Zimmermann immerhin zu bedenken, daß der "Unterschied zwischen einem Werkstück und einem Kunststück" in der "Vieltätigkeit" bestehe, woraufhin Zimmermann erwidert: "Wir haben unsere Gremien, unsere demokratische Struktur. Wir können keine Ersatzfelder schaffen, auf denen die kontroversen Positionen ausgetragen werden. Aber klar ist, daß wir unsere Arbeit kritisch reflektieren müssen, und zwar auch im kulturellen Bereich."

So hat er doch die ganze Misere auf einen Punkt gebracht. "Wir", der DGB oder die "Gremien" der Einzelgewerkschaften, "schaffen" Felder, auf denen die Mitglieder und sonstigen Freunde sich bewegen, dabei schließt die "demokratische Struktur" dieser Felder kontroverse Positionen aus.

Aber "wir" reflektieren das — "kritisch". Richtig und unverstellt wäre es gewesen, Zimmermann hätte gesagt: Die Gewerkschaften haben mit Kunst nichts zu tun. Das ist nicht ihr Thema. Dafür sind sie sowenig eingerichtet wie die Unternehmerverbände. Die Gewerkschaften haben für die soziale Sicherheit ihrer Mitglieder zu sorgen, zur Qualifizierung ihrer Funktionäre schaffen sie Bildungseinrichtungen. Aber schon, wenn sie vorschreiben wollen, wer auf Aktionen welche Lieder singt, ist ihre Kompetenz überfordert. Es gibt kein Kunstwerk, das dank der Gewerkschaften entstanden ist — sie haben den einen oder anderen Künstler finanziert, mehr nicht.

Was also könnte "Kulturarbeit" bedeuten, für die laut Zimmermann selbstverständlich gilt, "was beispielsweise in unserem Grundsatzprogramm festgelegt ist"? Mit seinen Worten sagt er: "Die Verantwortung für das, was da geschieht, obliegt einfach den Vorständen. Prozesse, die sich selbstständigen, können sich unter Umständen gegen die Interessen der Organisation richten."

Es versteht sich, daß zu den Obliegenheiten der Vorstände weder die Erstellung noch die Kritik beispielsweise eines Romans gehören kann. Wird die Arbeit von Künstlern dennoch in eine Beziehung zu den Vorstandsobliegenheiten der Gewerkschaften gebracht, gegen die sie sich nicht selbstständigen soll und darf, dann bedeutet das einfach, "Kulturarbeit", wie Zimmermann sie will — er sagt Kultur und meint Kunst, aber Kunstarbeit sagt man nicht —, ist zuerst Abwehr von Kunst. Kunst ist ein zu vermeidendes Risiko. Kunst setzt die Vorstände in Sorge, weil sie selbstständig ist. Kunst ist die Selbständigkeit, die unter kei-

nen Umständen in die demokratischen Gremien Einlaß finden darf. Die "Kulturarbeit" ist also durchaus ein "Ersatzfeld", dazu da, verschlüsselt benennen zu können, was direkt keiner sagen will: Die Menschen, die wir organisieren, sind einfache Leute, denen man nicht zuviel zumuten darf.

In einem weiteren Gespräch, das die Redaktion des »Gewerkschafter« mit dem Schriftsteller und Fernsehautor Felix Huby führte, wird die Position — natürlich wieder bezogen auf Kunst — ausgesprochen: "Ich glaube", sagt der Interviewer Günter Brombacher, "daß die Literatur oder die Fernsehgeschichten, die wirklich etwas bewirken könnten, so dicht und tief sein müssen, daß die meisten sie nicht konsumieren können, weil's einfach zu anstrengend und zu schwierig ist. Andererseits sind dann die Geschichten, die angenommen werden und auch dem einfachen Leser zugänglich sind, zwangsläufig nicht so dicht."

Würde außerhalb der Gewerkschaften ein Politiker, beispielsweise der Namensvetter des für Kulturpolitik verantwortlichen DGB-Mannes, derart reden, die Entrüstung über den elitär-anmaßenden Herrenstandpunkt fände keine Grenzen. Unter dem Firmenzeichen 'Arbeiterkultur' lassen sich dagegen die Menschen nach Herzenslust als Einfaltspinsel bemitleiden.

Jürgen Krings und Erich Auch, beide Mitarbeiter im »jungen forum« Recklinghausen, halten Zimmermann und seinesgleichen darum zu recht entgegen, und auch das druckte zu seiner Ehre »Der Gewerkschafter«: "In gewerkschaftlichen Kreisen war und ist die Neigung groß, wie auch immer geartete kulturelle Aktivitäten für tarif-

oder gesellschaftspolitische Ziele zu funktionalisieren. Kunst und Kultur werden eingesetzt als 'Waffe im Kampf' gegen etwas. Diese Praxis nutzt weder den Gewerkschaften noch den Künstlern oder der Kunst. Sie trägt vielmehr — bei allem Respekt vor den Aktivitäten vor Ort — zur relativen Bedeutungslosigkeit gewerkschaftlicher kultureller Anstrengungen bei. ... Diesen Anforderungen der Organisation stehen die in der kulturellen Betätigung möglichen schöpferischen Prozesse total entgegen." Sie nennen, was die Gewerkschaftsführungen sich wünschen, "Verkündigungskultur", die "genau dem, was wir so gerne dem sogenannten bürgerlichen Kulturbetrieb immer anlasten", entspräche: "Funktionalisierung der Kunst für einen bestimmten Zweck."

Krings und Auch erinnern daran, daß diese "Arbeiterkultur" gern mit Blick auf die "Weimarer Zeit" verklärt wird.

"Zur Untermauerung dessen, was 'Arbeiterkultur' heute sein sollte und leisten könnte, werden als wesentliche Kriterien die Eindeutigkeit des politischen Willens, der Sprache und die Klarheit der Sinnaussage damaliger Ensembles zitiert. Aber haben diese kulturellen Aktivitäten im politischen Kampf wirklich die belebende und dauerhafte Massenwirksamkeit besessen, die ihnen gerne zugesprochen wird? Wäre der damalige kulturelle Ausdruck wirklich so eigenständig gewesen, wäre es den Nationalsozialisten nicht so leicht gemacht worden, Teile des Arbeiterliedgutes in ihre Propagandamaschinerie einzuverleiben."

Dem Artikel voran hat die Zeitschrift eine Aussage und eine Frage gestellt: "Gewerkschaftliche Kulturarbeit befindet sich im Aufwind. Was hindert sie daran, in noch höhere Höhen aufzusteigen?" Dasselbe, was den Schuhmacher daran hindert, Brötchen zu backen. Das ist nicht sein Bier. T.N.

*Ein irrer Duft von frischem Heu:  
Die Welt ist erkennbar — auch hier.*

Rudi Strahl

Frank Unger

## Auf der Suche nach einem neuen Amerika Patriotismus versus Amerikanismus

The face of the nation, I don't recognize it no more  
John Cougar Mellencamp

I  
Die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika läßt sich symbolisch charakterisieren durch die Gegenüberstellung von zwei Zeitungsmeldungen aus dem ersten Drittel dieses Jahres. Die erste Meldung betraf den neuesten Stand der zivilrechtlichen Auseinandersetzung zwischen der Firma Pennzoil Co., Houston/Tx. und der Firma Texaco Inc., White Plains/ N. Y. Danach war es der Firma Texaco bis auf weiteres gelungen, die drohende Liquidation einer der Firma Pennzoil im Dezember 1985 von einem texanischen Geschworenengericht zugesprochenen Schadensersatzsumme von ursprünglich 10,5 Milliarden Dollar abzuwenden. Mittlerweile war die Summe auf über 13 Mrd. angewachsen — eine Schuld in Höhe von 10 Mrd. Dollar wächst mit Zins und Zinseszins auf der Basis gegenwärtiger Zinssätze um mehr als 2000 Dollar pro Minute.

Pennzoil hatte seinerzeit auf Schadenersatz geklagt, nachdem Texaco in letzter Minute den angeblich bereits fest vereinbarten Verkauf von über einer Milliarde Barrel gesicherter Ölvorkommen aus dem Besitz der Firma Getty Oil, Inc. an Pennzoil für den sehr günstigen Preis von 3,6 Mrd. Dollar vereitelt hatte, indem sie Getty Oil statt 3,6 Mrd. 10,1 Mrd. Dollar bot; woraufhin aus dem Geschäft mit Pennzoil nichts wurde und Getty statt dessen an Texaco verkaufte. Der relativ kleinen Firma Pennzoil und ihrem ehrgeizigen Präsidenten Hugh Liedke wurde dadurch das Geschäft ihres Lebens vermasselt, und das texanische Gericht, an das sich Liedke in rechtschaffener Empörung wandte, erkannte prompt auf illegales Vorgehen seitens des Großkonzerns Texaco, dem angeblich weniger an Gettys Ölreserven als an der Verhinderung des Pennzoil-Geschäfts gelegen war, und es sprach der Firma aus Houston die höchste Schadensersatzsumme aller Zeiten zu. Sollte Pennzoil auch in der letzten Instanz Recht bekommen, würde die Firma auf einen Schlag um die Summe — je nachdem, wie lange sich der Prozeß noch hinziehen



wird — von ca 25 bis 30 Mrd. DM reicher sein, ohne dafür etwas anderes investiert zu haben als Verhandlungskosten für ein am Ende nicht realisiertes Geschäft.

Die zweite Meldung betraf einen Unfall. Am 6. April brach unter dem Druck des Hochwasser führenden Schoharie Creek die ihn überquerende Schoharie Bridge, Teil des viel befahrenen Gov. Thomas E. Dewey Thruway, einer gebührenpflichtigen Autobahn, zusammen. Die Schoharie Bridge liegt im Staat New York in der Nähe der kleinen Stadt Amsterdam, ca 60 km nordwestlich der Hauptstadt Albany. Bevor die Autobahnpolizei die Unfallstelle absperren konnte, fielen vier Fahrzeuge in den zum brodelnden Strom gewordenen Creek. Die genaue Zahl der betroffenen Personen konnte erst gut eine Woche später mit Bestimmtheit gemeldet werden: in den vier Fahrzeugen, für deren Fahrer die Autobahn plötzlich und unerwartet ein Ende hatte, befanden sich insgesamt elf Personen, die sämtlich den Tod fanden. Im Verlauf der Untersuchung dieses Zwischenfalls wurde u. a. bekannt, daß laut Statistik der Bundes-Straßenbehörde (Federal Highway Administration) insgesamt 63,6 % der örtlichen Straßenbrücken in New York als "unzulänglich" einzustufen sind.

Während die Spitzen der 'Business Community' des 'reichsten Landes der Welt' Monopoly spielen — auch die Pläne für die Strategic Defense Initiative gehören im Kern dazu —, bricht unter ihren Füßen buchstäblich die Infrastruktur zusammen. Die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut, in dem John K. Galbraith vor nun schon bald 30 Jahren das Charakteristikum des amerikanischen Kapitalismus gesehen hatte (The Affluent Society, 1958), läßt sich an diesem Beispiel hervorragend illustrieren: Schließlich würde auch Hugh Liedke auf dem Weg zum Texaco-Hauptquartier in White Plains, um sich seinen Scheck über 13 Mrd. Dollar 'Schadenersatz' abzuholen, eine Zeitlang öffentliche Straßen und Brücken des Staates New York in Anspruch nehmen müssen, bevor er sich wieder der sicheren Obhut seines bestens gewarteten Privatflugzeuges überlassen könnte. Folgendes Szenario wäre denkbar: Der Chef der Firma Pennzoil fällt, den Scheck über 13 Mrd. Dollar im kugelsicheren Attachécase, mit seinem Daimler in einen brodelnden Fluß, der gerade eine öffentliche Brücke zum Einsturz gebracht hat. Dies hätte sicher zu der Erkenntnis geführt, auch in den Chefetagen der großen Konzerne, daß der Reichtum eines modernen Industrielandes in einem gewissen Grad vom Zustand seiner Infrastruktur abhängt. Da aber in Wirklichkeit bloß ganz gewöhnliche Durchschnittsbürger in ihren Chevrolets — z. B. drei Angestellte der Elektrizitätsfirma Mohawk auf der Rückkehr von einem Bowling-Ausflug — dem Einsturz der Brücke zum Opfer fielen, nahm

die öffentlich geäußerte Besorgnis nicht die Form zusammenhängender Gedanken an. Nach amtlichen Angaben wird es zwischen zwei und vier Jahre dauern, bis die Brücke über den Schoharie wiederhergestellt sein wird. Während dieser Zeit werden die Zulieferer für die verarbeitende Industrie in Albany einen über zweistündigen Umweg in Kauf nehmen müssen.

Doch sind es nicht allein diese 'horizontalen Disparitäten', die sich zuspitzen. Auch die vertikalen Gegensätze treten wieder stärker hervor. Klassen- und Einkommensdifferenzen nehmen zu, die Kluft zwischen den 'Haves' und den 'Have-nots' vergrößert sich. Dabei ist Arbeitslosigkeit gar nicht die einzige, nicht einmal die hauptsächlich verantwortliche Ursache. In den USA heute bedeutet einen Job zu haben noch lange nicht die Vermeidung von Armut: im Gegenteil, der eigentlich charakteristische Typ des 'Armen' heute ist nicht der verarmte Arbeitslose, sondern der für den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn schuftende Lohnempfänger, vornehmlich im sogenannten Dienstleistungssektor, zum großen Teil weiblichen Geschlechts. Die relative Zahl der Beschäftigten ist von 40 % der Gesamtbevölkerung im Jahre 1970 angestiegen auf 46 % im Jahre 1987; dabei sind die Real-Stundenlöhne seit 1973 um 8,7 % gefallen. Das Joint Economic Committee of Congress hat jüngst in einer Studie errechnet, daß das gegenwärtige Durchschnittseinkommen eines 30-jährigen männlichen Amerikaners nicht höher als 18.763 Dollar jährlich ist, während der gleiche Personenkreis im Jahre 1973 — umgerechnet auf heutige Dollar — noch im Schnitt 25.253 Dollar nach Hause tragen konnte. Wenn man dabei noch bedenkt, daß die gegenwärtige Steuerpolitik gezielt darauf ausgeht, diesen allgemeinen Niedergang der Realeinkommen so zu gewichten, daß die höheren Einkommensgruppen davon relativ weniger belastet werden, so läßt sich schließen, daß der faktische Einkommensverlust bei den mittleren und unteren Gruppen noch weit drastischer ist.

Amerikas 'Mittelklasse', das soziale und ideologische Rückgrat des Landes, zu der seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch die gut verdienenden Teile der Arbeiterklasse gehören, schrumpft. Kinder aus Mittelklassenfamilien, die heute in die beruflichen Fußstapfen ihrer Eltern treten und eine Familie gründen wollen, sehen sich erheblich veränderten Bedingungen gegenüber: das klassische Attribut einer amerikanischen Mittelstandsfamilie, das eigene Haus, das etwa im Jahre 1949 für einen Gesamtpreis von 7000 Dollar erhältlich und mit einer Anzahlung von 100 Dollar bezugsbereit war, ist heute nur noch wenigen jungen Familien überhaupt erschwinglich, zumindest in den Ballungsgebieten. Der 'American Dream' wird für die überwiegende Mehrheit der jüngeren Amerikaner zum für sie beschämenden Alptraum, trotz aller Anstrengun-



gen den selbstverständlichen Lebensstandard ihrer Eltern — und damit der eigenen Kindheit — nicht erreichen zu können.

Verhöhnt werden sie darüber hinaus durch das von den Medien als angeblich 'typische Zeiterscheinung' propagierte Image der jungen Generation als Yuppies, jenes 'erfolgreichen' Teils der 'Young Urban Professionals', die in früh erdienter Affluenz ihr Leben als qualitätsbewußte Elitekonsumenten durchstylen, wobei sie sich durch sportlich betonte Körperbewußtheit und die Vorliebe für europäische Luxuswagen, russischen Kaviar und französisches Mineralwasser, das auch zum Teekochen benutzt wird, selbst verwirklichen. Weibliche Yuppies sind u. a. daran erkennbar, daß sie zum Nadelstreifenkostüm eine Krawatte tragen und nach Arbeitsschluß vor dem Verlassen des Büros ihre Gucci-Pumps abstreifen und in (neuerdings) Reebok-Turnschuhe schlüpfen. Mit ihren jeweiligen Lebenspartnern praktizieren sie die Maxime des DINK (Double Income, No Kids); sie ist auch praktisch angebracht, um den finanziellen und sozialen Verpflichtungen des Yuppie-Lebens in New York, L. A., Boston oder Chicago gerecht werden zu können. Für die realen sozialen Entwicklungen und historisch relevanten Veränderungen der achtziger Jahre ist diese winzige Subkultur allerdings sehr wenig repräsentativ.

## II

Die amerikanische Gesellschaft war immer schon dadurch charakterisiert, daß soziale Spannungen und ökonomisch-politische Widersprüche sich in der Regel nicht als unmittelbare Klassenkonfrontationen, sondern in Formen von anomischer Interessenartikulation und 'gewöhnlicher' Kriminalität äußern, die auf bestimmte, von den Lebensbereichen 'der Bürger' getrennte, geographische Räume beschränkt bleiben. Auch wenn diese Anomie Ausmaße annimmt, die dem ausländischen Beobachter unfassbar erscheinen, wird in den USA selbst doch höchstens von den unmittelbar Betroffenen darin ein grundsätzliches Problem gesehen. Im Jahre 1986 wurden in der Inner-City von Detroit insgesamt 365 Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren bei Schießereien verletzt und 43 getötet. Am 31. März meldete das Büro von Bürgermeister Coleman A. Young, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres wieder bereits 112 Kinder durch Schüsse verletzt und acht getötet worden seien; zuletzt ein Vierjähriger, gegen dessen zehnjährigen Bruder die Polizei ermittelt. Die Betroffenheit der Medien darüber ist nicht größer, als wenn die Meldung statt aus Michigan aus Mozambique stammte.

Zur gleichen Zeit aber gerieten Millionen von gottesfürchtigen und gesetzestreuen Bürgern in zweifelsohne tiefe emotionale Bestürzung und Verwirrung, als sie erfahren mußten, daß ihr geliebter und verehrter Fern-

sehprediger und Präsident des Evangelisten-Syndikats PTL (für Praise The Lord und People That Love), Jimmi Bakker, vor sechs Jahren ein außereheliches Rendezvous mit einer jungen 'Kirchensekretärin' in einem Hotelzimmer in Florida gehabt haben soll. Bakker, der in seinen Shows stets gemeinsam mit seiner Frau Tammy Faye-Bakker auftritt, wurde einer der erfolgreichsten Fernsehprediger, weil er das Evangelium in besonders anspruchsloser, sich unmittelbar an der Lebens- und Geschmackswelt seiner Zuschauer orientierenden Weise in die Wohnzimmer brachte. Sein Publikum bildet überwiegend die weiße, ältere Generation; adrett, sich als Mittelklasse verstehend, gleichwohl nicht weit über der Armutsgrenze. Regelmäßig werden in seiner Fernsehshow Menschen vorgestellt, denen der Glaube an Gott Berge versetzt hat. Typisch ist der Fall jenes Rentnerehepaares aus Ohio, das sich jahrelang einen Winnebago-Camper gewünscht hatte. Sie wandten sich laut eigenem Zeugnis direkt an den Herrn, der ihnen kurz darauf einen 'warmen Regen' bescherte, woraufhin sich das Ehepaar einen nagelneuen Winnebago kaufen konnte. Bakker faßte das Ereignis für seine Fernsehzuschauer folgendermaßen zusammen: "Also Leute, wenn ihr einen Winnebago wollt, sagt Gott auch, welches Modell und welche Farbe."

Die Schlichtheit dieser Theologie und der therapeutische Charakter seiner Shows brachten ihm und der Firma PTL wöchentlich Hunderttausende von Dollars an Zuschauerspendsen, von denen er sich zunehmend größere Summen für die private Konsumtion abzweigte. Nicht zuletzt deswegen mußte er seine Präsidentschaft über das Multimillionen-Dollar-Unternehmen, dem u. a. ein ausgedehnter Unterhaltungs- und Ferienkomplex in South Carolina mit dem Namen Heritage USA gehört, an seinen Rivalen Jerry Falwell abtreten.

Die Affäre um die Kontrolle des Unternehmens PTL, die zu Beginn dieses Jahres das hervorstechendste Medienereignis war, hat nicht nur stauenden Ausländern sondern auch vielen 'gebildeten' Amerikanern bewußt gemacht, daß in den USA der religiöse Evangelismus keineswegs nur eine skurrile Randerscheinung ist. Manche sind der Meinung, daß es sich hier um ein neues Phänomen handle. Doch ist dies nicht der Fall. Im Gegensatz zu der von europäischen Angloamerikanophilen nach dem Zweiten Weltkrieg kolportierten Meinung handelte es sich bei amerikanischer Kultur niemals vorherrschend um eine der 'angewandten Aufklärung'. Die Vereinigten Staaten sind vielmehr bis heute eine der wenigen, vielleicht die einzige moderne Industriegesellschaft der Welt, in der voraufklärerische Denkweisen und ein naives theistisches Religionsverständnis sich eine Massenbasis bewahrt haben. Und abgesehen vom Katholizismus — mittlerweile der größten Religionsgemeinschaft in den USA — und den etablierten protestantischen Kirchen gab



es stets die Traditionen des 'Evangelismus', einer Variante der protestantischen Glaubenspraxis, deren Kennzeichen die 'Bekehrung', das jeweils individuell bezeugte Erleuchtungserlebnis im Erwachsenenalter ist. Mit der Entwicklung des Kabel- und Satelliten-Fernsehens wurden schließlich die technischen Mittel bereitgestellt, um aus dieser kulturellen Tradition des 'Evangelismus', von der in der Vergangenheit eine Vielzahl kleiner, charismatischer Wanderprediger ihren Lebensunterhalt bestritt, nun ein ordentlich organisiertes, nationales Wirtschaftsunternehmen zu machen.

Sozialpsychologisch gesehen besteht der Mutterboden für die Tradition des Evangelismus vor allem aus der individuellen Therapiebedürftigkeit. In welcher Richtung die Individuen der amerikanischen Gesellschaft seit eh und je in besonderem Maße therapiebedürftig sind, läßt sich gewissermaßen schon aus der Struktur des historischen Projekts 'Neue Welt' erschließen. Alexis de Tocqueville bemerkte vor 150 Jahren, daß "ein Amerikaner" keine nationale oder kulturelle, statt dessen die Identität einer gemeinsamen Weltanschauung habe. "Ein Amerikaner", schrieb der Österreicher Franz Grund etwa um die gleiche Zeit, "liebt sein Land nicht auf dieselbe Weise wie ein Franzose Frankreich oder ein Engländer England: Amerika ist für ihn nur ein physikalisches Mittel, um eine moralische Gewalt einzurichten — der Ort, wo seine politischen Lehren eine Heimstatt habe." (Francis J. Grund, *The Americans in Their Moral, Social and Political Relations*, London 1873, Bd. 1, S. 263-64).

Diese Weltanschauung ist politisch-ökonomischer Natur; sie erscheint in ihrer heutigen Form als 'Amerikanismus', als die Zwangsvorstellung, daß jeder Amerikaner die Möglichkeit, ja die Pflicht habe, sich vor allem 'ökonomisch zu verwirklichen' und dadurch individuell unabhängig zu werden, und daß jede nicht erfüllte Erwartung in dieser Richtung auf eigenes Versagen bzw. persönliche Minderwertigkeit zurückzuführen sei. Je zwingender gegenläufige ökonomische Kräfte die individuelle 'Selbstverwirklichung' einschränken, desto drängender wird für den einzelnen die Frage nach dem Wert seiner Person und nach dem Sinn seines Lebens. Eine Beantwortung dieser Frage durch Identifizierung mit einer Kultur, einer Nation, einem gemeinsamen Projekt ist den meisten Amerikanern nicht möglich, weil diese Dinge als 'Werte an sich' für ihn keine Bedeutung haben. Zwar gibt es unleugbare Äußerungsformen eines aggressiven Chauvinismus, der besessen zu sein scheint von der Wahrung der 'nationalen Ehre', zu beobachten etwa bei der Bombardierung Libyens oder jüngst erst wieder anlässlich der im Fernsehen live übertragenen Anhörungen von Lt. Col. Oliver North. Die 'Nation' ist hier jedoch kaum etwas anderes als eine erweiterte Version des lokalen Football-Teams. In der populären Kultur der USA, in der agonale Deu-

tungsmuster des menschlichen Handelns und das miterlebende Siegen als Zuschauer bei großen Sportwettbewerben eine zentrale Bedeutung haben, ist eher die internationale Politik Projektion des Sportspektakels als umgekehrt das Sportspektakel Surrogat für internationale Politik.

### III

Im Unterschied etwa zu historisch bekannten Formen europäischen Chauvinismus' beansprucht der Amerikanismus keine expliziten Sonderrechte für die eigene Nation (als 'Blutgemeinschaft' oder 'Kulturgemeinschaft') auf Kosten anderer, 'minderwertiger' Nationen; er propagiert in der Regel kein gemeinschaftsseliges Aufgehen in krieglerisch-archaischer Gruppenidentität, sondern er ist im Wesen nichts anderes als die gereizte Ermahnung ideologisch aktivistischer Teile der Eigentümerklassen an die eigenen politischen Eliten, die Grundlage eines Gemeinwesens, in dem als kollektive Pflicht allein die zur individuellen ökonomischen Selbstverwirklichung besteht, gegen alle wirklichen und vermeintlichen Angriffe und Anfechtungen von innen und außen — wenn nötig mit Gewalt — zu schützen. Alle Versuche, jenseits des Amerikanismus ein amerikanisches Selbstbewußtsein zu kreieren, dessen Orientierungspunkte abstrakt-überindividuelle Projekte bzw. 'nationale Aufgaben' sein sollten — Versuche, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem mit den Präsidenten Truman und Kennedy verbanden und die 'Verbreitung der Demokratie' sowie die 'Friedliche Nutzung des Weltraums' zum Inhalt hatten — können heute als im großen und ganzen gescheitert angesehen werden. Sie wurden gründlich desavouiert im Vietnamkrieg; ihren einstweilen endgültigen Todesstoß erhielten sie gemeinsam mit der Besatzung der verglühenden Raumfähre Challenger.

Spätestens seitdem gilt für die großen und kleinen Eigentümerklassen eine Art aggressiver Neo-Amerikanismus, wie einer der wenigen genuinen Nationalhelden der gegenwärtigen USA, der Automobilmanager Lee Iacocca, 'Retter' der vor einigen Jahren vor dem Bankrott stehenden Firma Chrysler, jüngst demonstrierte. Von Journalisten auf die Höhe seiner kürzlichen Gehaltserhöhung auf 20 Millionen Dollar jährlich angesprochen, erwiderte er: "Das ist der American Way. Wenn kleine Kinder nicht mehr hoffen können, soviel Geld zu verdienen wie ich, wozu soll dieses Land noch gut sein?" (zit. nach DER SPIEGEL, 11. 5. 87, S. 284). Einem Mißverständnis würde derjenige unterliegen, der in dieser Äußerung Iacoccas, der bereits als Präsidentschaftskandidat im Gespräch war, auch nur einen Hauch von Frivolität vermutete. Um so plausibler wird, daß für so viele dieser 'kleinen Kinder', deren Hoffnungen sich im Laufe ihres Erwachsenwerdens nicht erfüllten, der religiöse Glaube in seiner primitiven Form als Magie und in seiner thera-

peutischen Funktion als emotionale Krücke relativ 'naiv' fortbesteht: Unter den bedrängenden ideologischen Ansprüchen des 'Amerikanismus' bietet der Evangelismus den fragmentierten Individuen ein Maximum an psychisch stabilisierender Kollektividentität in der entsolidarisierenden aber offiziell christlichen 'Erfolgsgesellschaft', ohne daß dabei das strengste elterliche Tabu, nämlich das eines selbständigen politischen Kollektivismus 'von unten', verletzt würde.

Weder der Amerikanismus noch der religiöse Evangelismus aber sind per se reaktionär, wie viele europäische Beobachter glauben. Sie sind allgemeine, gleichsam 'horizontal' strukturierte Kategorien der Weltdeutung, die jeweils 'vertikal' unterschiedliche Inhalte aufnehmen können. Bei den 'Evangelicals' z. B. gibt es mindestens drei klar zu unterscheidende politische Richtungen: eine 'Linke' (schwarze Befreiungstheologie, 'Jesus-People'), eine 'weiche Mitte' (repräsentiert durch den Urvater aller modernen TV-Evangelicals, Billy Graham) und eine 'Rechte' (die sogenannten Fundamentalisten und Anhänger der selbsternannten Moral Majority). Und auch der Amerikanismus der kleinen Leute hat zumindest außenpolitisch durchaus defensive, d. h. antimilitaristische Züge, wenn sie auch vielfach gebrochen sind durch die neueren Denkmuster des kalten Krieges und eine Ideologie des internationalen Sozialdarwinismus.

Etwas Analoges gilt für — schon schmerzt es, das immer wieder sagen zu müssen — die Parteien der Demokraten und der Republikaner. Besonders deutsche Sozialdemokraten, wie z. B. der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Karsten Voigt in einem neueren Beitrag zur US-Sicherheitspolitik (Von der doppelten Nulllösung zu einer neuen Politik der Entspannung?, in: Sozialismus Nr. 5, 1987), neigen dazu, in ihnen relativ festgefügte politische Richtungskonstellationen zu sehen, die entsprechend als 'rechts' und 'links' eingestuft werden. Mit anderen Worten: für Voigt und andere sind 'Die Demokraten' die SPD, 'Die Republikaner' die CDU. Doch das amerikanische politische System ist ein untaugliches Objekt für die Deutungskategorien des westeuropäischen Parlamentarismus. Seine bestimmenden Kräfte sind zugleich enger und breiter. Auf der einen Seite wird zumindest die Außenpolitik in einem viel stärkeren Maße als in jeder westeuropäischen parlamentarischen Demokratie durch außer-konstitutionelle, sich selbst kooptierende Elitegruppen geprägt, und zwar auf völlig parteiunabhängiger Basis — z. B. im Council on Foreign Relations —, auf der anderen Seite spielt das Moment der öffentlichen Meinung, der Konsens oder Dissens der Bevölkerung mit den Grundlinien der Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Nach dem Vietnamkrieg kamen die politischen Eliten Amerikas übereinstimmend zu dem Schluß, daß gegen den Willen einer quali-

fizierten Minderheit der Bevölkerung kein langandauernder Krieg außerhalb des eigenen Territoriums mehr geführt werden kann. Die von Truman und später noch einmal von Kennedy — im Geiste Woodrow Wilsons — dem amerikanischen Volk verkaufte Illusion, Amerikas gute Absichten rechtfertigten jedes praktische Mittel in der internationalen Politik, war in den tumultösen sechziger Jahren so gut wie zerstört worden. Das Land wurde in zwei Lager gespalten.

#### IV

Ronald Reagans Aufgabe und Bedeutung als Präsident wurde von den politischen Eliten Amerikas in erster Linie auf dem Feld der 'Konsensrekonstruktion' gesehen. Er ist, daran gibt es keinen Zweifel, ein bedeutender, d. h. ein effektiver Politiker durch seine Suggestivkraft als Sinnstifter für die politische Kultur. Sein Gegenstück in dieser Funktion ist nicht irgendein anderer Berufspolitiker — etwa ein 'Demokrat' —, sondern ein durchaus überparteilicher populärer Künstler: der Rocksänger Bruce Springsteen. Beide symbolisieren sie für je unterschiedliche Teile des amerikanischen Volkes die Tatsache, daß "Amerika wieder da ist". Für Reagan wie für Springsteen liegen die Wurzeln ihres jeweils phänomenalen Aufstiegs in den sechziger Jahren. Springsteen, Jahrgang 1949, wuchs gemeinsam mit der Generation der Vietnamkämpfer und der Anti-Kriegsbewegung auf. Reagan gewann sein erstes bedeutendes politisches Amt, den Posten eines Gouverneurs von Kalifornien im Jahre 1966, auf der Basis einer starken Gegenbewegung rechtschaffener Bürger gegen die 'Exzesse' der aufkommenden 'Gegenkultur', die im Berkeley Free Speech Movement und in der 'Flower-Power'-Folklore im Haight-Ashbury-Bezirk von San Francisco ihre provozierendsten Erscheinungen hatten.

Springsteens Musik und seine Identität sind eng verbunden mit der etwa fünfzehnjährigen Periode zwischen den Anfängen des Rock 'n' Roll als Ausdruck eines neuen, sinnenfrohen, unverkrampften, anti-konventionellen Lebensgefühls und dessen endgültig 'domestizierender' Einvernahme durch die Konzerne der kommerziellen Massenunterhaltung. Reagans politisches Profil ist geprägt durch die innere Abwehr und aktive Opposition gegen jene 'kulturrevolutionäre' Epoche bzw. gegen das, was sie an demokratischen Veränderungen für das Land gebracht hat. Beide symbolisieren sie entgegengesetzte Versionen des in den achtziger Jahren 'wiederversöhnten' Amerika, wobei sie gleichsam mit vertauschten Rollen an die Lager der sechziger Jahre anknüpfen: Der Staatsmann, indem er in forcierter, 'jugendlicher' Unverkrampftheit mit der selbstsicheren Unbekümmertheit eines kalifornischen Strandjungen suggeriert, daß die Ungebrochenheit und zukunfts gewisse Selbstsicherheit jenes Jahrzehnts, seine bei aller politischen Auseinander-



setzung psychische "Schmerzlosigkeit", wie Jefferson Harley in der »New Republic« vom 23. März dieses Jahres formulierte, auf der Basis des Status-quo-ante-Vietnam wiederhergestellt werden können; der Rocksänger, indem er antihedonistisch und politisch abgeklärt darauf besteht, daß die Protest-Generation historisch im Recht gewesen sei und daß die Niederlage der kämpfenden Truppen in Vietnam zwar nicht die Würde des amerikanischen Volkes verletzt habe, wohl aber dessen Vertrauen in die Unschuld seiner politischen Führer. Er fordert sein Publikum auf, aus der Geschichte zu lernen, nicht sie zu verdrängen, und er macht kein Hehl daraus, daß jetzt, wo der Glaube an die Unschuld der politischen Führer Amerikas verlorengegangen ist, ein zweites Vietnam zuzulassen unverzeihlich wäre. Viele seiner Songs sind voller Mitgefühl. Sie handeln von den enttäuschten Hoffnungen und zerstörten Existenzen der siebziger und achtziger Jahre: nicht nur von den Schicksalen psychisch und physisch beschädigter Vietnam-Veteranen, sondern auch von der virtuellen Vernichtung der Lebensgrundlagen der Arbeiter in den verfallenden Industriestädten des Nordostens und Mittewestens; durchaus jener Leute, von denen nicht wenige einmal ihre Hoffnungen, absolut unbegründet, auf Ronald Reagan gesetzt hatten.

Es gibt in Europa, zumal in der Bundesrepublik Deutschland, nur sehr wenige, die einen Begriff davon haben, welche politische Bedeutung die populäre Kultur und ihre Mythen in den USA besitzen. Daß Ronald Reagan mitunter Zitate aus alten Hollywood-Filmen als "Beispiele aus der Geschichte" anführt, wird von Europäern gewöhnlich überlegen schmunzelnd zur Kenntnis genommen und dann geistig abgeheftet unter der Rubrik 'Reagans Absonderlichkeiten'. Doch gerade diese 'Absonderlichkeit' ist die Voraussetzung für seine bewiesene Fähigkeit, ein von der schmerzhaften Erkenntnis der realen Verhältnisse nicht nur ungetrübtes, sondern *positiv ablenkendes Bild* der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegenwart der USA zu vermitteln, während gleichzeitig diese realen Verhältnisse radikal und einseitig auf Kosten und zu Lasten der 'kleinen Leute' saniert werden; eine derartige Aufgabe kann man über einen längeren Zeitraum nicht 'zynisch' lösen, sondern nur naiv. Reagan ist von Beruf Schauspieler, aber die Rolle des 'All American Boy', der wie die Jungens in den Geschichten von Horatio Alger die ihm gebotenen Chancen im Leben nutzt und den 'American Dream' für sich verwirklicht hat, ist sein Leben, wie unlängst erst wieder Garry Wills in seinem ausgesprochen witzigen Buch 'Reagan's America' vorgeführt hat. Den Klassen der amerikanischen Bevölkerung, die ihm durch ihr Mäzenatentum diesen Traum verwirklicht haben, stellt er sich seit dreißig Jahren zur Verfügung: all den Aufsteigern und noch durch persönlichen Einsatz reich Gewordenen des amerikanischen Nachkriegsbooms, die nun ihren Lebensabend wohlverdient komfortabel im Country Club verbringen.

gen und gleichzeitig dafür Sorge tragen wollen, daß ihre Enkelkinder ohne zu großen Konkurrenzdruck von seiten aufstiegsorientierter Minderheitenkinder ihr Universitätsstudium absolvieren können — sie sind Reagans Bezugsgruppe. In ihren Kategorien eines hedonistischen Spießbürtums denkt er, und ihre Weltanschauung vertreibt er, mit all der offenerherzigen Schlitzohrigkeit und dem intimen Pathos, die ein durchschnittliches amerikanisches Verkaufsgespräch auszeichnen. Reagan verkauft den Mythos eines 'erneuerten' Amerika übers Fernsehen — aber die Tatsache, daß ein großer Teil des amerikanischen Volkes ihm sein Produkt offensichtlich abnimmt, sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob es wirklich konsumiert wird bzw. ob man dem Verkäufer Glauben schenkt. Wer hat nicht schon einmal einem eloquenten Straßenhändler nichts-nützige Produkte abgekauft: einfach als Anerkennung für den hohen Unterhaltungswert der Verkaufssagitation?

## V

Etwa zur selben Zeit, als der sogenannte Irangate-Skandal öffentliches Gesprächsthema und Reagan auch als Konsenskatalysator langsam nicht mehr tragbar wurde, stürmten die Leute buchstäblich die Plattengeschäfte des Landes, um den eben herausgekommenen LP-Set »Bruce Springsteen and the E-street Band Live/ 1975-85« zu erwerben.

Die Live-Kassette, nicht das Begleitheft, in dem nur die Liedertexte wiedergegeben sind, dokumentiert auch einiges von dem, was Springsteen als Überleitung zwischen den Songs seinem Publikum erzählt. Vor 70 000 Zuhörern, viele von ihnen Teenager, berichtet er im Los Angeles Coliseum, anscheinend beiläufig und spontan, von einer Episode aus der Zeit, als er selbst ein Teenager war. "Mein Vater und ich", beginnt er, "wir waren in einem ständigen Kampf miteinander." Und er fährt fort mit der Schilderung des alltäglichen Horrors in einer Familie des Middle America während der sechziger Jahre. Der Sohn trug die Haare schulterlang, sein Vater war der festen Überzeugung, daß er dadurch den Bereich der zivilisierten Menschheit verlassen habe und ließ es ihn spüren. Der Sohn verbrachte deshalb die meiste Zeit außer Haus, um den zermürbenden Auseinandersetzungen zu entgehen, was im Sommer nicht schlimm war — aber im Winter ... Im Winter verbrachte er halbe Nächte in einer Telefonzelle und redete mit seiner Freundin. Wenn er dann um Mitternacht nach Hause kam, saß der nimmermüde Vater mit der Mutter noch in der Küche und sie zitierten den Heimkehrer an den Küchentisch. Und dann ging es wieder los: Wer, zum Teufel, glaube er denn, wer er sei! Schließlich, irgendwann würde ihn die Armee holen, und die würde dann einen Mann aus ihm machen! Vater und Sohn brachen irgendwann die Kommunikation ab, aber als der Sohn einmal einen Motorradunfall hatte und einige Wochen bewegungsunfähig im



Bett verbringen mußte, bestellte der Vater einen Friseur ins Haus und ließ dem Sohn die Haare schneiden. Der Sohn schwor, das niemals zu vergessen.

Dann erhielt der Sohn den Musterungsbescheid. Zusammen mit zwei gleichaltrigen Freunden, die ihn ebenfalls erhalten hatten, verbrachte er drei Tage und drei Nächte außer Haus, trinkend, die Angst betäubend. Die Musterungskommission erklärte ihn für nur bedingt tauglich, d. h. er wurde nicht eingezogen. Der Sohn kehrt nach 72-stündiger Abwesenheit spät nachts in sein Elternhaus zurück. Vater und Mutter sitzen wie gewöhnlich in der Küche und warten auf ihn. Der Vater fragt, wo er die ganze Zeit gewesen sei. Der Sohn sagt, er sei bei der Musterungskommission gewesen. "What happened?" fragt der Vater. "They didn't take me", erwidert der Sohn. "That's good", sagt der Vater. Die 70 000 Zuschauer im Stadion, in dem man eben noch eine Stecknadel hätte fallen hören können, explodieren in Beifall. In den Jubel hinein beginnt Springsteens Mundharmonika mit dem Intro zu dem für mich bewegendsten Rock-Song der achtziger Jahre, »The River«. Er handelt vom Verfall der Lebensbedingungen für die einst so stolzen Arbeiterfamilien in den alten Industriestädten, in denen die Fabriken stillgelegt worden sind.

Doch Springsteen wird noch deutlicher. Er benutzt wenig fremdes Material in seinen Konzerten, das aber mit genauem Bedacht: Zuvor legt er die Gitarre beiseite und wendet sich ausdrücklich an die "jungen Leute" im Publikum. Er kommt noch einmal darauf zu sprechen, was es bedeutete, in den sechziger Jahren aufgewachsen zu sein: "Wir hatten jeden Abend Krieg im Fernsehen", berichtet er, "und einige von unseren Freunden waren daran beteiligt." Sie hätten nicht einmal gewußt, wo dieses Vietnam überhaupt lag, geschweige denn, worum es in diesem Krieg ging, als sie den Einberufungsbefehl erhielten. Niemand von seiner Generation habe sich groß um Politik gekümmert, alle hätten einen "blinden Glauben" gehabt an Amerika, an seine Führer, überhaupt an die Zukunft. Dann wird seine Stimme ruhig und eindringlich: "Falls euch das passiert, daß sie euch auch noch einmal holen wollen, dann denkt daran, jetzt wo wir das Jahr 1985 haben: blinder Glaube an eure Führer oder an irgend etwas anderes wird euch umbringen." Und die Band fällt ein mit einer donnernden Version eines alten Motown-Protestsongs von 1970, »War«, dessen Refrain lautet: "War — What is it good for? Absolutely nothing!"

## VI

Im Jahre 1975, zwei Jahre nach dem Ende der bewaffneten Intervention der USA in den vietnamesischen Bürgerkrieg, hatte Henry Kissinger als das Hauptproblem amerikanischer Außenpolitik für die kommenden

Jahre die "Unwilligkeit der amerikanischen Bevölkerung, die Interessen der USA in der Welt notfalls mit Waffengewalt zu vertreten", genannt.

Für eine Zeitlang schien es so, als hätte Ronald Reagan es geschafft, das 'Vietnam-Syndrom', wie diese "Unwilligkeit" genannt wurde, im vom Kissinger seinerzeit gemeinten Sinn zu überwinden. Die Art und Weise, wie die Aktionen gegen Grenada und Libyen in der amerikanischen Öffentlichkeit aufgenommen wurden, ließ bei Teilen der amerikanischen Machteliten, insbesondere dem Militär, die Hoffnung aufkommen, daß auch ausgedehnte Aktionen amerikanischer Streitkräfte, z. B. in Nicaragua oder im Persischen Golf, nicht mehr länger auf den Widerstand großer Bevölkerungsteile stoßen würden. Man glaubte, die 'nationale Schwäche', die aus dem tiefen Dissens, der Gespaltenheit der Bevölkerung resultierte, schließlich überwunden zu haben. "America is back", hieß es allenthalben. Amerikaner würden wieder stolz sein auf ihr Land, ein 'neuer Konsens' sei hergestellt oder zumindest im Begriff, sich zu bilden.

Daran ist etwas Wahres, und unbestreitbar scheint es zu sein, daß die Person des Ronald Reagan einen Beitrag zur 'Versöhnung' des Volkes geleistet hat. Ebenso unbestreitbar scheint es mir aber auch zu sein, daß diese 'Versöhnung' des Volkes mit sich selbst und in gewisser Weise auch mit seiner politischen Klasse *nicht* im Sinne derjenigen verlaufen ist, die das 'Vietnam-Syndrom' überwinden wollten, nämlich eine Art Status-quo-ante-Vietnam, d. h. ein unschuldiges Vertrauen in die Weisheit der Führer Amerikas wiederherzustellen. Für diese Annahme spricht nicht nur der phänomenale öffentliche Status des Rocksängers Bruce Springsteen, sondern auch der gewaltige Massenerfolg des in Hollywood produzierten Vietnam-Films von Oliver Stone, »Platoon«.

Seit Anfang diesen Jahres läuft er auch in unseren Kinos, und seine Rezeption durch die Filmkritik hierzulande dokumentiert einmal mehr, wie schwierig es sein kann, ausländische Filme angemessen zu verstehen. Bei populären Filmen aus den USA kommt hinzu, daß hier eine bestimmte bundesdeutsche Kritik für gewöhnlich auch nur ein Minimum an einführender Distanz und kultursociologischer Empathie für unangebracht hält.

Besonders vernichtend trieb es Corinne Schelbert in »konkret« (Nr. 5/87). Ihre Kritik des Films und seines Regisseurs und Autors Stone ist ein gutes Beispiel für die spezifische Blindheit eines Teils der bundesdeutschen Kulturlinken gegenüber den USA. Indem sie sich als unfähig oder unwillig zeigt, die durchaus deutliche Stellungnahme des Films zu internen Klassenseinandersetzungen in den USA überhaupt wahr-



geschweige denn ernstzunehmen, dokumentiert sie ihre bildungsbürgerliche Klassenbeschränktheit. Die gestattet nämlich die Erkenntnis von gesellschaftlichen Widersprüchen nur da, wo das eigene hochsensible und zivilisierte mitteleuropäische Bewußtsein — darin womögliche invernemlich mit einigen europäisch kultivierten New Yorker Freunden — auf etwas ihm Fremdes stößt, in diesem Fall auf den Bereich des ganzen großen, nicht mehr als differenziert wahrnehmungswürdigen Rests des brutalen, vulgären, protofaschistischen ('anti-intellektuellen'), bigotten und vor allem male-chauvinistischen Mainstream-Amerika. Jenem wird der Regisseur Stone von Frau Schelbert hinzugeschlagen, und damit hat für sie die kritische Arbeit auch schon ein Ende. Für eine wirklich verständige Kritik hätte sie da aber erst beginnen müssen.

Denn der Film »Platoon« gibt eine Menge interessanter Auskünfte über den Stand der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Deutung des Vietnam-Krieges in den heutigen USA. Zunächst: er ist weder ein didaktisches Stück gegen den Krieg schlechthin, noch befaßt er sich mit den konkreten historischen Bedingungen, die die USA nach Vietnam gebracht haben. Solche amerikanischen Filme gibt es übrigens auch; der meiner Kenntnis nach beste von ihnen ist Peter Davis' Dokumentarfilm »Hearts and Minds«. »Platoon« aber ist ein Publikumsfilm, der in der Ästhetik des 'Massengeschmacks' verbleibt, indem er schwelgerisch mit Bild-Ton-Effekten umgeht; sein Drehbuch ist vielleicht nicht ganz professionell, seine Dialoge sind mitunter einfältig, seine Grundhaltung ist ethnozentrisch, er ist auch von Larmoyanz und Kriegsromantik nicht frei. Man kann all das feststellen und muß trotzdem dabei nicht übersehen, was den Film zu einem wertvollen authentischen Dokument macht. Er ist nämlich gewissermaßen im doppelten Sinn authentisch: er spiegelt wider, wie es für die amerikanischen Soldaten war und er drückt aus, wie heute die meisten Veteranen darüber denken.

Wer dabei rassistische Elemente entdeckt, hat auch nicht unrecht; nur handelt es sich nicht um eine besondere Sichtweise des Films bzw. seines Regisseurs, sondern um die naturalistisch wiedergegebene Wirklichkeit eines Krieges, der von einer weißen 'Herrenvolkdemokratie' (der Begriff stammt von Pierre L. van den Berghe, *Race and Racism, A Comparative Perspective*, New York 1967) vor bald zwei Jahrzehnten geführt wurde. Innerhalb des 'akzeptablen' Diskurses dieser Gesellschaft verbleibt der Autor Stone zwanzig Jahre später nicht deshalb, weil er das Kriegsspielen nicht lassen kann, sondern weil er ein integrales Vollmitglied dieser Gesellschaft ist und einen relevanten Film machen wollte. Um so authentischer dokumentiert der Film auch, was sich in dieser Gesellschaft verändert hat. Stone erzeugt seine Bilder aus Vietnam mit den Augen und dem Bewußtsein eines überlebenden weißen Vetera-

nen und macht daraus einen wirklich populären Film; und nicht erst das Beispiel von Ronald Reagan zeigt, welche wahrnehmungsprägenden Funktionen populäre Filme in den Vereinigten Staaten übernehmen können.

Vor diesem Hintergrund ist die politische Bedeutung von »Platoon« zu sehen. Zu den Fakten: Zwischen 1969 und 1971 registrierte die Armee offiziell insgesamt mehr als 600 Fälle von 'Fragging', d. h. Zwischenfälle, bei denen Offiziere oder Unteroffiziere vorsätzlich von eigenen Leuten verletzt oder getötet wurden. Dies ist die eigentliche Thematik des Films.

Die jungen amerikanischen Soldaten, die nach Vietnam kamen, ob als Gezogene oder, wie der Protagonist und das Alter Ego des Autors Stone selbst, als 'patriotischer' Freiwilliger, lernten in Vietnam neben der Wahrheit über den Dschungelkrieg vor allem einige schlimme Wahrheiten über ihre eigene Gesellschaft, über die einer der negativen Helden des Films, ein vielleicht achtzehnjähriges, körperlich kaum ausgewachsenes Mann-Kind, das eben voll pathologischer Tötungslust und perverser Haßenergie einem unbewaffneten jungen Vietnamesen mit dem Gewehrkolben den Schädel eingeschlagen hat, das wohl schaurigste Urteil abgibt: "Mir gefällt es hier in Vietnam. Keiner stößt mich herum, und ich kann tun, was mir gefällt!" Dies zeigt der Film, er kommentiert es nicht. Der Autor und Regisseur sieht sich als Beteiligter und Betroffener eines konkreten Krieges, nicht als jemand, der ein 'ewiges' Thema bearbeitet. Seine ihn eigentlich erschreckende Erfahrung hat der 'Erzähler' des Films gleich zu Beginn in einem seiner Briefe an die Großmutter prägnant formuliert: "Hier ist die Hölle", schreibt er noch vor seinen ersten Kampferfahrungen, "die Hölle, das ist die Unmöglichkeit von Vernunft." Damit ist nicht der Krieg gemeint oder der bedrohlich unheimliche Dschungel. Gemeint ist die amerikanische Armee.

Sie erkennt er als brutal verdeutlichende Projektion bestimmter Aspekte der amerikanischen Zivilgesellschaft. "Die meisten der Jungs hier sind aus Kleinstädten", schreibt er nach Hause, "sie sind arm, ohne ordentlichen High-School-Abschluß; wenn sie zurückkommen sollten, haben sie nichts als die Aussicht auf einen Fabrikjob, vielleicht nicht einmal das. Und doch riskieren sie hier ihr Leben für unsere Gesellschaft, unsere Freiheit." Mit "unser" ist gemeint: das Amerika der meist weißen 'Middle Class', deren Kinder nur in Ausnahmefällen oder freiwillig nach individuellen Anfällen patriotischen Sentimentalismus' (Stones eigener Fall) in die Hölle des Krieges nach Vietnam gelangten, wie der Regisseur sehr deutlich seinem Publikum klarmacht. Er thematisiert damit den Klassencharakter des amerikanischen 'Engagements' in Viet-



nam, der die Klassenscheidung der amerikanischen Gesellschaft zu Hause reproduziert. Diejenigen, die Amerika zum Killen hinausschickt, sind selbst Opfer — wenn nicht schon auf dem fernen Schlachtfeld, dann anschließend in der Heimat, wo sie ebenfalls über den Status des Kanonenfutters nicht hinausgelangen werden. Von ihnen die artikuliert Einsicht zu verlangen, daß sie in Vietnam als imperialistische Vertreter der 'Haves' einen unmoralischen 'internationalen Klassenkampf' gegen die 'Have-nots' führten, wäre wohl zuviel verlangt — doch die Praxis des 'Fragging', im Zweiten Weltkrieg etwa noch völlig unbekannt für Amerikaner, deutet an, und genau das versucht der Film zu zeigen, daß auch ein großer Teil der amerikanischen Soldaten in Vietnam wußte und fühlte, daß es kein 'gerechter Krieg' war, den sie da führen sollten.

Stone stellt den 'stellvertretenden Klassenkampf' der Amerikaner in Vietnam in mythologisierender Weise dar: als Zweikampf zweier ansonsten beinahe identischer Protagonisten, beide als Soldaten von erster Güte, der eine bereits nachdenklich geworden und auf dem Weg zum Widerstand, der andere ungebrochener Träger jenes höllischen Potentials, das — unabhängig von Vietnam oder irgendeiner anderen Extremsituation — tief in der amerikanischen Herrenvolkdemokratie selbst verankert ist: des Blutauschs aus bigotter Rechtschaffenheit, vornehmlich gegenüber Vertretern nicht-weißer Völker. Stone deutet unmißverständlich an, daß Sergeant Barnes und sein Geist in Vietnam nur vorläufig gestoppt aber nicht endgültig überwunden worden sind, daß die Möglichkeit neuer, akuter 'Höllenausbrüche' nach wie vor gegeben ist. Aber dies nur — auch das macht der Film unmißverständlich klar — "über unsere Leichen": über die Leichen derjenigen, die selbst vor 20 Jahren dabei waren, die das höllische Extrem ihrer nationalen Kultur durchlitten haben und davon verwundet und brutalisiert wurden — und als ein Resultat ihrer mühseligen Selbstheilung schließlich entschieden *anti-interventionistisch* geworden sind.

Die Tatsache, daß »Platoon« bei der diesjährigen Oscar-Verleihung ausgiebig bedacht wurde, hat auch eine gewisse politische Bedeutung. Sie ist nicht, wie manche vorschnell mit ihrem Urteil bei der Hand waren, der Beweis dafür, daß es sich bei Oliver Stones Film eben doch um ein reaktionäres Machwerk handle, sondern eher dafür, daß es den konservativen politischen Eliten nicht gelungen ist, *ihre* Version der Überwindung des 'Vietnam-Syndroms' durchzusetzen. Um die Mitte der achtziger Jahre deutet sich an, daß der 'Generationenkonflikt' innerhalb der amerikanischen politischen Kultur, der in den sechziger Jahren akut zum Durchbruch gekommen war, am Ende einen ganz anderen Ausgang nehmen könnte, als das nach den ersten sechs Jahren des 'Reaganismus' schon ausgemacht zu sein schien.

## VII

In der amerikanischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur gibt es — weiter oben wurde es bereits gesagt — offiziell und inoffiziell keine 'Fraktionen' nach den Kriterien strategischer Gesamtentwürfe oder ideologischer Grundhaltungen. In seiner Verfassungswirklichkeit ist das Regierungssystem der USA eine plebiszitäre Oligarchie, in der zumindest im Grundsätzlichen ein 'nationaler Konsens' zu herrschen hat. Der objektiven Vielfalt der amerikanischen Gesellschaft entsprechend wird dieser Konsens — abgesehen von den allgemeinen Prinzipien der politischen Ökonomie — in der Regel *negativ* bestimmt sein, d. h. er ist definierbar als ein Konglomerat dessen, was den wenigsten entschiedenen Widerspruch hervorruft. Für die politischen Eliten bedeutet das weitgehende aber nicht unbegrenzte Handlungsfreiheit. Der Massenerfolg des Films »Platoon« und seine offizielle Anerkennung als Äußerung des 'Mainstream-Amerika' deuten darauf hin, daß auch die Eliten der USA sich bis auf weiteres endgültig damit abgefunden haben, daß ein erneutes kriegerisches Abenteuer sehr entschiedenen Widerspruch hervorrufen würde; daß also das von ihnen vor einem Jahrzehnt beklagte 'Vietnam-Syndrom', allen verzweifelte Beschwörungsversuchen sogenannter Neokonservativer zum Trotz, nunmehr zum integrierten Bestandteil des nationalen Konsenses geworden ist. Damit wird die außenpolitische Option direkter militärischer Interventionen, die über Handstreichs oder 'Strafmaßnahmen' hinausgehen, weiterhin so gut wie ausgeschlossen sein. Das bedeutet ferner, daß auch mit ihrer theoretischen Drohung kein 'glaubwürdiger' politischer Druck ausgeübt werden kann.

Darüber hinaus ist es heute keineswegs abwegig, daß sich über die Erfahrung und Thematisierung des internen Klassencharakters des Vietnam-Krieges und durch die öffentliche Anerkennung der Würde seiner meist proletarisch-kleinbürgerlichen (toten und überlebenden) Opfer, wie sie z. B. auch in dem von Veteranen selbst konzipierten und ohne einen staatlichen Dollar finanzierten Vietnam-Memorial in Washington, D.C. den sich sträubenden politischen Eliten der Nation aufgezwungen wurde, für die Wirtschafts- und Sozialpolitik ebenfalls Folgen einstellen. Bruce Springsteen, die zweifellos politisch bedeutungsvollste Figur der amerikanischen populären Kultur in den achtziger Jahren, repräsentiert mit der erwachsen und selbstbewußt gewordenen Generation derjenigen, die in den sechziger Jahren gegen den Vietnam-Krieg protestiert oder als amerikanische Opfer an ihm teilgenommen haben, Elemente eines neuen, aus der offensichtlichen Kenntnis der Bedürfnisse des arbeitenden Menschen abgeleiteten produktionsethischen Patriotismus, der direkt als Antithese zum Reagan'schen Amerikanismus gemeint ist und von seinem Publikum auch so verstanden wird; wenn auch nicht von allen Public-Relations-Mitarbeitern der Reagan-Administration, die



offensichtlich in Unkenntnis der sarkastischen Bedeutung seines Songs »Born in the USA« den Künstler für den letzten Reagan-Wahlkampf kooptieren wollten.

Auf dem Höhepunkt des nachdenklichen, dialogischen Teils seines Programms zwingt Springsteen häufig sein Publikum, in der Regel ein ganzes Stadion voll, zur Aufmerksamkeit für eine dramatisch, beinahe rezitativ vorgetragene Solo-Version von Woody Guthries Klassiker »This land is your land«. Es mag sein, daß vor allem seine jüngeren Zuhörer nicht wissen, in welcher Zeit und in welcher Bewegung derjenige seine Wurzeln hatte, der diesen Song vor über dreißig Jahren, schon am Ende seines Lebens, geschrieben hat; aber ihre euphorische Reaktion auf Springsteens Vortrag zeigt, daß sie durchaus verstehen, was er bedeutet. Springsteen erzeugt dieses Sentiment nicht, er spricht es nur an.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Amerikas politische Eliten durch den zunehmenden Druck dieses 'proletarischen' Patriotismus genötigt sein könnten, demnächst auch Elemente einer neuen Produktionsethik als Teil des nationalen Konsenses wieder zu akzeptieren — ähnlich wie der 'New Deal' vor fünfzig Jahren erzwungen wurde.

*Alle Menschen sind korrupt. Der einzige Unterschied besteht darin, daß wenige es zugeben. Ich selbst leugne es.*

Henry Louis Mencken

Sabine Kebir

## Die Mutterstrafe

im Sommer des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit  
— Probleme des Bevölkerungswachstums in Algerien

Wenn Sie einen — vielleicht nicht ganz jungen — Algerier fragen, wie viele Brüder und Schwestern er hat, haben Sie große Chancen, erstaunliche Antworten zu bekommen. Ich habe mal einen gekannt, der 62 Geschwister hatte. Solche Zahlen sind uns aus dem Alten Testament oder auch aus gewissen Fürstenhäusern bekannt. Sie kamen aber bis ins 20. Jahrhundert dort vor, wo ein Mann viele legale Ehefrauen haben darf oder dieselben, wenn sie ihm nicht mehr gefallen, durch sehr einfache Scheidungsprozeduren ohne viel Aufhebens erneuern kann. Freilich gehört in den islamischen Ländern zu einem solchen Lebenswandel eine gewisse Wohlhabenheit.

Wenn der Kinderreichtum der traditionellen algerischen Familien in der Zeit des Kolonialismus auch eine Form des kollektiven Widerstandes war — wie heute bei den Palästinensern — so stellt er nun, 25 Jahre nach der Erringung der Unabhängigkeit, einen Faktor dar, der den weiteren Fortschritt des Lebensniveaus ernsthaft in Frage stellt. Zwar ist die Polygamie im Rückgang, aber durch mehrere Scheidungen kann ein einzelner Mann auch heute noch zu stattlichen Kindermengen kommen. Statistisch steht jedenfalls fest, daß in Algerien jede Frau durchschnittlich 7,2 überlebende Kinder zur Welt bringt (Indien: 4,6).

Daß der Staat in den ersten zwei Jahrzehnten der Unabhängigkeit (1962), dem Problem relativ sorglos gegenüberstand, lag an dem allgemeinen Optimismus, der insbesondere mit der Nationalisierung des Erdöls zu Beginn der 70er Jahre herrschte. Das Land sah sich in der Lage, ein gigantisches Industrialisierungsprogramm einzuleiten, das im Zusammenhang mit der sozialistischen Agrarrevolution nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigen sollte, sondern einen raschen Anstieg des Lebensniveaus versprach. Präsident Boumedienne meinte, daß die immense Aufgabe der Urbarmachung der Sahara allein jegliches Bevölkerungswachstum rechtfertigen würde.

Bei solchen Perspektiven schien es möglich, etwas zu bewahren, was als Teil der nationalen Identität angesehen wurde: das Ethos der muselmanischen Großfamilie. Wer damals bereits das demographische Wachstum mit Sorge beobachtete, konnte noch hoffen, daß die rasche Industrialisierung auch eine rasche Evolution der Mentalitäten mit sich bringen würde.

Es stellte sich jedoch heraus, daß die auf hohem technologischem Standard basierenden Industrialisierungsprojekte ein zufriedenstellendes Beschäftigungsniveau nach sich zogen und insbesondere eine Integration der

Frauen ins Arbeitsleben auf breiter Ebene nicht möglich machen würden. Paradoxe Weise hatte auch die Agrarrevolution ähnliche Folgen. Die Frauen auf dem Lande, die früher wesentliche Arbeitsaufgaben bewältigt hatten, schieden aus dem Produktionsprozeß fast völlig aus. Das jeder Familie zugesicherte Mindesteinkommen bewirkte, daß es den Männern nun unstatthaft erschien, ihre Frauen auf dem Feld arbeiten zu lassen. Sie sollten — wie die Frauen in der Stadt — nunmehr nur für das Haus und die Kinder sorgen. So wuchs die absolute Zahl der arbeitenden Frauen in Algerien seit der Unabhängigkeit zwar an, der Prozentsatz blieb jedoch konstant: 3%. Und bislang kann sich eine Frau allein durch eine hohe Kinderzahl Respekt verschaffen. Wie in allen traditionellen Gesellschaften gelten Kinder als wichtigster Kitt für die Ehe und als Garantie für eine gesicherte Altersversorgung.

Da die Löhne im Agrar- und Industriesektor weit auseinanderklafften (etwa 1:3), setzte sich die Landflucht auch nach der Agrarrevolution fort. Dadurch kam es zu einem recht dramatischen Absinken der landwirtschaftlichen Produktion, das nur durch die Erlöse aus dem Erdöl- und Erdgasexport mit Importen ausgeglichen werden konnte. Und so waren — trotz aller Schwierigkeiten — die 70er Jahre tatsächlich von einem Anstieg des Lebensniveaus und auch des Gesundheitszustandes der algerischen Bevölkerung geprägt. Allerdings verschärften sich einige Probleme bereits: die Wohnungsnot ging nicht zurück (die durchschnittliche Wohnungsbelegung in Algier beträgt 24 Personen), das öffentliche Verkehrsnetz genügte den wachsenden Anforderungen immer weniger,

und das zunehmende Mißverhältnis zwischen Produktion und Nachfrage heizte die Inflation an. Die Volkszählung von 1978 ergab die Zahl von 18 Millionen Algeriern — was im Verhältnis zum Jahr der Unabhängigkeit bereits eine Verdoppelung der Bevölkerung bedeutete.

So entwickelte sich zu Beginn der 80er Jahre eine sensiblere Politik des Staates hinsichtlich der Möglichkeiten der Geburtenkontrolle. Antikonzeptionelle Mittel wie Pille und Spirale standen den Frauen in Algerien schon lange zur Verfügung, wurden jedoch kaum benutzt. Der islamische Rat hatte festgelegt, daß diese Mittel zwar erlaubt seien (im Gegensatz zur Abtreibung), aber ihre Benutzung ganz und gar der Entscheidung des Individuums überlassen bleiben müsse, was jede öffentliche Stellungnahme ausschloß. Es konnte weder Propaganda gemacht, noch eine gezielte Informationspolitik getrieben werden. So bürgerte sich die Kontrazeption nur bei den schmalen Schichten ein, die der europäischen Kultur nahestanden. Eine solche algerische Familie, die sich selbst als 'modern' einstuft, u.a. weil die Ehefrau einen Beruf ausübt, hält jedoch auch heutzutage noch eine Kinderzahl zwischen 3 und 5 für akzeptabel.

1982 beschloß die Regierung ein nationales Programm zur Geburtenkontrolle, das alle Ministerien — einschließlich des Religionsministeriums — verpflichtet, für eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums zu sorgen. Auch die Presse greift das Thema immer wieder auf, wobei sich folgende Grundtendenz abzeichnet: man vermeidet, von einer Begrenzung der Geburten zu spre-

chen. Dagegen wird den Ehepaaren im Interesse der Gesundheit von Mutter und Kind empfohlen, einen größeren Zeitabstand zwischen den Geburten vorzusehen — in der Hoffnung, daß sie sich so an die Geburtenkontrolle gewöhnen. In polemischem Gegensatz zu China schlägt man den Bürgern 'Geburtenkontrolle ohne Zwang', d.h. auf freiwilliger Basis vor, da das — allerdings erfolgreiche — chinesische Modell der gesellschaftlich verankerten Geburtenkontrolle für die islamische Mentalität beinahe unvorstellbar ist. Eine chinesische Lösung wäre in Algerien auch deshalb nicht möglich, weil der Großteil der Frauen und namentlich gerade die Frauen, die viele Kinder bekommen, nicht arbeiten und somit von keinem gesellschaftlichen Kollektiv beeinflußt werden können.

Der notwendige tiefe Wandel der Mentalitäten setzt eine permanente erzieherische und kulturelle Aktivität voraus. Das neue Familiengesetz von 1984 (das die Rolle des Mannes als Familienchef bekräftigt) setzt das Heiratsalter für Frauen von 16 auf 18 und für Männer von 18 auf 21 Jahre herauf. Ob damit schon ein Beitrag zur Geburtenbegrenzung geleistet wurde, ist zweifelhaft, da die algerischen Frauen bis weit über das vierzigste Lebensjahr gebären. Und wie sich bereits in vielen medizinischen Beratungsstellen besonders in ländlichen Gebieten gezeigt hat, bewirkt die Formel des größeren Zeitabstandes zwischen den Geburten lediglich, daß die Pille nur kurze Zeit nach einer Geburt eingenommen wird: ein Abstand von zwei Jahren zwischen zwei Kindern gilt als religiös so gerade noch vertretbar. Immer noch ist die übergroße Zahl der Menschen davon überzeugt, daß die Antikonzep-

tion eine Sünde sei. So müssen sich viele junge Frauen, wenn sie zum Gynäkologen gehen, von einem Familienmitglied begleiten lassen, damit gesichert ist, daß sie sich keine antikonzeptionellen Mittel beschaffen. Zudem zirkulieren viele negative Auffassungen über die Pille: sie mache endgültig steril, erzeuge Krebs oder zumindest schwere nervliche Schäden. Der Spirale wird mit noch größerem Mißtrauen begegnet. Weil sie nicht die Befruchtung, sondern die Einnistung des möglicherweise befruchteten Eies verhindert, gilt sie bei vielen als ebenso unzulässig wie jeder Abbruch einer Schwangerschaft.

Wie behutsam der Staat das Problem angeht, zeigt das Beispiel der vom Ministerium für soziale Fürsorge gekürten 'Modellfamilie' des Jahres 1984, die immerhin noch 4 Kinder hat, allerdings 4 Mädchen, die alle ausgebildet werden. Die Wahl dieser Familie zielte auf das Problem, daß auch der Wunsch, zumindest einen Stammhalter zu zeugen, ein die demographische Explosion begünstigender Faktor ist. Und viele Ehepaare sind erst dann zur Geburtenkontrolle bereit, wenn sich der Stammhalter eingestellt hat. Und schlimmer: wer bereits viele Mädchen hat, findet zumeist einen Bruder nicht ausreichend, und versucht es also wieder und wieder...

So wird es kaum genügen, wenn die Zeitschriften in Französisch und Hocharabisch von Zeit zu Zeit über die Geburtenkontrolle sprechen und mittlerweile auch klar die Gefahren heraufbeschwören, die ein weiteres Bevölkerungswachstum mit sich bringt, insbesondere nach dem dramatischen Verfall der Erdölpreise. Nicht



nur das Tempo der Industrialisierung, die Realisierung des Wohnungsbauprogrammes und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes sind in realer Gefahr (Algérie-Actualité befürchtet den völligen Zusammenbruch des öffentlichen Verkehrsnetzes in Algier im Jahre 1990). Seit 1986 müssen die Algerier bereits den Gürtel enger schnallen: bei den Importen von Lebensmitteln, insbesondere bei Fetten und Milchprodukten wurden Streichungen bis zu 30% vorgenommen.

Jedoch reichen rationale Argumente für die Überzeugung der breiten Volksmassen bei weitem nicht aus. Es ist unabdingbar, daß auch in den Schulen über Sexualität und ihre Folgen für das Individuum und für die Gesamtgesellschaft gesprochen wird. Das haben die traditionalistischen Kräfte in Algerien bis heute verhin-

dert. Das Fernsehen — das in beinahe jedem algerischen Haushalt vorhanden ist — müßte stärker, im Grunde permanent für die Ziele und Techniken der Geburtenkontrolle eingesetzt werden und freilich auch die richtige Sprache finden, um beherrzigt zu werden. Solange die wenigen Sendungen, die überhaupt zu dem Thema gemacht werden, in Hocharabisch ausgestrahlt werden und nicht in dem sehr verschiedenen Maghreb-Arabisch, fühlen sich gerade die Schichten, die die meisten Kinder zeugen, nicht angesprochen.

Auch ist Geburtenkontrolle kein rein technisches Problem. Es setzt neue Partnerbeziehungen voraus, die nur schwer zu erreichen sind, wenn den Frauen — außer dem Kinderkriegen — keine neuen gesellschaftlichen Perspektiven geboten werden.

*Ich lieb dich nicht*

*"Ich lieb dich nicht", sprach sie zu mir.  
Ich sagte sanft: "Das kann nicht sein."  
Sie sprach: "Ich trink auch nicht mit dir."  
Ich sprach: "Du trinkst!" und schenkte ein.*

*Als wir die Flasche Wein geleert,  
bat sie: "Mach Tür und Fenster dicht,  
damit der Nachbar nichts erfährt!"  
"Geh weg!" rief ich, "ich lieb dich nicht!"*

Wladimir Wyssotskij

Thomas Neumann

## Das Riesenspielzeug

Die bäuerliche Landwirtschaft ist an ihr Ende gekommen

Wo du es hergenommen, da trag' es wieder hin!  
Der Bauer ist kein Spielzeug, was kommt dir in den Sinn!  
Chamisso

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen der Bundesrepublik sind noch immer kenntlich, obwohl die Anpassung in Geschichte und Kultur weit fortgeschritten ist. Andererseits reißen wirtschaftliche Disproportionen neue Gegensätze auf, die wiederum den Eindruck einander fremder Gegenden vermitteln. Zwischen der Oberpfalz und Süddoldenburg liegt eine Welt. Um Vechta herum arbeitet die modernste Agrarindustrie der Erde. In ihrem Film »Knechtbauern« vergleicht die Katholische Landjugend Bayerns die Oberpfälzer Dörfer eher mit denen Thailands, Senegals und Brasiliens. In Bützfleth an der Niederelbe hat sich die chemische Industrie niedergelassen, Niedersachsens umschlagstärkster Hafen entstand, und das Dorf kennt sich selbst nicht mehr. Aus dem südlichen Pfälzer Wald ist die Schuhindustrie, die in den fünfziger Jahren aufs Land ging, zu großen Teilen wieder abgezogen. Die Wirkungen sind ähnlich denen der niedersächsischen Industrialisierung. Im Gartetal nahe Göttingen wie im Alten Land vor Hamburg haben in den letzten fünfzehn Jahren mehr Neubürger als je zuvor in der Geschichte ihre Eigenheime eingerichtet. Sie bestimmen die Ortsbilder. Im Umland Lüchows und Dannenbergs sind Dörfer zu besichtigen, in denen kein Neubau den Eindruck stört. Aber es findet sich auch kein Gasthof mehr, kein Geschäft, keine Schule, kein Handwerksbetrieb. Die alten Häuser werden von Hamburgern oder Westberlinern bewohnt, zwischen denen noch ein paar Bauern arbeiten und leben.

In der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik haben die Dörfer ihre Gestalt verloren und ihre Bewohner, die alten wie die neuen, ihre Maßstäbe. Die Verwandlung ist auffälliger als in den Städten, weil auf dem Land mehr Altes über den Krieg hinaus erhalten geblieben war. Der eigentliche Unterschied aber mag darin liegen, daß die Stadt bei allem Wechsel Stadt geblieben ist. Auf dem Land wurden die Bauern aus den Zentren an die Peripherie des Dorfes gedrängt, und ein neues Zentrum, eine andere Identifikation ist nicht zu erkennen. Die Dorfneue-

erungs- und -verschönerungspläne tasten sich an die Frage heran, was denn das Neue und Schöne sein könnte. Aber das Neue ist wohl nur zu entdecken, wenn man versucht, die Umwälzungen in der agrarischen Produktion zu begreifen.

Wenn eine in der Vergangenheit bestimmende Gesellschaftsschicht verschwindet oder ihr verbleibender Rest sich so verändert, daß die Verbindungen zur Geschichte sich verlieren, sind die Folgen nicht gleich vorzusehen. Zu fragen wäre, wer ihre Aufgaben übernehmen wird, ob das überhaupt nötig ist? Die Landwirte oder Bauern - die einen bevorzugen diesen, die anderen jenen Namen - repräsentierten mehr als einen Berufszweig. Bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts galten in Deutschland die Wörter Volk und Bauern fast synonym. Volkskultur meinte neben der handwerklichen die bäuerliche Kultur. In der modernen Agrarproduktion aber meint man, auf die Bauern verzichten zu können. So mag ein Element der Gesellschaft erlöschen, und niemand weiß zu sagen, wie der Verlust zu kompensieren ist.

Wissenschaft und wissenschaftliche Technik haben die bäuerliche Arbeit und Lebensweise zuletzt erreicht. Es ist der letzte Arbeitszusammenhang, der seine Eigenständigkeit an die gesellschaftliche Arbeitsteilung abtreten mußte, dessen Wirtschaftsform sich die industrielle Produktionsweise einverleibt hat. Aus Bauern wurden Techniker, Manager, Unternehmer. Der Prozeß hat keine zwanzig Jahre gedauert. Die heute Vierzigjährigen können sich in aller Regel erinnern, daß die Dörfer ihrer Kindheit jeder beliebigen Vergangenheit ähnlicher waren als der Gegenwart. Die Jugendlichen und Kinder der siebziger und achtziger Jahre kennen, soweit es sie interessiert, fast ausschließlich agrarische Monokulturen. Die alten Grenzen des Dorfes und sein nach innen gerichtetes Leben sind gesprengt. Aus Dörfern wurden stadtfähnliche Siedlungen, oder sie degenerieren zu sinnlosen Ansammlungen ehemaliger Bauernhöfe, die kein internes Leben aneinander bindet.

Die auf Überlieferung und Erfahrung gegründete bäuerliche Gesellschaft verstand sich aus der Vergangenheit. Die Industriekultur der modernen Stadt bezieht sich zuerst auf Gegenwart und Zukunft. Die städtischen Mehrheiten, die sogenannten unselbständigen Erwerbstätigen, legen ihre politischen Träume oft ganz in die Zukunft, ihre politischen Avantgarden vertreten schließlich die Meinung, daß ihnen die Zukunft gehöre. Schon das entgegengesetzte Zeitbewußtsein hat ausgeschlossen, daß Bauern einerseits und Arbeiter oder Angestellte andererseits je mehr als oberflächlich voneinander Kenntnis nahmen. Auf der Seite der Landwirtschaft hat sich das nun geändert. Dem landwirtschaftlichen Betrieb steht wie dem Industriebetrieb stets Neues ins Haus. Der Landwirt muß damit rechnen,

daß Tierzüchtung und Pflanzenproduktion, Maschinenteknik und Organisationsformen, Einkommen und Marktgesetze morgen anders als heute aussehen können. Und jede neue Situation, der er sich anzupassen hat, entfernt ihn weiter und schneller von der Vergangenheit. An die Stelle von Überlieferung und Erfahrung ist die landwirtschaftliche Beratung getreten.

Diese Revolution vollzog sich, ohne bedeutende Erschütterungen in der übrigen Gesellschaft auszulösen. Sie setzt sich beschleunigt fort und wird dennoch eine leise Revolution bleiben. Im Vollerwerb arbeiten in der Bundesrepublik zur Zeit etwa 350 000 landwirtschaftliche Betriebe, in denen die Bauern ausschließlich von ihrem landwirtschaftlichen Einkommen leben. Ihre Zahl, sie ist wie die Agrarstatistik insgesamt nicht ganz exakt, soll weiter reduziert werden. Obergrenzen von 100 000 Vollerwerbshöfen, sogar von 60 000 werden prognostiziert. So viele, besser wenige Höfe werden ausreichen, um die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten. Verschiedene Bereiche sind aus den landwirtschaftlichen Einzelbetrieben bereits ganz herausgenommen und an reine Industriebetriebe übertragen worden: Die Leghennenzucht und -haltung, die Hähnchenmast, große Teile der Schweinezucht; die Schweinemast wird folgen. Auch die Zucht vieler Nutzpflanzen liegt nicht mehr in den Händen der Bauern. Als eine Minderheit in ihren Dörfern und eine verschwindende Minderheit in der Gesellschaft haben die Bauern keine Chance, andere mit ihren sozialen Problemen ernsthaft zu irritieren, zumal die Gewinner des ländlichen Konkurrenzkampfes zum Teil aus den eigenen Reihen kommen. Sie haben ihr Ziel erreicht, wenn sie sehr wenige und sehr groß geworden sind. Schon 1980 hielt auf dem Westfälisch-Lippischen Landjugendtag der damalige Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens seinen Kritikern entgegen: "Die Zeiten, da die Landwirtschaft bestimmte, wer Minister werden soll, die sind vorbei - das ist voriges Jahrhundert."

Unter den Städtern und selbst vielen Landbewohnern, die wie Städter leben und empfinden, gewinnt das Thema bestenfalls Aufmerksamkeit bei den Stichworten Umwelt und Naturschutz. Als gesellschaftliches Ereignis ist es ihnen kaum bekannt, und noch viel weniger ist ihnen bekannt, wie sehr sie selbst diese Veränderung mitbewirken. Der Städter sieht noch immer Haus und Hof, Vieh und Land und kann sich nicht vorstellen, daß dieser Reichtum in den meisten Fällen nur die lebensnotwendige Grundlage einer einzigen kleinen Familie ist. Dem Lohn- oder Gehaltsempfänger fällt es schwer einzusehen, daß ein einziger Bauer mit dieser Ausstattung oft ein geringeres Einkommen als er selbst erzielt. Noch immer gilt im Alltagsbewußtsein die Annahme, der Bauer könne doch, wenn es knapp wird, ein Stück Land oder Vieh verkaufen. Daß



die ländliche Wirtschaft ebenso ausschließlich wie die städtische für einen Markt produziert, daß Selbstversorgung früheren Zeiten angehört, daß also Geld nicht gelegentliches sondern ausschließliches Ziel der Landbewirtschaftung und Tierhaltung ist, daß die regelmäßige, dem Absatz verpflichtete Produktion die Arbeit der Bauern bestimmt und der Einsatz der Tiere wie des Ackers minutiös durchkalkuliert werden, dies alles ist offenbar noch immer so neu, daß es in die alltäglichen und in die literarischen Reflexionen über das Dorf und die Bauern bisher kaum Einlaß gefunden hat.

In der modernen, seit einem Jahrhundert sich im Sog der Industrie entwickelnden Landwirtschaft hat es viele Ein- und Umbrüche gegeben, auch Krisen, die über Mißernten und Naturunglücke hinaus, der Landwirtschaft oft schwere Erschütterungen zufügten. Die erst ein bis zwei Jahrzehnte alten Veränderungen aber sind mit den früheren Krisen nicht zu vergleichen. Bis 1945 blieb neben der industrialisierten Landwirtschaft, die auf dem Großgrundbesitz des Ostens aufbaute, die klein- und mittelbäuerliche Lebensweise überwiegend und die Basis des Dorfes.

Nach 1945 hat die Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten zwei recht entgegengesetzte Wege eingeschlagen, die inzwischen viel von ihrer Unterschiedlichkeit verloren haben. Ob BRD oder DDR, kapitalistisch oder sozialistisch, gemeinsam war beiden das Ziel der Industrialisierung der Landwirtschaft. Die DDR hat an den Anfang dieses Weges die Idce gesetzt, Bedingungen zu schaffen, die geeignet wären, den Unterschied von Stadt und Land aufzuheben. Die Stadt und ihre Industrie waren das Leitbild. Ihr Einzug auf das Land wurde vorbereitet. Nach der Kollektivierung, dem Übergang zu großflächiger Ackerwirtschaft und Massentierhaltung folgte im nächsten Schritt die nach den Gesetzen des Warentauschs organisierte innere Differenzierung in Tier- und Pflanzenproduktion und schließlich die Aufspaltung dieser beiden Zweige nach Sorten und Arten. Das traditionelle bäuerliche Beziehungsgeflecht brach auseinander, jedenfalls, wie der Ausgang es nahelegte, im Prinzip. Dennoch blieb die Produktivität der DDR-Landwirtschaft weit hinter den westlichen Standards zurück, weil die Industrie nicht imstande war, die neuen ländlichen Strukturen effektiv auszufüllen. Und seit einiger Zeit sind auch in der DDR Zweifel zu hören, ob der Gegensatz Stadt Land wirklich ausschließlich zugunsten einer der beiden Seiten, der Stadt, aufzuheben ist. Ob der Verzicht auf alles Bäuerliche nicht ein zu hoher Preis war.

In der Bundesrepublik heißt bis auf den heutigen Tag die politische Maxime für die Landwirtschaft: Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs. Wie sich zeigt, ist diese Idee sehr wohlfeil, denn die kapitalistische Va-

riante der Industrialisierung der Landwirtschaft zwingt die einzelne Bauernfamilie, bei abnehmendem Einsatz menschlicher Arbeitskraft immer größere Bestände zu bewirtschaften. So bestätigt der Anschein die Maxime. Jedoch kommentiert die Wirklichkeit die Idylle des bäuerlichen Familienbetriebs anders. Da heißt es: Wachsen oder Weichen. Und so sind dann zuerst die Mägde und Knechte gewichen, ihnen folgte die alte Generation. Die Bauernfamilie ist inzwischen Kleinfamilie. Es weichen diejenigen und werden weichen, die auch unter den reduzierten Personalkosten nicht durchhalten konnten und können. Bleiben werden die von der Arbeitskraft einer Familie zu steuernden halbautomatischen Tieranlagen oder extrem mechanisierte Ackerbetriebe, die sich auf wenige Kulturen spezialisieren. Bleiben werden Höfe, auf denen der Bauer in seinen eigenen Ställen gegen Lohn Tierbestände der Lebensmittelindustrie versorgt, und solche, deren Land aus der Kultur herausgenommen ist und auf denen die bäuerliche Familie gegen Entgelt darüber wacht, daß das unbearbeitete Land nicht allzusehr verwildert.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik sah alles noch ganz anders aus. Trotz der historischen, geographischen, klimatischen Unterschiede konnte man von größerer Einheitlichkeit als im ehemaligen Deutschen Reich ausgehen, wo der Großgrundbesitz des Ostens auf die Landwirtschaftspolitik den entscheidenden Einfluß hatte. Die hiesige Landwirtschaft ist im Vergleich dazu kleinflächig, im Vergleich zur DDR geradezu winzigflächig, selbst wenn die Durchschnittszahl der Landfläche pro Betrieb, 17 Hektar, die Wirklichkeit unkorrekt abbildet. In Schleswig-Holstein sind Hundert-Hektar-Höfe nicht ungewöhnlich, in vielen Gegenden Süddeutschlands bilden sie die Ausnahme. Diese kleinflächige Landwirtschaft erhielt nach dem Krieg eine besondere Stellung und Aufmerksamkeit, als die Zahl der Menschen, die sie ernähren sollte, durch die Flüchtlinge einerseits und die Verluste der Ländereien im Osten andererseits sprunghaft um Millionen anstieg. Die Bauern und das Dorf gewannen noch einmal gesellschaftlichen Respekt, manches Bundesland nannte sich Agrarland. "Westdeutschland", stand 1954 im »Buch des Bauern«, "ist ein echtes Bauernland".

Anfangs jedenfalls ging es mit den Bauern aufwärts, sofern es im Krieg mit ihnen abwärts gegangen sein sollte. Sie waren wer. Es standen ihnen billige Arbeitskräfte weiterhin zur Verfügung. An die Stelle der 'Zwangsarbeiter' waren die 'Zwangsvertriebenen' getreten. Das währte nicht lange, aber lange genug, um eine schnelle Veränderung der klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur zu verhindern. Auch der nicht enden wollende Aufschwung der Industrie verschlechterte die Lebensbedingungen der Landwirtschaft zunächst nicht. Die Arbeitskräfte wurden knapper und teurer, doch die ganz und gar auf Modernisierung einge-

stellte Wirtschaft schuf einen Ausgleich. Sie zeigte sich imstande, der kleinstrukturierten Landwirtschaft zum nötigen technischen Gerät zu verhelfen. Gab dennoch einer den Hof auf, und das taten viele, so hatte er keine Mühe in der Stadt, oft sogar auf dem Land, wohin die Industrie auf der Suche nach Arbeitskraft ihm entgegenkam, den Lebensunterhalt zu verdienen. Den Bauern geht es gut, hieß es, viele meinten, zu gut. Doch ihr gesellschaftliches Ansehen profitierte davon kaum. In der Bundesrepublik, in der die Bevölkerung mit anhaltendem Aufschwung jeden Tag die Welt neu entdeckte, von der ersten Banane bis zur ersten Spanienreise, konnten die Bauern kein Ansehen haben. Der neuen Nachkriegswelt galt das Dorf bald wenig. Es geriet in den Schatten des Wiederaufbaus. Zwar blieb das Land das Dorf und im Dorf der Bauer der Erste, doch bereitete sich selbst da die Revolution des Dorfes vor, wo seine Homogenität absichtslos, aus Desinteresse geschützt zu sein schien.

Die mit der Bundesrepublik sich entwickelnde Generation der Landwirte teilte die Grundstimmung, den auf Wachstum bauenden Optimismus, und die Agrarpolitik der EG beförderte ihn später noch. Marktregulierungen bei guten Preisen statt Marktfreiheit unter scharfer Konkurrenz machten die landwirtschaftliche Produktion für den einzelnen berechenbar und setzten der Expansion weite Grenzen. Kein Bauer konnte ahnen, daß die EG für die Landwirtschaft nur vorübergehend einen sehr angenehmen Schutzraum aufgebaut hatte. Erst seit in den letzten Jahren Schritt für Schritt die Garantien fallen, für den einzelnen Produktmengen festgelegt werden, Kontingentierungen, seit Währungsschwankungen zwischen den Mitgliedsländern der EG nicht mehr voll ausgeglichen und Subventionspreise abgesenkt werden, beginnen die Bauern zu erkennen, welches gefährliche Gebäude ihnen da errichtet worden ist. Das Wachstum, eine Quelle der Bereicherung, ist zum Überlebenszwang geworden, dem die kleineren und mittleren Betriebe nicht standhalten können.

Auch die Vervollkommnung der Ackergeräte und der Einsatz neuer Maschinen, die Technik massenhafter Tierhaltung und die Chemisierung der Pflanzenproduktion liefen kontinuierlich, Schritt um Schritt, von großzügiger Kreditierung begleitet, von staatlicher und privater Beratung umsorgt, so daß die Übergänge zu einer ganz neuen Landwirtschaft nicht spürbar wurden. Der Höhepunkt der Mechanisierung auf dem Feld, der Mähdrescher, Symbol eines rundum wünschenswerten Fortschritts und rundum tatsächlich ein Fortschritt, rückte das alte Bild der Ernte, in dem das Dorf sich zu schwerster Arbeit auf dem Feld versammelt, beiseite. An seine Stelle trat das Bild der in gestaffelter Formation über große Getreideflächen rollenden Mähdrescherkolonnen, das Bild industrialisierter Landwirtschaft in Ost und West.

Nicht so pompös, eigentlich unsichtbar sind die tieferen Wirkungen, die Mechanisierung und Chemisierung der jüngsten Zeit verursachten. Sie zogen elementare bäuerliche Arbeitsabläufe, Fertigkeiten und Erfahrungen aus dem Hof und aus dem Dorf. Die Grundlage der bäuerlichen wie jeder Kultur findet sich in der Besonderheit ihrer Produktionsweise. Im Fall der Landwirtschaft liegt das Besondere im Gewinn von Energie. Seit, um ein Beispiel zu nehmen, an die Stelle von 1,5 Millionen Pferden, die hierzulande als Arbeitstiere eingesetzt wurden - das war noch 1950 so -, etwa die gleiche Zahl von Schleppern getreten ist, die zu ihrer Unterhaltung zwar kein Land mehr benötigen, aber veredelte, von außen zugeführte Kraftstoffe, verbraucht die Landwirtschaft mehr Energie als sie gewinnt. Hermann Priebe schreibt: "Während in der traditionellen Landwirtschaft bis zum Zweiten Weltkrieg rund 80 Prozent des gesamten Energieeinsatzes auf menschliche und tierische Arbeit entfielen, war ihr Anteil schon um 1975 auf 4 bis 5 Prozent gesunken. Die Ernährungssicherung verlagerte sich dadurch auf den Energiesektor. Die moderne Landwirtschaft ist keine Urproduktion mehr, die vornehmlich auf der Ausnutzung der Sonnenenergie beruht. Sie verbraucht heute mehr Energie als sie in den Nahrungsmitteln hervorbringt. Während der traditionelle Bauer den fünf- bis zehnfachen Energieertrag in seinen Nahrungsmitteln erzielt - der chinesische Bauer im bewässerten Reisfeld noch viel mehr -, müssen in der modernen Landwirtschaft zehn Kalorien und mehr für eine Nahrungskalorie eingesetzt werden."

Abgesehen von der Widersinnigkeit dieser Verschiebung und selbst davon abgesehen, daß sich dahinter eine der Ursachen für die Zerstörungen in der Dritten Welt verbirgt - von dort kommen erhebliche Mengen der einzusetzenden Kalorien -, ist auf diese Weise die traditionelle Basis der bäuerlichen Arbeit vernichtet worden. Zwar haben die Landwirte heute eine wesentlich höhere Qualifikation als in früheren Generationen. Sie hilft ihnen jedoch nicht, wieder eine ausgeglichene Energiebilanz auf die Beine zu stellen. So wie der Schlepper die Kunst der Pferdehaltung überflüssig machte, so chemischer Pflanzenschutz und chemische Insektenvertilgung die Kunst der Landschaftspflege. Die höchste bäuerliche Fertigkeit, Haustier- und Pflanzenzucht schließlich, ist in wichtigen Teilen bereits aus der Landwirtschaft ausgegliedert und wird, wenn die Gentechnologie die Funktion der Züchtung übernimmt, vollständig von ihr getrennt werden.

Die Auslagerung landwirtschaftlicher Basisarbeit hat den einzelnen Hof und das ganze Dorf zu einem der Industrie untergeordneten Betrieb gemacht, hat den inneren Erfahrungsaustausch, die innere Arbeitsteilung von der Nachbarschaftshilfe über die Genossenschaft bis zur handwerklichen und gewerblichen Infrastruktur annulliert. An ihre Stelle traten in



den größeren Gemeindezentren städtisches Dienstleistungsgewerbe, Reparaturhandwerk, Fachgeschäfte aller Art, die mit der Landwirtschaft ebenso wenig verbindet wie die vergleichbaren Einrichtungen in der Stadt. Der Blick in den Prospekt eines ländlichen Naherholungsgebietes irgendwo in der Bundesrepublik gibt die Veränderungen zu erkennen. Die neuen Branchen bedienen nicht die Landwirtschaft, sondern die 'Bürger der Gemeinde', deren Lebensgrundlage die Stadt ist.

Schließlich hat die Gemeindereform zu Anfang der siebziger Jahre die Sache abgerundet. Die einzelnen Dörfer und Ortschaften verloren ihre Selbstverwaltung, je mehrere wurden zu Einheits- oder Samtgemeinden mit Verwaltungszentrum und eigenständiger Bürokratie zusammengefaßt. Zentralschulenersetzendie Dorfschulen, industrielle Unternehmungen übernahmen Aufgaben der Dorfgemeinschaft bzw. alte Genossenschaften gingen unter dem herkömmlichen Namen zu betriebswirtschaftlich-industrieller Arbeitsweise über.

So gut wie alle Voraussetzungen der Sozialstruktur des Dorfes wurden aufgehoben, und damit sie selbst. Die Dorfhonoratioren sind abgezogen. Wo einige von ihnen verblieben sind, haben ihr Einfluß und ihr Ansehen abgenommen. Sie haben in der Sache an Kompetenz verloren. Die neuen Vereins- und Verwaltungshierarchien, politischen Organisationen, Lehrerkollegien repräsentieren nur noch Einzelbereiche der dörflichen Gesellschaft. Die Lebensgrundlage der Gemeinden wird von außerörtlichen Entscheidungen bestimmt. Die Stadtähnlichkeit dieser Gebilde wird allein durch ihre Nähe zur Agrarproduktion relativiert und weil sie kleiner als die Städte sind. Das allerdings hat nichts mit Überschaubarkeit zu tun. Von der komplizierten industriellen agrarischen Produktion weiß ein Landbewohner in der Regel nicht mehr als ein Stadtbewohner.

Man muß alle diese Veränderungen nicht unbedingt bedauern. Es macht auch keinen Sinn, dem neuen Bild vom Land das des alten, geschlossenen Dorfes entgegenzuhalten. Das Leben im alten Dorf war in allen vorgegangenen Zeiten hart, eng und für die meisten seiner Bewohner ärmlich. Dennoch schafft die Auflösung der engen Dorfstruktur ein Problem. Das Dorf war aus Not der Garant eines sorgsam Umgangs mit dem Boden und dem Vieh. Wie ohne Not dasselbe zu erreichen ist, darauf gibt es bisher keine Antwort. Der Einfluß des städtisch-industriellen auf das ländliche Bewußtsein hat jedenfalls schwere Schäden verursacht.

Für die neuen städtischen Konsumgewohnheiten ist die Beziehung zwischen Jahreszeit und Lebensmittelangebot ziemlich belanglos geworden. Beim Angebot von Obst, Gemüse, Fleisch oder Milchprodukten

gelten keine jahreszeitlichen Begrenzungen mehr. Zu wissen, woher die Frühlingsuppe ihren Namen hat, ist eine Angelegenheit historischer Bildung und ebenso verbreitet. Von gelegentlichen antiimperialistischen Solidaritätsgefühlen abgesehen, kümmert es die meisten Menschen nicht, ob die Erdbeeren aus Vierlanden oder aus Afrika kommen. Die hilflose Werbung für hiesige Agrarprodukte - "Von deutschen Landen frisch auf den Tisch" - kann nichts daran ändern, daß in anderen Teilen der Welt Obst und Gemüse zu anderen Jahreszeiten reifen und auf dem Markt der Bundesrepublik zu haben sind. Und ebenso wie die Verlockung einer reichen Gesellschaft, die Pfifferlinge in Instantuppe verarbeitet, wirkt die Reduktion schwerer körperlicher Arbeit auf die Nahrungsbedürfnisse. Leichte Arbeit braucht leichte Kost. Sprichwörtlich ist der Ekel vor fettem Fleisch geworden. Er nötigt den Landwirt, mageres anzubieten. Doch magere Mastschweine müssen gezüchtet werden, müssen außer dem angenehmen Geschmack, den sie am Ende haben sollen, noch einige andere Qualitäten mitbringen. Sie müssen sich gut vermehren, dürfen nicht anfällig für Krankheiten und, weil sie eng beieinander leben, nicht zu neurotisch sein. Mit einem Wort: Sie müssen Eigenschaften haben, deren Züchtung die Kenntnisse und Möglichkeiten des einzelnen Landwirts überschreiten. Er muß sich der Nachfrage anpassen und damit Produktionsbedingungen, die nicht in seiner Hand liegen, die seiner Kontrolle entzogen sind.

Soll die Ernährung luxuriös und billig sein, kann der Bauer nicht nach Vatersitte oder Gutsherrenart produzieren. 'Bauernbrot' für eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen kann nicht von Bauern kommen, wenn deren Anteil an dieser Bevölkerung auf 2 Prozent abgesunken ist. Seit die Eigenversorgung aus der Landwirtschaft herausgenommen ist und sie fast ausschließlich Waren für Dritte produziert, schlüsselt sich der bäuerliche Betrieb wie jeder andere allein nach Produktionskosten auf. Was aber für eine Autofabrik normal und vernünftig ist, wird in der Landwirtschaft zu Anomalität und Unvernunft. Nicht der einzelne Landwirt handelt unvernünftig. Er ist ein geschickter oder ungeschickter Unternehmer. Aus den Fugen gerät das System der Landwirtschaft, weil die industrielle Produktion ihm einen Widerspruch aufbürdet, den die Gesellschaft nur als Ganze zu lösen imstande wäre. Seit die Stadt die Nahrungsmittel nicht mehr mit ihren natürlichen Entstehungsbedingungen in Verbindung bringt, ist die Verbindung der natürlichen Entstehungsbedingungen mit den Nahrungsmitteln auf dem Land ein Hirngespinnst.

So wurden die Bauern genötigt, gegen ihre eigenen Erfahrungen zu handeln, sie zu verdrängen, auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bauen, sich seinen Gesetzen unterzuordnen. Doch die Sensi-

bilität des kultivierten Bodens ist größer, als seine naturwissenschaftliche Aufarbeitung in Rechnung stellen kann. Die über die gesellschaftlichen Eigenheiten und Traditionen des Dorfes unbesorgte Naturwissenschaft hat ein eindimensionales Verhältnis zum Boden, zur Natur, ein geschichtsloses. Das Dorf aber war immer ein gesellschaftlicher Zusammenhang, der sich in der Beziehung zur Bodenbearbeitung und Haustierhaltung definierte, eine Verbindung von Gesellschaft und Natur, den die industrielle Agrartechnik negiert. Sie wird nicht und kann nicht durch den Filter der Dorfgesellschaft gezwungen werden. Sie operiert daran vorbei. Maschinelle und Biotechnik wie Chemisierung stehen in einem unmittelbaren Verhältnis zu ihren Gegenständen, dem Boden und dem Vieh. Aber die Folgen dieser unmittelbaren Einwirkung auf den jahrhundertlang anders kultivierten Boden, die anders kultivierten Tiere sind unbekannt.

Erfahrung behält im Unterschied zur Wissenschaft die Rückwirkung auf den eigenen Lebenszusammenhang im Auge. Erfahrung sorgt dafür, daß man sich nicht zu weit auf unbekanntes Gebiet vorwagt. Und darum läßt sich auf der Grundlage von Erfahrung mit dem Widerspruch zwischen einer Wirkung und ihren oft unbekannten Folgen leben. Wird aber die Erfahrung, dieses Hindernis, aus dem Fortschritt herausgenommen, läuft er, wie man sagt, ungebrems, ausschließlich auf die Gewißheiten der Wissenschaft gestützt, sind die unbekannten Folgen hemmungslos. Und doch ist die Landwirtschaft zum erfahrungsfreien Umgang mit wissenschaftlicher Technik genötigt.

Seit das Dorf seine traditionellen Aufgaben eingebüßt hat, wird der Widerstreit zwischen der hohen Sensibilität der kultivierten Natur und der niedrigen Sensibilität der wissenschaftlichen Technik für diese Kultur auf recht unbefriedigende Weise beigelegt. Natur wird nicht mehr in Symbiose mit der dörflichen Gesellschaft, sondern pur betrachtet und behandelt. Und dieses Verhältnis scheint sogar dem Alltagsverstand unproblematisch und selbstverständlich zu sein. Das Bewußtsein über die Bedingungen der Nahrungsproduktion ist ähnlich gebildet wie das Bewußtsein von Liebhabern der Hydrokultur, die mit Rezept und Sprühdose ausgestattet mannshohe Palmen selbst in dunkelsten Parterrewohnungen aufziehen. Ihr Axiom ist das der modernen Landwirtschaft: Pflanze und Tier benötigen einen Standort, der um so günstiger ist, je leichter die Zufuhr ihrer Aufbaustoffe sich regeln läßt. Der günstigste Standort für die Schweinemast ist der den Seehäfen nächste, weil über sie am schnellsten und billigsten das importierte Kraftfutter herangebracht werden kann. Dagegen gibt es für den Mais überhaupt keine Standortsgrenzen. Er nimmt jeden Boden an, wenn nur ausreichende Düngung von außen zugeführt wird.

Die selektive Naturbehandlung zwingt den Landwirt dazu, alles zu vergessen, was er früher wußte. Bei tausend Mastbullen kann man das einzelne Tier nicht mehr mit Namen rufen. Also tut jeder Mäster gut daran, sich nicht zu erinnern, was er oder seine Eltern sich früher dabei dachten, als sie ihren Tieren mit den Namen Eigenarten und Individualitäten zugestanden, deren Föderung ihnen nützlich schien. Mit der Flurbercünigung sind die Flurnamen der einzelnen Stücke verschwunden. Und doch waren das nicht nur Kennzeichen, um sich auf dem Feld zurechtzufinden. Es waren Angaben über Eigenschaft und Gebrauchswert der unterschiedlichen Böden. Denkt der Bauer aber nicht mehr an das einzelne Tier und an die Besonderheiten seines Bodens, denkt er auch nicht an die Menschen, die das Fleisch oder die Kartoffeln essen werden. Und sie denken nicht mehr an ihn und das Dorf. Die gegenseitige Unkenntnis verbindet Dorf und Stadt aufs innigste.

(Der Text entspricht der leicht veränderten Einleitung des in diesem Herbst bei Kiepenheuer & Witsch erscheinenden Buches: Thomas Neumann, Was dem Bauern alles blüht — Gespräche auf dem Lande. Der Vorabdruck geschieht mit freundlicher Genehmigung des Verlages.)

*André Müller: Wollen Sie noch einen Witz erzählen?*

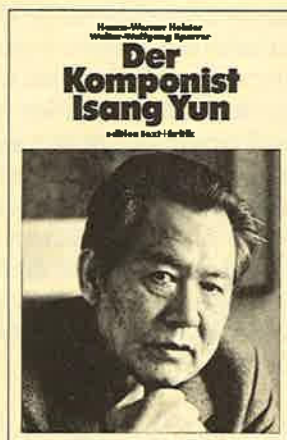
*Heiner Müller: Mir fällt gerade einer ein, der das Problem, über das wir die ganze Zeit reden, sehr anschaulich darstellt. Steht ein Mann morgens auf, geht ins Badezimmer, sieht in den Spiegel und sagt, kenn ich nicht, wasch ich nicht. Das müßte Sie doch zum Lachen bringen.*



# edition text + kritik

Verlag edition text + kritik GmbH  
Levelingstr. 6a, 8000 München 80

Zum 70. Geburtstag



Hanns-Werner Heister /  
Walter-Wolfgang Sparrer (Hg.):

## Der Komponist Isang Yun

316 Seiten, DM 42,—  
ISBN 3-88377-266-6  
Best.-Nr. 028527107

Die Kompositionen Isang Yuns sind zum festen Bestandteil des Konzertrepertoires geworden. Mit der Donaueschinger Uraufführung von *Réak* erzielte er 1966 seinen internationalen Durchbruch als Komponist westeuropäischer Avantgardemusik.

1967 vom südkoreanischen Geheimdienst aus seiner Wahlheimat West-Berlin nach Seoul entführt, erlitt er Folterung und Haft, wurde nach internationalen Protesten jedoch 1969 freigelassen. In der Bundesrepublik mit Opemtaufträgen geehrt, erschien seine Musik aber trotz der erfolgreichen Premiere der *Sim Tjong* bei den Olympischen Spielen in München 1972 noch als exotisches Faszinosum. Das

Denken in Klangkategorien, das aus seiner Yin-Yang-Dialektik resultiert und kosmologische Entsprechungen mitmeint, erschien als kaum hinreichende Erklärung für sein Komponieren. Zudem wirkte sein Begriff »Hauptton-technik« eher irritierend als erhellend.

Mit der Auflockerung seiner musikalischen Sprache in Werken mit Texten von Albrecht Haushofer und Nelly Sachs in Solokonzerten und Symphonien erstrebt Yun seit Mitte der siebziger Jahre Verständlichkeit und humanistische Parteinahme.

Der vorliegende Band ist wohl der erste umfassendere Beitrag zu Isang Yun. Mitgearbeitet haben Musikwissenschaftler, Komponisten, Interpreten, politische und musikalische Freunde Yuns. Die Beiträge zeigen kein eindeutiges, wohl aber ein überraschend farbiges Bild. Beigesteuert werden auch Materialien zu den politisch-sozialen, kulturellen und philosophischen Voraussetzungen und Implikationen. Texte verschiedener Art, Berichte, Würdigungen, Gespräche und Werkanalysen tragen bei zu einem Band, der als Lese- wie Arbeitsbuch gedacht ist. Literatur- und Werkverzeichnis, Zeittafel und Diskographie runden das Bild ab.

In ähnlicher Ausstattung liegen in der **Reihe Musik-Konzepte** mehr als 50 Bände über Komponisten vor, von Josquin des Prés bis Iannis Xenakis, von Johann Sebastian Bach bis Karlheinz Stockhausen. Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an.

Michael Charlier

## Von Pflanzen- und anderen Gesellschaften

Die Ökologie, gestern noch das Neueste vom Neuen, ist in die Jahre gekommen. Wer es nicht glauben will: Der Berliner Ökologe Ludwig Trepl hat zum Sommer bei Athenäum eine »Geschichte der Ökologie« vorgelegt und ihr zu allem Überfluß auch noch den Untertitel »Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart« beigegeben. Doch ich will nicht vorgreifen und nicht bei der Ökologie beginnen, deren Ursprünge 400 Jahre zurückreichen, sondern bei der anderen, der ganz neuen. Denn die hat ihn veranlaßt, tiefer in die wissenschaftstheoretischen und wissenschaftsgeschichtlichen Hintergründe seiner Disziplin einzusteigen — und das macht seine »Geschichte« auch über den Kreis der Fachökologen hinaus interessant.

'Ökologie' ist hierzulande in wenig mehr als 10 Jahren von einem nur wenigen Fachwissenschaftlern geläufigen Fremdwort zum Bestandteil der Umgangssprache geworden. Und nicht nur der Umgangssprache: Keine Regierungserklärung und kein Parteiprogramm mag mehr darauf verzichten, sich auf 'die Ökologie' als ein anscheinend präzises und wissenschaftliches Gedankengebäude zu beziehen. Damit verbindet sich weitaus mehr als mit den üblichen kurzlebigen Schlagworten, die eine Saison lang die Diskussion bestimmen, um dann von anderen abgelöst zu werden. Im Begriff der 'Ökologie' bündeln sich an einem schwer faßbaren Ort zwischen Alltagsleben, Wissenschaft und Politik die Lebenshoffnungen und Werthaltungen vieler Menschen. Der Gebrauch von 'Ökologie' weist über bestehende Wirklichkeiten in Lebensweise und Gesellschaft hinaus wie bisher nur 'Wiederaufbau' und 'Reformpolitik'. Und noch stärker ist das appellative Element. Auf der einen Seite wirbt die Rede von der Ökologie noch um einen Konsens, andererseits behauptet sie schon allgemeinen Konsens für eine umfassende gesellschaftliche Zielvorstellung. Wer 'ökologisch' sagt, spricht Utopien an

und verspricht gleichzeitig die Mittel, diese Utopien auch Wirklichkeit werden zu lassen. Im Begriff der Ökologie gibt sich die Utopie wissenschaftlich und die Wissenschaft utopisch; was will man mehr?

*Die Ökologie selbst ist von der Situation, in die sie geraten ist, ganz offensichtlich überfordert. Man könnte ihre Lage mit der der Soziologie in den 60er Jahren vergleichen. Auch sie erlebte eine institutionelle Ausweitung, und manche ihrer Elemente oder ihr 'Geist' drangen in zahlreiche andere Wissenschaften ein. Historische Wissenschaften wurden 'soziologisiert', in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen wurde die 'Herstellung des Gesellschaftsbezuges' zum Thema oder wenigstens zur wichtigen Forderung. Soziologiestudenten, so war damals in der Presse zu lesen, bekamen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche: Das Wort hatte, ähnlich wie 'Ökologie' heute, einen subversiven Beiklang. In einem aber ist der Unterschied kraß: Der Wissenschaft Ökologie ist das, was unter ihrem Namen diskutiert wird, vollkommen unzugänglich. (Trepl, S. 15 f.)*

Kein Wunder, daß ein so belasteter, ja überlasteter Begriff unscharf wird. Je mehr er zu signalisieren scheint, desto weniger präzise ist seine Botschaft. Trepls wissenschaftshistorischer und wissenschaftstheoretischer Ansatz verspricht, wenigstens einige Schneisen durch den wuchernden Dschungel der Beliebigkeiten zu schlagen, auch wenn er sich nicht immer zwischen Sir Karl Poppers Positivismus und Michel Foucaults Epistemologie zu entscheiden vermag.

\*

Aus einer Fülle von Material drei Themenbereiche, die auch und gerade für den Nicht-Ökologen besonders aufschlußreich sind:

Als erstes die Ökologie aktuell. Was ist überhaupt Ökologie — die Liebe zu Pflanzen und Schmetterlingen oder die Sehnsucht nach einer anderen Gesellschaft? Hängt das alles 'irgendwie' zusammen? Was sagt die Wissenschaft über das Verhältnis von Mensch und Natur? Wo steht die ökologische Bewegung in einem politischen Kontext, dem 'rechts' und 'links' nichtssagend zu werden beginnen, und hat sie in der Ökologie ihre Leitwissenschaft gefunden, wie die alte Arbeiterbewegung im Mar-

xismus? Solche Fragen lassen am Begriff der Ökologie unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Werthaltungen auskristallisieren. Sie vermitteln auch den Zugang zum methodischen Ansatzpunkt der Arbeit Trepls, nämlich dem Spannungsfeld und den Grenzgebieten zwischen exakten und historischen Wissenschaften.

Das zweite Thema ergibt sich aus der Rückprojektion der Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Natur in die Geschichte der Wissenschaften. Solange es neben dem Glauben keiner weiteren Wissenschaft bedurfte, war das Verhältnis Mensch-Natur selbstverständlich. Zum Problem wurde es mit der modernen Wissenschaft, die alles Vertraute fremd und das Einfache kompliziert werden ließ. Die wissenschaftliche Naturgeschichte reicht mit ihren Wurzeln in die verlorene Zeit des wohlgeordneten Kosmos zurück. In ihr öffnet sich ein Raum zur Suche nach Kompensation für das, was als Ungenügen der exakten Wissenschaften zur Stiftung von Sinn und Zusammenhang erscheint. In diesem Raum entstehen Voraussetzungen und Grundlagen der Ökologie als einer neuen Wissenschaft vom Ganzen und seinen Teilen.

Die Anstrengungen, auf ökologisch-wissenschaftliche Weise den von den exakten Wissenschaften aufgelösten Sinnzusammenhang zu rekonstruieren, haben in unserem Jahrhundert zwei Kulminationspunkte. Sie werden hier als dritter Bereich beispielhaft vorgestellt, und zwar an der Herausbildung des organismischen Konzepts der Ökologie und des Begriffs "Ökosystem". In den damit einhergehenden Debatten innerhalb der Wissenschaft Ökologie werden wesentliche Positionen entwickelt und zumindest teilweise — auch produktiv überwunden, die heute den ideologischen Hintergrund der Ökologiebewegung bilden. Etwa: Ist der Mensch der Natur als Teil untergeordnet, steht er als Beherrscher über ihr, oder kann es Partnerschaft geben?

1

Ökologiebewegung und ökologische Wissenschaft.

Ludwig Trepl beginnt seine Überlegungen zu diesem Thema mit einer notwendigen Erinnerung, die manchem als Provokation erscheinen wird: Das, was in der Öffentlichkeit unter dem Schlagwort Ökologie diskutiert wird und der Gegenstand der gleichbenannten Wissenschaft haben nicht allzuviel gemeinsam. Und schlimmer noch: Die beiden Bereiche wissen herzlich wenig voneinander; ihr gegenseitiges Verhältnis ist von Vorurteilen und Mißverständnissen bestimmt.



*Zwischen dem, was sich aus der Umweltdebatte an Ansprüchen an die Ökologie ergibt, und dem, was die Ökologie tatsächlich an praktisch verwendbaren Ergebnissen zu liefern in der Lage ist, (klafft) eine erhebliche Lücke. Der Grund dafür liegt möglicherweise nicht nur in allzu hoch geschraubten Erwartungen hinsichtlich des Standes der ökologischen Forschung, sondern auch in falschen Vorstellungen über den Charakter der Ökologie.(...) An der Existenz und an der Stellung der Ökologie hängt aber, glaubt man dem Zeitgeist, mehr als nur die Stellung der Ökologen. Zumindest steckt hinter "Wissenschaft Ökologie", wenn schon nicht die Hoffnung auf eine aus allen Nöten der Epoche führende Leitwissenschaft (à la Marxismus), so doch die Hoffnung auf ein Gegenprogramm zur derzeitigen Wissenschaftsentwicklung und zur herrschenden Linie der Wissenschaftspolitik. (S. 16 f.)*

Die Ökologiebewegung ist wissenschaftskritisch. Das macht sie nicht unbedingt wissenschaftsfeindlich, aber es bringt sie von vornherein in eine widersprüchliche Stellung gegenüber der ökologischen Wissenschaft und auch gegenüber ihrem eigenen Anspruch als sozial fortschrittliche, als 'linke' Kraft. Der historische Fortschritt war für die traditionelle Linke ein gleichgerichtet zur Naturentwicklung ablaufender und voranzubringender Prozeß in Richtung Emanzipation. Emanzipation war auch gegenüber der Natur notwendig, sie als unveränderbar hinzunehmen, hätte eine unerträgliche Einschränkung bedeutet. Nur die Beherrschung der Natur schafft die Grundlage des menschlichen Voranschreitens — und genau von dieser Vorstellung hat sich die Ökologiebewegung unter der Parole "Frieden mit der Natur" radikal abgewandt — was immer diese Parole im einzelnen besagen möge.

Trotzdem unterstützt der Autor den in der Bewegung verbreiteten Anspruch, die aktuelle Form des linken Elements in der Politik zu verkörpern. Zur Untermauerung hat er freilich wenig anzuführen. Statt dessen stellt er eindrucksvoll dar, daß wesentliche Elemente der ökologischen Wissenschaftskritik aus einer konservativen Gedankenwelt kommen, der die Veränderbarkeit der Welt als Irrtum, die szientistische Methodik als ein die Wirklichkeit zerstückelndes Kunstgebilde erscheint. So zumindest die eine Seite.

Auf der anderen sind traditionelle Wissenschaftsgläubigkeit und technokratischer Machbarkeitswahn auch im ökologischen Bewußtsein durchaus präsent. Das gilt überall dort, wo sich unter Stichworten wie "Wissenschaft von den vernetzten Systemen" oder "sanfte Technologie" letztlich die Vorstellung verbirgt, wenn man es nur richtig anfangen, sei die vollständige und restlose Erkenntnis aller Naturzusammenhänge möglich. Wir kennen das. Zwar ist, so heißt es, nicht alles erlaubt, was

machbar ist, doch: anything goes. Trepls Fazit in der Beschreibung des ökologischen Bewußtseins klingt dementsprechend nüchtern und paßt nicht recht zu seiner Bereitschaft, darin die einzige aktuelle Form "linken Denkens" zu erblicken:

*Die "ökologische Weltanschauung" erweist sich demnach als ein ausgesprochen hybrides Gebilde. Auf der einen Seite findet man die Elemente der klassischen konservativen Kulturkritik: die anti-szientistische Wendung gegen den Reduktionismus der Naturwissenschaft, die anti-progressive Kreislaufmetapher und damit die anti-emanzipatorische Utopie des Sich-Einfügens ins Gegebene, und folgerichtig, eine Renaissance von Mythos und Mystik und allem nicht mehr für möglich gehaltenen Okkultismus, eine Feier des "Lebens" gegen die Ratio. Auf der anderen Seite wird an die Stelle der zu verwerfenden vielen Wissenschaften die eine Überwissenschaft gesetzt, und an die Stelle der naturzerstörerischen "monokausalen", "isolationistischen" herkömmlichen Technik tritt die ökologisch-systemtheoretisch untermauerte sanfte Supertechnik, die unbeabsichtigte Folgewirkungen ausschließt, indem sie dank ihres "ganzheitlichen" Charakters das Unbeabsichtigte überhaupt aus der Welt schafft. (S. 22)*

Dieses Bündel von Widersprüchen führt direkt auf den methodischen Ansatz, dem Trepls Arbeit ihre Struktur verdankt.

*Eine Antwort, wie man aus dieser Situation herausfindet, ohne sie kurzschlüssig in ihre Elemente aufzulösen, wie man also die klassisch-konservative Kritik an Naturbeherrschung und den klassisch-progressiven Anspruch zusammenhalten kann, wird man auch im vorliegenden Text nicht finden. Was ich darzulegen versuche ist nur, wie sich diese Motive in der ökologischen Wissenschaft selbst durch deren Geschichte hindurch auswirkten, dies mit der Hoffnung, daß sich jene politische und gewiß wichtigere Frage dann etwas genauer stellen und diskutieren läßt. (...) Mein Ansatz (...) schließt an das an, was oben als konservativ motivierte Kritik an der naturwissenschaftlichen Methodik beschrieben wurde. (...) Es soll dargestellt werden, wie sich im Verlaufe ihrer Geschichte jene Elemente der Ökologie entwickelt haben, die exakte von historischen Wissenschaften scheiden. (S. 23, 28)*

Die Rekonstruktion dieser Entwicklung macht den Hauptteil von Trepls Arbeit aus. Sie ist hier nicht im einzelnen nachvollziehbar. Von Interesse bleibt die Identifizierung des Grenzgebietes zwischen exakten und historischen Wissenschaften als Entstehungsort wesentlicher Elemente von Ökologie. Damit ist das, was am ökologischen Denken so aktuell

und reizvoll erscheint, in seinen systematischen und zugleich in seinen historischen Kontext gestellt.

2

Das ökologische Denken als Reaktion auf tatsächlich oder vermeintlich verhängnisvolle Folgen der Herausbildung neuzeitlicher Naturwissenschaft.

Die Feststellung, daß die Ökologie ein Unbehagen an den modernen Wissenschaften und ihrer technischen Anwendung artikuliert, ist nur solange trivial, wie man sie nicht historisch auffaßt. Sie gewinnt enorm an Aussagekraft und hermeneutischem Wert, ergänzt man sie um die Beobachtung, daß die quantifizierende und analytische Naturwissenschaft seit ihren Ursprüngen von einer um die Verteidigung der Zusammenhänge ringenden Gegenströmung begleitet wird. Das Zentrum dieser Strömung, soweit sie nicht in antiwissenschaftlichen Gefilden operiert, liegt in der Naturgeschichte.

*„In den historischen, 'konkreten' Naturwissenschaften ist lebensweltliches Wissen nicht nur etwas zu transformierendes, das im 'reifen' Stadium überwunden ist: Es steht in ständiger Spannung zum Typus wissenschaftlichen Wissens. (...) Lebensweltliches Wissen ist kontextgebunden und nur präzise, solange der Kontext nicht verlassen wird. Kontext bedeutet hier vor allem die Präsenz eines lebensweltlichen Hintergrundwissens, von dem die jeweilige Aussage sich nicht ablösen läßt und mit dem sich der Sinn jeder Aussage verschiebt. In diesem Kontext besitzt es nicht nur oft eine wissenschaftlich kaum einholbare Präzision, sondern auch einen noch weniger einholbaren Reichtum. (S. 59 f.)*

An dieser Stelle ist, ganz gegen unsere sonstige Gewohnheit, ein Lob auf die Magie am Platze. Das vormoderne Denken bedurfte keiner besonderen Anstrengung um den lebensweltlichen Kontext der Dinge, denn dieser Zusammenhang wurde im Rahmen ihres Denkgebäudes durch eine Vielzahl religiöser und magischer Anschauungen geboten. „Am ersten Tag schuf der Herr Himmel und Erde, am dritten Bäume und Kräuter, dann die Tiere des Wassers, der Luft und des festen Landes. Am sechsten schuf er den Menschen, und er sah an, was er gemacht hatte, und es war sehr gut.“ In diesem Weltbild stand ein Orientierungswissen zur Verfügung, das es den Menschen erlaubte, sich subjektiv richtig oder zumindest zufriedenstellend in Bezug aufeinander und ihre Umwelt zu verhalten — nahezu unabhängig davon, wie die Welt tatsächlich beschaffen war. Die moderne Wissenschaft hat über die Jahrhun-

derte viele dieser Zusammenhänge als solche erkannt, die nur im Denken der Menschen, nicht aber in der materiellen Beschaffenheit der Dinge bestehen, und sie mitleidlos abgeschafft. Nichts anderes heißt Aufklärung als Befreiung von selbstverschuldeter Unmündigkeit. So wurde mehr Wissen über die tatsächliche Beschaffenheit der Natur und der Gesellschaft erworben, aber zu einem hohen Preis: Mit den Illusionen gingen auch Orientierungshilfen verloren, auf die, wie sich nicht erst heute zeigt, die Menschen nur schwer verzichten können. Mündigkeit, oder modischer, Emanzipation ist leichter zu fordern als zu ertragen. Schade, daß der Autor diesem Problem keine Aufmerksamkeit schenken konnte.

Die Naturgeschichte stellt nun einen Versuch dar, die von Auflösung bedrohten Zusammenhänge im Blick zu behalten, ohne die Wissenschaft aufzugeben. Sie hat dazu eine Methodik ausgebildet, die sich bis zum heutigen Tag von den experimentellen Wissenschaften unterscheidet. Sie ist primär kontextorientiert, sie fragt nach dem 'woher' oder dem 'warum' der Phänomene. Die experimentelle Wissenschaft forscht demgegenüber nach dem 'wie' von Vorgängen und Abläufen und löst damit die äußeren Zusammenhänge auf. Das hat nach Trepl einschneidende Konsequenzen:

*(Die Wie-Fragen) richten sich auf die Funktionsweise, sie heißen: "Wie funktioniert das unter verschiedenen oder beliebigen Umständen?" — "Wie funktioniert so etwas überhaupt?" Die Fragen richten sich also im Grunde gar nicht auf den besonderen Gegenstand, sondern auf ein Allgemeines, wovon dieser ein Fall ist. In der Frage: "Wie sind die Beziehungen zwischen Standort und Vegetation an einem bestimmten Ort?" ist der bestimmte Ort ein Fall. Der Wissenschaftler erstellt ein Modell, das durch diesen Fall "realisiert" wird. (...) Da das Bestimmte, dessen Funktionieren beschrieben wird, nicht das konkrete Naturding, sondern ein Modell ist, erscheinen Vorgänge aus dem Blickwinkel der Wie-Frage auch nicht als geschichtlich, d. h. einmalig und unwiederholbar, denn im Modell ist die Wiederherstellung des genau Gleichen möglich, bzw. es kann identische Zustände des Modells, aber nicht identische Dinge geben. (S. 49 f.)*

In dieser Darstellung steckt mehr als der geläufige Vorwurf an die Naturwissenschaften, sie wüßten zwar bald alles über immer speziellere Gegenstände, würden dabei aber deren Zusammenhang aus den Augen verlieren. Zu Ende gedacht sagt er, daß diese Wissenschaften auch die Dinge selbst negieren, wenn sie ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die abstrakten Gesetzmäßigkeiten und die daraus konstruierbaren Modelle richten. Und die Auswirkungen einer solchen Tendenz sind ja auch



sichtbar. Praktisch können sie zum Verständnis dafür beitragen, warum so viele Naturwissenschaftler solange unberührt von der mit ihren Arbeitsergebnissen erfolgenden Naturzerstörung blieben. Theoretisch liegt hier der Ausgangspunkt für die Frage: Kann unter diesen Umständen das, was diese Wissenschaft zu erkennen vorgibt, überhaupt richtig sein? Damit stellt sich hier aufs neue ein altes Problem: Wie verhalten sich die Dinge zu ihren Abbildern in unserem Bewußtsein, die Teile zum Ganzen, die Realität zum wissenschaftlichen Denkmodell?

3

Das Ganze und seine Teile. Sind ökologische Gemeinschaften Superorganismen oder Vergesellschaftungen von Individuen? Eine Auseinandersetzung mit neuerdings wieder offenem Ausgang.

Die Ökologie als neuzeitliche Wissenschaft hat ihren Ursprung in der Pflanzengeographie. Hier wird schon früh "das einzelne, aus seinem ökologischen Zusammenhang isolierte Naturding, in dessen Auffindung, Beschreibung und richtiger Einordnung für die Naturgeschichte eben noch alle Wissenschaft bestanden hatte, zum Problem". (S. 107) Und hier bildet sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Begriff von der 'Vergesellschaftung der Arten' und damit die Ökologie als 'Wissenschaft von den Lebensgemeinschaften' aus.

*Unter dem Einfluß der Erkenntnis der Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen Organismen sowie zwischen ihnen und dem Standort (...) konsolidierte sich die Vorstellung von der Pflanzengesellschaft als mehr oder weniger 'organischer' Entität eigener, höherer Art, und sie setzte sich zunächst auch weitgehend durch. (S. 128) (Und das führt zu der Frage:) Was 'sind' eigentlich die Gesellschaften oder Lebensgemeinschaften, deren Klassifikation die Aufgabe dieser Ökologie darstellt? Gibt es eine bestimmte Assoziation wirklich, oder ist sie ein Konstrukt der Wissenschaft? (S. 140)*

Die Frage wurde in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts von bedeutenden Ökologen hauptsächlich in den Vereinigten Staaten zugunsten der organismischen Deutung aufgelöst. Ihr einflußreichster Vertreter Clements entwickelte den Begriff der Lebensgemeinschaft als Superorganismus, der nicht nur *wie* ein Organismus, sondern *als* Organismus entsteht, wächst, reift und stirbt. Dieses Konzept verdankt seine Durchsetzungsfähigkeit weniger seiner wissenschaftlichen Überzeugungskraft als der Übereinstimmung mit einem damals herrschenden und heute wieder

aktuellen Zeitgeist. Die Fortschrittseuphorie des Bürgertums war spätestens mit dem ersten Weltkrieg zu Ende gegangen. Entwicklung wurde nicht mehr als aufsteigende Linie oder Spiralbewegung gedacht, sondern als Kreislauf. Das gilt nicht nur bei Clements' "Superorganismus", sondern etwa bei Oswald Spengler, auch bei der Deutung der Kulturentwicklungen der Menschheit. Das bis dahin herrschende aufklärerische Naturideal der 'vernünftigen' gegenseitigen Anpassung von Mensch und Natur wird abgelöst durch die Vorstellung der Anpassung des Menschen an 'seinen' Lebensraum, durch die Forderung nach seiner Einordnung als zweckmäßig funktionierendes Organ eines Ganzen, von dem aus es erst seinen Sinn erhält. "Du bist nichts, dein Volk ist alles."

Die so außerordentlich zeitgemäße Grundvorstellung von Superorganismen wurde zwar von europäischen Ökologen schon in den 30er Jahren vielfach mit Skepsis betrachtet, die theoretische Zurückdrängung ihrer Überspitzungen fällt jedoch erst in die Nachkriegszeit. Auch diese Veränderung ist im Rahmen der allgemeinen ideologischen Situation zu sehen. Holismus in jeder Form war diskreditiert — nicht zuletzt durch den Nationalsozialismus. Die ersten Nachkriegsjahre brachten auch eine Renaissance der Fortschritts- und Technik euphorie und damit des analytischen Denkens. Die wesentlichen innerökologischen Impulse für diesen Umschwung kamen aus der Tierökologie, die es der Natur ihres Gegenstandes nach mit weniger statischen und vermeintlich vollständig überschaubaren Lebensgemeinschaften zu tun hat als die Pflanzenökologen. Aus ihrer Perspektive wurde erkennbar, daß Vergesellschaftungen zwar in dem Sinn real sind, daß sie einen immer notwendigen Rahmen für die Lebensaktivitäten der Individuen setzen, daß dieser Rahmen aber auch hoch flexibel und in vielen seiner Elemente variabel ist. Eine eigene und übergeordnete Existenzweise als "Organismus" läßt sich daraus nicht ableiten. Seitdem läuft die theoretische Weiterentwicklung zweigleisig. Einmal, wie eben angerissen, im Sinne einer klassischen Synthese von organismischem und individualistischem Denken. Zum anderen jenseits beider Kategorien in der zunächst streng am Leitbild der exakten Naturwissenschaften und der Mathematisierung orientierten New-Ecology. In ihrem Umkreis entwickeln sich verschiedene Ansätze einer Art Natur-Ingenieurwissenschaft bis hin zum aktuellen Extremfall jener Labors, in denen "Natur" wissenschaftlich produziert wird.

Ironischerweise kommt gerade von szientistischer Seite her ein Begriff in die ökologische Diskussion, der zu einer Neuaufgabe der Debatte über den Stellenwert des Ganzen und seiner Teile führt. Mathematisierung der Ökologie und Einflüsse der Kybernetik machen den gerade erst überwundenen ganzheitlichen Denkansatz unter dem Schlüsselbegriff "Ökosystem" erneut aktuell:

*So entstand ein paradigmatisches Gerüst, das später, mit dem Entstehen der Ökologiebewegung, weit über die Wissenschaft Ökologie hinauswirken sollte. Ein Bild der Natur (...) als Systemzusammenhang wurde populär, worin nichts geschehen kann ohne Wirkung auf das Ganze und worin dieses Ganze den Teilen die Richtung weist und Grenzen setzt. Vom klassischen darwinistisch/individualistischen Konzept unterscheidet sich dieses Bild durch seinen "organischen" Charakter. Die Beziehungen der Elemente untereinander sind vorwiegend kooperativer Art, und die Harmonie ebenso wie der Zwangscharakter des Ganzen setzen dem Erfolg des Einzelnen im Kampf ums Überleben Schranken. Vom klassischen holistischen unterscheidet es sich dadurch, daß "Das Ganze" nicht mehr nur das gegen die "zersetzende" analytische Wissenschaft "synthetisch" wiederzuerrichtende Unzerstörte (bedeutet...), sondern in den Gesetzen seines Funktionierens erkennbar und darum beherrschbar (ist). (S. 192 f.)*

Genau darin sieht Trepl den großen Irrtum dieses Denkansatzes. Er vermutet darin nicht weniger als einen Rückfall in das alte mechanistische Bild von der Welt als Uhrwerk, das in all seinen Einzelheiten erkennbar und bestimmbar ist. Demgegenüber besteht er darauf: Die Welt ist kein Uhrwerk, und gerade in der Ökologie erweisen sich immer wieder die unscheinbaren, flüchtigen und verborgenen Randbedingungen als entscheidend und nicht die oft trivialen "Gesetze" (S. 216). Als Verdienst rechnet er es dieser Richtung allerdings an, daß sie die Ökologie auf die Praxis verwiesen und damit auch ein neues Forschungsinteresse eröffnet hat. An die Stelle der "unberührten" oder "intakten" Natur als bevorzugtem Forschungsgegenstand rücken die "Konfliktfälle". Diese Ökologie befaßt sich mit der Natur nicht nur so, wie sie ist, sondern auch so, wie sie sein soll: Ein weiteres Mal kommt es zur Überschreitung der Grenze zwischen moderner Naturwissenschaft und einer naturgeschichtlichen Disziplin mit sinnstiftender und hermeneutischer Funktion.

*(Die hermeneutische Ökologie) interpretiert "Texte", versucht den darin enthaltenen Sinn in Handlungsanweisungen für die aktuelle Situation zu übertragen, aktualisiert den Willen des "Autors". Der "Text" der "Ökologie" ist "in Natur" geschrieben. Der "Autor" kann Gott sein, der die Natur geschaffen hat, oder die Natur, die sich selbst geschaffen hat, oder die Vorfahren, die die Kulturlandschaft und damit Verpflichtungen ihr gegenüber geschaffen haben, oder — ein weiteres und heute beliebtes Gott-Surrogat — die Nachkommen, deren möglicher Welt als einer gelungenen die Anweisungen für heute zu entnehmen sind. (S. 220)*

Gedankengebäude totalitärer Tendenz wie das "neue ökologische Weltbild" Fritjof Capras oder — von einer ganz anderen Seite zu vergleichba-

ren Ergebnissen kommend — die Vorstellungen Teilhard de Chardins können zum Beleg dafür herangezogen werden, daß die hier geäußerten Befürchtungen jedenfalls nicht aus der Luft gegriffen sind. Die Suche nach einer Leitwissenschaft kann leicht zur Suche nach der Überwissenschaft entarten, die nicht nur alle Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart weiß, sondern auch verbindlich vorschreibt.

\*

Kein Fazit, aber ein Vorschlag.

Eine Lösung der in dieser Situation begründeten Probleme hat uns der Autor in weiser Voraussicht nicht angekündigt, aber er hat mehr Klarheit über die Natur der Schwierigkeiten versprochen. Hier sein Vorschlag:

*Wir können daraus eine Konsequenz für die Diskussion um "Leitwissenschaft Ökologie" ziehen. Der Anspruch, den man damit verbindet, ist ja nicht zuletzt der, jene Trennungen zu überwinden, an denen die Moderne leidet. Das Kognitive, das Moralische, das Ästhetische (...) sollen wieder gleichermaßen und in einem zu ihrem Recht kommen, und zwar in und mittels einer Wissenschaft. Das ist, in letzter Konsequenz, gemeint, wenn man den "ganzheitlichen" Charakter der Ökologie reklamiert. Dieser Versuch eine Einheitswissenschaft zu konzipieren gerät aber in der Regel rasch in die eine oder andere von zwei Fallen, und es ist fraglich, ob überhaupt ein Weg zwischen ihnen hindurch oder an ihnen vorbei führt. Auf der einen Seite wird, unter Gleichsetzung von Ökologie mit Systemwissenschaften, versucht, die Sphäre der Verständigung nach dem Muster kybernetischer Prozesse auf empirische Wissenschaft zu reduzieren — das Resultat ist der Caprasche Technokraten-gott. Auf der anderen Seite wird die klassische Landschaftsgeographie immer wieder neu erfunden, das heißt, es wird nach einer "verstehenden" Naturwissenschaft verlangt. Wenn es diesen Neuerfindungen ebensowenig wie ihrem Vorbild gelingt, zwischen dem Symbol und seinem materiell-ökologischen Substrat zu unterscheiden — und wenig spricht dafür, widerspräche es doch der Intention des Ansatzes — dann werden sie ebenfalls zu "materialistischen Theologien". Eine Einheitswissenschaft, die der Gefahr dieser Reduktion entginge, wäre, so scheint mir, nur möglich als Wissenschaft von dieser Gefahr: das ergäbe natürlich weniger eine wissenschaftliche Disziplin als ein Thema für philosophische Diskussionen. (S. 250)*



Für diese notwendige Diskussion hat Ludwig Trepl in seiner Geschichte der Ökologie wichtige Aufschlüsse geliefert und erste thematische Schwerpunkte gesetzt. Er hat dabei gezeigt, welchen Beitrag die Wissenschaftsgeschichte zu dieser Diskussion leisten kann. Es ist ja im Grunde erstaunlich, daß in einer Zeit, in der die Wissenschaft alle Lebensbereiche durchdringt und diese Durchdringung für viele Menschen zum Problem wird, die Wissenschaftsgeschichte wenig beachtet wird. Wie es scheint, hat die rasante Entwicklung der letzten Jahrzehnte, mit der Heraufkunft ganz unerhörter Möglichkeiten und Gefahren, eine hypnotische Wirkung. Wie die Kaninchen auf die Schlange starren wir auf das, was sich vor unseren Augen abspielt, und das erscheint so neuartig und revolutionär, daß der Gedanke fernliegt, in früheren Erfahrungen und Gedanken nach Lösungsansätzen, nach Teilantworten für die Probleme zu suchen.

Dieser Ausstieg aus dem historischen Zusammenhang erscheint mir ebenso verständlich wie verhängnisvoll. Er fördert eine Haltung, in der mit großem Scharfsinn nicht nur die Landschaftsökologie immer wieder neu erfunden wird. Er schafft ein selbstgenügsames Denkklima, in dem Fragen, für deren unterschiedliche Beantwortung und die daraus folgenden Konsequenzen es historisches Lehrmaterial gibt, immer wieder aufs neue gestellt und wie im luftleeren Raum spekulativ beantwortet werden. Natürlich gibt es eine Wissenschaftsgeschichte als akademische Disziplin. Aber soweit sie ihre Gegenstände abhandelt, ohne die Gegenwart als Ausgangspunkt ihres Interesses sichtbar werden zu lassen, braucht sie sich über mangelnde Wahrnehmung ihrer Ergebnisse nicht zu beklagen. Trepls Arbeit hat es nicht verdient, dieses Schicksal zu erleiden.

*"Gut", sagte er schließlich und hob nicht einmal die Augen, "ich habe einen Arbeitsplatz gefunden, der Ihrer würdig ist. Sie werden Friedhofswärter sein. In Strassnitz, im neuen jüdischen Friedhof." Er hob die Augen, genau in diesem Augenblick. "Es gibt in Prag keinen Friedhof für Hunde", fügte er hinzu, "sonst hätte ich Sie dorthin geschickt!" Kepela hielt seinem Blick stand. Es gelang ihm sogar, dümmlich zu lächeln. "Aber die Juden sind doch Hunde!" sagte er. Und er fuhr fort, mit seiner sanftesten Stimme: "Oder umgekehrt, Leutnant... lesen Sie Kafka!"*

Jorge Semprún

Hagen Kühn

## Die rationalisierte Ethik Zur Moralisierung von Krise und Krankheit

Die Formel von der 'geistig-moralischen Wende' ist mehr als eine Politikerphrase. Sie signalisiert, daß in den achtziger Jahren die Werte, Normen und Verhaltensmotive des menschlichen Zusammenlebens zum unmittelbaren Austragungsfeld der sozialen Konflikte geworden sind. Sie zeigt auch, daß die Initiative bei den herrschenden Interessen liegt, die natürlich keine Chance hätten, wenn sie nicht durch das Handeln der einzelnen Menschen 'freiwillig' realisiert und wenn nicht ihre Notwendigkeiten zu Gewissensäußerungen verinnerlicht würden.

Als diese Notwendigkeiten (Wachstum, Modernisierung usw.) in den sechziger Jahren noch selbstverständlich waren, wurde die Forderung nach 'gesellschaftlicher Verantwortung' vom ideologischen Establishment als 'ideologisch' oder gar 'totalitär' gebrandmarkt. Die konforme Moral stellte sich weitgehend von selbst her, wenn nur darauf geachtet wurde, daß die herrschenden Regeln (des Marktes, des Rechts, der Bildung, des Berufs usw.) eingehalten wurden. Der konservative Staat schrieb einem 'freien Bürger' nichts vor, soweit er nur unpolitisch war und sich an die Regeln hielt. Das fand seine Entsprechung in der Ethik, die nicht selten auf formale Entscheidungsregeln zum Ausgleich subjektiv verstandener und beliebiger Interessen reduziert wurde und wird. Ernst Bloch bemerkte dazu, mit der formalen Ethik ließe sich schließlich auch eine Räuberbande zusammenhalten (1985, S. 113).

Wenn mittlerweile Moral und Ethik<sup>1</sup> zum bedeutenden Gegenstand der Politik geworden sind, dann hat das unterschiedliche und sogar gegensätzliche Gründe; sei es auf der einen Seite der Protest gegen die ökonomischen und ökologischen Zumutungen der Wachstumskrise und die militärische Gefahr oder sei es die Überanpassung an die kleinbürgerliche Illusion des 'Privaten', die sich jetzt zum 'Mobilitätshindernis' ausgewachsen hat. Erklärtes Ziel der Konservativen ist "die Rationalisierung der sich verändernden Einstellungen" (Bericht, S. 28). Und genau in diesem Sinn wird nun 'von oben' die gesellschaftliche Verantwortung und 'Solidarität' eingefordert.



Das Gesundheitswesen ist ein besonders deutliches Beispiel dafür, daß Politik mehr und mehr auch den Charakter von Moralphilosophie annimmt. Je weniger es nämlich im Interesse oder in der Möglichkeit ist, Krisenerscheinungen mit Strukturveränderungen zu begegnen, desto stärker lastet der Druck auf dem Anpassungsverhalten der Menschen. Das gilt — schichtenspezifisch unterschiedlich — für die Sozialversicherten, die Patienten und für die Beschäftigten der medizinischen Berufe und ist eine Hauptursache für die derzeit aufgelebte Ethikdiskussion in der Medizin. Eine ständisch geprägte Haltung dazu nimmt Horst Baier ein, wenn er ausruft: "Wer schützt den Mediziner vor den Ethikern?" Es geht aber nicht um den Schutz, sondern um die Klärung der eigenen Haltung, nicht um Ja oder Nein, sondern um die Inhalte der gesellschaftlichen Beziehungen — so oder so. Beispielsweise stellt sich die Frage: Ist Krankheit (wieder) individuelle Schuld, löst sie einen Anspruch auf Hilfe aus, ist sie Anlaß zu Veränderung der menschlichen Lebensbedingungen? Erst hierdurch bekommen die spezifisch medizinischen Forderungen, wie z.B. die nach einer 'sprechenden Medizin' ihren Inhalt. Wird nämlich der Kranke mit Schuldzuweisungen und asketischen Anpassungsnormen indoktriniert, dann erfüllt gerade der "sprechende" Mediziner Herrschaftsfunktionen zu Lasten der Gesundheit.

Die moralische Integration der antagonistischen Gesellschaft beruht auf der Transformation von partikularen *Interessen* in allgemeine *Werte*. Darum ist bei der analytisch verstandenen Ethik der umgekehrte Weg einzuschlagen, wenn die gesellschaftlichen *Inhalte* dieser Werte zum Vorschein kommen sollen. Das konservativ initiierte Aufleben der Wertediskussion verdient es, nicht einfach abgewehrt, sondern aufgenommen zu werden. Schließlich werden damit Grundhaltungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zum Thema. Und hier hätten nicht die Kräfte der modernisierten Beherrschung, Verwertung und Zerstörung, sondern die humanistischen Strömungen ein Heimspiel. Warum sie diese Chance bisher nicht ergreifen, ist nun die erste Frage.

## Das Unbehagen an der Ethik

Die distanzierte Haltung gegenüber der Ethik wird unter zeitgenössischen Intellektuellen keineswegs als tiefgreifender Mangel empfunden. Dabei ist ein leicht zugänglicher Gedanke, daß unbegriffene normative Orientierungen des Denkens und Handelns gleichbedeutend sind mit Unfreiheit und Abhängigkeit von unbekannten Kräften. Dennoch ist Distanz und Ablehnung, sich ausdrückend in Unbehagen, Gleichgültigkeit oder Belustigung, die verbreitete Haltung. Unter den vielen Grün-

den scheinen drei herauszuragen: zum einen die lebensfremde Abstraktheit der etablierten Professorenethik, zweitens die individuellen Erfahrungen mit der repressiven Moral und — nicht zuletzt — die Gefahr der Ethik, geschäfts- und politikschädigend zu wirken, wenn sie beim Wort genommen wird.

Die Professorenethik hat sich ihr geringes Ansehen über viele Generationen hinweg redlich verdient. Man assoziiert damit die hohle Phrase, die Pflichtenlehre, das weihevoll Geraune am Rednerpult zwischen Buchsbäumen und Händels 'Largo'. Die Ethik der Medizin ist in der Regel noch etwas raunender und niveaulärmer. Das Bildungsgerümpel, das um die zumeist ständisch beengten Vorurteile drapiert wird, ist ein ganzes Stück dürrer, eine Art Amateurfassung der professionellen Philosophie. (Auf ein — politisch auf der Höhe stehendes — Beispiel dieser Gattung, nämlich die »Medizinische Ethik« des Sozialmediziners Hans Schaefer, wird noch eingegangen.) Schon Hegel kritisierte die Ethik des deutschen Idealismus und meinte, "die allgemeinen Werte von dem Wahren und Guten, der Weisheit und der Tugend" seien wohl "im allgemeinen erhehend, aber weil sie in der Tat zu keiner Ausbreitung des Inhalts kommen können, fangen sie bald an, Langeweile zu machen" (S. 154). Jean Paul spottete, es ginge hier um eine Moralität, mit der einer den anderen ermuntere, der wiederum andere ermuntere, und kein Pfennig würde dabei ausgegeben.

Heutzutage ist das Ganze aber nicht mehr nur unpraktisch und das Unbehagen ist mehr als nur Langeweile. Es werden Tugendkataloge angepriesen, und im selben Atemzug werden Verhältnisse gerechtfertigt, unter denen diese Tugenden (Selbstlosigkeit, Fleiß, Wahrhaftigkeit usw.) für den einzelnen zum Verhängnis werden, ja ihn zum tumben Objekt von Herrschaft und Ausbeutung stempeln. Das ist nur insofern unpraktisch, weil solche Tugend wenig hilft, die sich nicht auskennt. Aber gerade die hilflose Tugend ist zur Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen auch praktisch.

Das Unbehagen an der Ethik addiert sich aus Aversionen, die aus gänzlich verschiedenen Quellen gespeist sind. Die Abneigung 'von unten' rührt aus der — zumeist unbewußten — Erfahrung des Repressionscharakters der Moral, während die Abneigung 'von oben' von der Gefahr rührt, beim Wort genommen zu werden: Von ihrem Beginn an war die bürgerliche Ethik in Konflikt zwischen ihrer Allgemeinheit, dem Gleichheitsanspruch (den das Bürgertum als erste Klasse in der Geschichte überhaupt stellte) und ihrer Klassengebundenheit. Friedrich Engels notierte, die ethischen Forderungen der Bourgeoisie seien immer der Bedrohung ausgesetzt, daß "das Proletariat als verhängnisvoller Schat-



ten daneben steht und seine Konsequenzen zieht" (MEW, Bd. 20, S. 580). Das klingt antiquierter als es ist. Der Konflikt zwischen generalisierender Moral und partikularer Gesellschaft ist auch noch ein Hauptproblem heutiger neokonservativer Moralpolitik. Beispielsweise zielt die Forderung nach "mehr Markt" und nach dem Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsprozess nicht nur auf den privaten Gewinn, sondern auch darauf, den Staat von der Bürde seiner moralisch begründeten Inanspruchnahme für die Krisenfolgen zu entlasten. Auch das politisch tätige Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft kann dem Widerspruch nicht ausweichen, daß ein und dasselbe ethische Prinzip (z.B. Wahrhaftigkeit) ganz gegensätzliche Wirkungen hat je nach Klassenlage und Herrschaftsposition. Das macht seit jeher besonders dem humanistisch gesonnenen Bürger zu schaffen, sobald er daran geht, politische 'Verantwortung' zu übernehmen. Der Konflikt, sich permanent zwischen den Ansprüchen der Ethik einerseits und der 'Realität' auf der anderen Seite entscheiden zu müssen, gefährdet nicht nur seine äußere Legitimation, sondern auch seine innere Handlungsfähigkeit und muß darum abgewehrt werden. Goethe, der ja nicht nur humanistischer Dichter, sondern auch Minister im absolutistischen Kleinstaat war, formulierte seine Rationalisierung mit dem Satz: "Der Handelnde ist immer gewissenlos; es hat niemand Gewissen als der Betrachtende" (S. 294).

Max Weber — ebenfalls politische Ämter anzielend — errichtete gegen die Konsequenzzieherei das noch immer gebräuchliche theoretische Bollwerk, indem er die Ethik aufteilte in die *Verantwortungsethik* für jene, die "mit dem spezifischen Mittel der Macht, hinter der Gewaltsamkeit steht" (a, S. 172) zu tun hätten und darum gezwungen seien, nach Folgen zu fragen, sowie die *Gesinnungsethik*. Jenen, die diese Trennung ablehnten (das war 1919 die revolutionäre Arbeiterbewegung), empfahl er, "die Brüderlichkeit schlicht und einfach von Mensch zu Mensch zu pflegen und im übrigen rein sachlich an ihres Tages Arbeit zu wirken" (a, S. 185). Bislang waren alle linken Bewegungen fraktioniert in sogenannte Realpolitiker und Fundamentalisten (Radikale). Das ist bei weitem nicht nur (und oft nicht einmal vorwiegend) eine Frage des verschiedenen Interesses, sondern zeigt verschiedene Haltungen in diesem Konflikt. Aber auch diese Erfahrung scheint das Unbehagen an der Ethik eher zu verstärken, als daß es bisher Anlaß war, es zum Gegenstand theoretischer Anstrengungen zu machen. Von Max Weber wären dabei mindestens zwei Dinge zu lernen: erstens, daß es in einer Klassengesellschaft allgemeinverbindliche ethische (im Unterschied zu rechtlichen) Normen nicht gibt und zweitens, daß sie dennoch zur moralischen Integration auf solche nicht verzichten kann, aber eben nur nach Feierabend. Die Alternative jedoch zur 'Doppelmoral' für Oben und Unten bleibt die Konsequenzzieherei. Seinen eigentlich spürbaren Ausdruck

findet das Unbehagen jedoch im *Gewissen*, das zugleich in der Ethik eine tragende Rolle spielt.

## Gewissen und Menschenbild

Das Gewissen ist die psychische Entsprechung der Gesellschaftlichkeit der Individuen. Anthropologisch ist es dasjenige 'Organ', welches nach der richtigen oder falschen, erlaubten oder unerlaubten Beziehung zum Du fragt, um dieser emotional und rational Rechnung zu tragen. War das Gewissen in seiner urzeitlichen Epoche (Herrmann 1983) Ausdruck der rein intuitiv erlebten Identität von Individuum und Gesellschaft, so wurde es in den Klassengesellschaften jeweils historisch konkretisiert. Aus einem spontan erlebten Regulativ in den nicht herrschaftlichen frühen Gemeinschaften wurde dann das Gewissen "überall da, wo das Individuum sich durch den Verstoß gegen die Gesellschaft ins Unrecht gesetzt fühlt, in ein Werkzeug der Produktion von Schuld verwandelt" (Kofler 1968, S. 113). Hiernach kann die jeweils herrschende Moral (welche keineswegs die 'Moral der Herrschenden' ist, sondern die den herrschenden Verhältnissen entsprechende Moral der jeweiligen Klassen und Schichten) als das "repressiv systematisierte Gewissen" verstanden werden. Diese Moral stützt sich ebenso auf das Gewissen, wie das Gesetz auf den äußeren Zwang (ebd., S. 110 f.). Freud benutzt ein eindrucksvolles Bild, wenn er davon spricht, daß die Gesellschaft den Einzelnen durch das Gewissen in seinem Inneren "wie durch eine Besatzung in einer eroberten Stadt bewachen läßt" (S. 250). Die Psychoanalyse hat die Mechanismen der Aneignung des "autoritären Gewissens" (Fromm 1982, S. 114 ff.) zutage gefördert. Seine Hauptquelle ist der permanente Konflikt zwischen den Willensimpulsen des Kindes und deren moralischer Bewertung durch Erzieher. Wichtigstes Symptom der Niederlage des Kindes (und ebenso Ursache von Neurosen, Destruktivität, Sadismus usw.) ist das Schuldbewußtsein, das sich durch Unterwerfung entlasten muß. Die moralischen Normen der Gesellschaft werden damit zu einem Bestandteil der Individualität selber. Gesellschaftliche Zwänge verwandeln sich in "Selbstzwänge" (Elias), die zu seinem Charakter, seiner zweiten Natur werden. Durch die Kontrollapparatur des autoritären Gewissens werden herrschaftliche Normen zur inneren Stimme. "Es ist also das Gewissen, auf das wir am Ende als Entscheidungsinstanz verwiesen sind", sagt der Medizinethiker (Schaefer, S. 58). An was appellieren wir aber und wem vertrauen wir, wenn wir an das Gewissen appellieren und auf seine Stimme hören?

Wenn das Gewissen die Ich-Du-Beziehung reguliert, so tritt in den Herr-

mit dem Du das psycho-ideologische Raster eines repressiven Menschenbildes als eine Art Bezugsraster des Gewissens, als dessen Kompaß (vgl. Kofler 1968). Die gesamte Philosophiegeschichte zeigt, daß unterschiedliche Interessenlagen auch unterschiedliche Sichtweisen des Menschen nahelegen. Man findet, daß aus der Lebenspraxis von Klassen, die die Arbeitskraft anderer anwenden, ein anderes Menschenbild hervorgeht als aus der Lebenspraxis der jeweiligen unteren Schichten. Aus der Sicht der Beherrscher und Anwender von Menschen erscheinen triebhafte Aggression, Faulheit, verantwortungsloser Egoismus usw. als natürliche menschliche Eigenschaften (oder als Folgen der Erbsünde). Es versteht sich, daß es dann nur vernünftig ist, sie — im Wortsinne — zu beherrschen. Hierarchien, Herrschaft und Kontrolle über den Menschen erhalten dann ihr ethisches Fundament, denn sie erscheinen naturnotwendig (oder gottgewollt). Hinzuzufügen ist, daß mit der inneren Unterwerfung unter die jeweiligen Ausbeutungs- und Herrschaftsbedingungen auch das sich selbst herabwürdigende Menschenbild übernommen wird. (Franz Fanon hat das eindrucksvoll für die ehemaligen Kolonialvölker beschrieben.) "Leicht zu sagen, daß es mit dem Menschen nicht weit her sei", schreibt Ernst Bloch (c. S. 190 f.) — "dieser Satz klingt erfahren, kommt sich unter Umständen sogar bedenklich vor. Letzteres dann, wenn sowohl Selbsthaß als selbstgerechter Menschenhaß sich ausgerechnet christlich verkleidet. Wille, das Leben aus eigener Kraft zu bessern, erscheint dann bald leer, bald hoffärtig und jedenfalls nutzlos. Ein so kleinkariertes Bild vom Menschen hält am besten kirre, gar eben, wenn es nichts als schlecht ist und zu anderem ohnmächtig."

Die daran nicht interessierten Ansichten vom Menschen betrachten die genannten Eigenschaften umgekehrt als Folgen gesellschaftlicher Konditionierungen, als sozialstrukturelle Entfremdungen des Menschen von sich selbst, denen mit sozialer Sicherheit, Chancengleichheit und Demokratie historisch der Boden entzogen werde. Auch setzt die theoretische und praktische Kritik der Unterdrückung und Ausbeutung menschlicher Fähigkeiten immer ein positives Bild vom "sich aufrichtenden Menschen und seiner noch nicht aus determinierten Möglichkeiten" voraus (Bloch, d. S. 376). Ohne diesen Wertmaßstab besagt Kritik an den bestehenden Klassengesellschaften so gut wie nichts, jedenfalls nicht mehr als Effizienzkritik. Warum sollen Menschen nicht ausgebeutet werden?

Noch am Ausgangspunkt seines Werkes stehend faßte Marx die Lehre der bisherigen humanistischen Philosophie zusammen, "daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei" und formulierte als praktische Konsequenz seinen einzigen (!) "kategorischen Imperativ", der lautete, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (MEW,

1, S. 385). Wenn umgekehrt aber die Verhältnisse das Höchste für den Menschen sind, dann muß der in ihnen geprägte Mensch zur 'Natur', und die Gesellschaft als dessen natürliche Welt gerechtfertigt werden. Für die Neoliberalen beispielsweise ist die 'Marktwirtschaft' die der egoistischen Natur des Menschen entsprechende Ordnung.

Umgekehrt kann es aber humanistischer Ethik niemals darum gehen, ein 'Gesellschaftsmodell' zu entwerfen und es moralpredigend der Wirklichkeit entgegenzuhalten, selbst wenn es wissenschaftlich folgerichtig aus einem Menschenbild abgeleitet wäre. Gramsci schrieb, indem gefragt werde: "Was ist der Mensch?" werde eigentlich gefragt: "Was kann der Mensch werden?" Das ist die Frage nach den noch nicht aus determinierten Möglichkeiten jenseits der Begrenzungen und Deformationen der — wie der 'reife Marx' es nannte — "historisch modifizierten Menschennatur" (MEW 23, S. 637). Aber nicht nur solche, an der Geschichtslosigkeit eindeutig interessierten Sichtweisen wie die des Behaviorismus verstellen den Blick dafür. Ebenfalls tut das ein um die anthropologische Dimension kastrierter Marxismus, der die Marxsche These, derzufolge das Individuum "das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" sei, gleichsam milieutheoretisch verflacht hat. Wären in der Vergangenheit die Individuen und ihre Moral tatsächlich durch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse komplett determiniert, an Herrschaft unbegrenzt anpaßbar und auf deren Objekte reduzierbar gewesen, ohne daß sich dagegen immer wieder überhistorische und unveränderliche Eigenarten des Menschseins gesträubt hätten — wie sollte man sich den Geschichtsprozeß erklären? Kritik wäre immer nur als Effizienzkritik, nicht aber als Ethik der Befreiung möglich. Und tatsächlich führt ja auch das "binnenmarxistische Anthropologieverbot" (Neusüss S. 12) dazu, daß die ihm Unterworfenen sich Geschichte ohne einen Deus ex machina, sei es die "Partei neuen Typs", sei es ein Staatsapparat oder seien es Helden, gar nicht vorstellen können (oder sollen?).

Es geht also um die Befreiung dieser Möglichkeiten und nicht um dogmatische Modelle ihrer Festlegung. Wissenschaftlicher Boden ist dabei die Analyse der *Entfaltungsbedingungen* in Natur und Gesellschaft. Die unterdrückten Potenzen sind zu einem Teil schon in der Gegenwart der Wissenschaft zugänglich, ebenso wie deren Ursachen und Gefährdungen. (Hier wäre nicht zuletzt auch 'Krankheit' zu nennen. Denn "was ist jede Krankheit als in seiner Freiheit gehemmtes Leben" (MEW, 1, S. 59).) Aus den Menschenmöglichkeiten folgen auch *Verhaltensnotwendigkeiten*. Ethisch ausgedrückt sind dies aber nicht Anpassungstugenden sondern Veränderungstugenden. Bertolt Brechts »Flüchtlingsgespräche« haben zum Thema die Hoffnung auf eine Gesellschaft, in der man keine Tugenden mehr braucht sowie die Tugenden, die man braucht,



um eine solche Gesellschaft zu erreichen. Indem diese Tugenden praktisch auf Veränderung der Bedingungen gerichtet sind, verändern sie auch die handelnden Subjekte — vorausgesetzt sie bleiben im weiteren Sinne erkenntnisfähig und Ethik wird begriffen als erfahrungsverarbeitende wissenschaftliche Theorie-Praxis. Verkirchlichung und Dogmatismus sind das Gegenteil davon.

Die neokonservativen Ideologen sind natürlich extrem pessimistisch, was die Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten angeht. Andererseits ist ihr Heilsglaube an die Möglichkeiten der Technik waghalsig und optimistisch bis zum Risiko des kollektiven Selbstmordes. Darin drückt sich die Subjekt-Objekt-Beziehung zwischen Kapital und Arbeit aus, die ja zugleich Herrschaft des Vergegenständlichten über das Leben ist. Gegen die Verinnerlichung dieser Verhältnisse in Gestalt des negativen Menschenbildes hilft auch nicht der Hinweis, daß der Mensch ja schließlich Schöpfer der zukunftsverheißenden 'high tech' sei.

Das Menschenbild gibt dem 'Du' die spezifische Gestalt, auf die sich das Gewissen bezieht. In der Medizin ist dieses 'Du' der Patient. Auf die Frage, was also der Mensch ist, für dessen Gesundheit sie da ist, antwortet stellvertretend für die konservative Medizin Schaefer: "Der Mensch ist in seiner Natur ein auf Aggression und Zerstörung angelegtes Lebewesen. Diese seine Eigenschaft tritt dann immer stark hervor, wenn seine Destruktivität nicht durch gesellschaftliche Maßnahmen gezähmt ist" (S. 85). Die Attraktivität dieser Sichtweise liegt in ihrer ganz besonderen Entlastungsfunktion des Gewissens: Eine tatsächliche gesellschaftliche und praktische Sichtweise von Krankheit und Gesundheit würde die Handelnden in der Medizin vor äußerst bedrohliche Konflikte mit den mächtigen Interessen führen. Mit der Vermeidung dieser 'äußeren' Bedrohung handelt man sich aber eine 'innere' Bedrohung ein durch das Gewissen, das sich immer quälend bemerkbar macht, wenn Werthaltungen (in diesem Fall ärztliches Ethos) aufgegeben werden.

Also muß das Motiv der Konfliktvermeidung als Ursache der Gewissensnot 'verdrängt' werden zugunsten einer anderen Problemsicht vom Menschen und seiner Krankheit, die beruhigt, da sie den 'äußeren' Konflikt als völlig überflüssig und abwegig erscheinen läßt. Die Vorstellung vom destruktiven, faulen und egoistischen Menschen erlaubt es, die Krankheitsursachen und Genesungsbedingungen zu subjektivieren, sogar in der Krankheit einen (bestrafenden oder läuternden) "Sinn" zu sehen (vgl. Zechmeister, S. 140 ff.). Die wissenschaftlichen Argumente zur Stützung dieses Bildes sind derartig schwach (s. Fromm, b), daß seine ideologische Dominanz ohne dieses starke Bedürfnis nach Manipulation des eigenen Gewissens kaum zu erklären ist.

## Die Entideologisierung der Ethik

Daß Ethik vielfach mißliche Empfindungen hervorruft und auf innere Abwehr stößt, kann als Zeichen nicht gänzlich gelingender Anpassung verstanden werden. Allerdings wird das Unbehagen, indem es kein Bewußtsein vom tieferen Zusammenhang seiner Entstehung hat, durchaus herrschaftskonform verarbeitet. Dazu hält die Ideologie auf allen Ebenen, vom Alltagsbewußtsein bis zur Wissenschaft und Philosophie entsprechende Rationalisierungen bereit, die als Pragmatismus, Sachverstand, Empirismus oder Positivismus daherkommen. Sie standen in den sechziger Jahren in der Blüte, zu ihren Symbolfiguren zählen Sir Popper und Helmut Schmidt. Gedacht wird 'wertfrei' und regiert wird 'ordentlich'.

Wer sich keine andere Gesellschaft denken kann, für den wird die bestehende auch nicht zum Problem. Die Illusion von der Ideologiefreiheit ist um so glaubwürdiger, je unbewußter und totaler die Identifikation mit dem Bestehenden ist. Der innere Konflikt zwischen den gattungsmenschlichen Bedürfnissen nach Orientierung und Hingebung einerseits und denen der "Insistenz auf Selbstimagination" (Neuhaus 1986, S. 40) verspricht sich aufzulösen. Störungen dieser Harmonieverheißungen disqualifizieren sich moralisch von alleine. Denn mit der Ideologie wird auch die Moral zur Sache selbst und Abweichungen von der Sache werden unmoralisch. Wenn die Entideologisierung aber die Identifikation des Ich mit den bestehenden Verhältnissen bedeutet, dann muß alle Kritik dieser Verhältnisse 'Ideologie' sein. 'Ideologie' wurde denn auch zum zentralen Kampf- und Ausgrenzungsbegriff. Mit ihm grenzt man die nicht konforme Wertung aus der Wissenschaft aus wie die Opposition aus der Politik. Man verteidigt nicht etwa Werthaltungen, Richtungen oder Ideale, sondern ist nüchtern, sachlich, tritt gegen alle Verklärungen, Idealisierungen und Ideale auf.

Das scheinbare Nichturteil ist an apologetischer Kraft wohl nicht zu übertreffen. Man hat es und keiner schreibt es einem vor. Die Verhältnisse werden "mit dem Schmuck fehlender Prädikate" versehen, denn "kein Urteil ist so unverdächtig, so unscheinbar, so verführerisch wie dasjenige, das angeblich nichts ist als die Sache selbst" (Anders, S. 163). Entideologisierte Wissenschaft und Philosophie verhält sich zur Gesellschaft "als zur Grundlage ihres Bestehens, als zu einer nicht weiter begründbaren Voraussetzung, daher als zu ihrer Naturbasis" (MEW, 1, S. 369). Folglich ist der unpolitische Mensch der 'natürliche' Mensch. Ein 'guter' Arbeiter, Wissenschaftler oder Arzt ist 'sachlich'. Die Werthaltung zu seiner Arbeit in der Produktion, in der Wissenschaft und in der Medizin hat in diesen nichts zu suchen, ist 'sachfremd', also

privat, das heißt nicht öffentlich. Da die Menschen somit ihre Werte aber nicht als gesellschaftliche Menschen, sondern als Privatmenschen haben, so können diese auch von den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen weder bestätigt noch zurückgewiesen werden. Sie sind also beliebig. Und solange das Beliebige privat ist, ist es erlaubt und darf als Pluralismus gelten. Die subjektive und relativistische Ethik hat es so leicht, weil sie diese Verhältnisse nicht stört. Sie hat es leicht um den Preis, daß sie nichts ist als die Verdopplung der Illusion von der Entideologisierung.

Die Ablösung des sachlichen Helmut Schmidt durch Helmut Kohl und die "geistig-moralische Wende" symbolisiert tiefgreifende Veränderungen, die davon verursacht sind, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit sich gegen die Identifizierung mit ihr zu sträuben begann.

### 'Wertewandel'

Die Illusion von der Entideologisierung basiert auf der Fraglosigkeit der Identifikation mit dem Bestehenden. Sie bleibt weiterhin die dominierende Verkleidungsform der als Moral verinnerlichten gesellschaftlichen Interessen. Aber seit Mitte der siebziger Jahre geraten die objektiven Gründe, aus denen heraus sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung fraglos in die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik eingefügt hat, ins Wanken. Entweder zeigen sich unmittelbar erfahrbare Krisenerscheinungen bei Beschäftigung und Umwelt oder die Identifikationsobjekte sollen kassiert werden wie sozialstaatliche Rechtsstaatsgarantien und Leistungen. Durch solche Veränderung der Bedingungen verliert die Ausrichtung der Werthaltungen auf sie an Selbstverständlichkeit. Damit wird die Moral zum politischen Problem konservativer Politik. Der Begriff von der geistig-moralischen Wende erhält erst in diesem Zusammenhang seinen Sinn.

Das 'Maß aller Dinge' konservativer Ethik sind die bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.<sup>4</sup> Ihrer gesellschaftlichen Rolle gemäß haben Konservative eine besondere Sensibilität für Moralprobleme. Zum einen ist die Grundposition aller herrschenden Schichten gegenüber der Moral der Machtunterlegenen eine Position der Besorgnis und des Mißtrauens. Zum anderen sind konservative Sichtweisen notwendigerweise subjektivistisch, wodurch der Moral in ihrem Gesellschaftsbild die Bedeutung einer Grundvoraussetzung zukommt: Konser-

vatives Ideal sind ja die bestehenden Strukturen, deren immer reinere Gestalt angestrebt wird. Folglich können diese nicht Ursachen von Fehlentwicklungen und Krisen sein (es sei denn, man erklärte Krisen zum zwingenden Inhalt des Ideals, etwa zum 'Preis der Freiheit'). Bei aller Vielfältigkeit konservativer Krisenerklärungen für die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft: niemals liegen die Ursachen in den Verhältnissen selbst. Schuld sind vielmehr deren Verunreinigungen als Folgen fehlangepaßter Moral oder (hier nicht weiter zu verfolgen) exogene Faktoren wie Ausländer, kommunistische Infiltration ('fünfte Kolonne') und andere 'Artfremdheiten'. Insbesondere die Moral der abhängig arbeitenden Bevölkerung in ihren 'Rollen' als Arbeitskräfte, als Bürger, als Anspruchsberechtigte gegenüber staatlichen Leistungen und Rechtsgarantien oder als kinderaufziehende Eltern wird zum Gegenstand und Hebel konservativer Politik. Vereinfacht ausgedrückt, sollen die individuellen Werthaltungen auf die Notwendigkeiten orientiert werden, die sich unter den krisenhaften Bedingungen für die kapitalorientierte Stabilisierung und Modernisierung der sozialökonomischen Strukturen ergeben (Kühn 1985). Zugleich soll die innere Konformität mit diesen Notwendigkeiten als Freiheit erlebt werden können.

Eine sehr informative zusammenfassende Darstellung der neokonservativen Sichtweise des Moralproblems und ihrer politischen Bedeutung findet sich im Bericht der sogenannten Späth-Kommission von 1983 (Bericht).<sup>5</sup> Auch hier geht es um den 'moralischen Verfall', um den es den Konservativen immer geht, aber nicht pauschal und zeitlos. Man verzeichnet einen "Wertewandel", der sich in den sechziger Jahren bis Mitte der siebziger Jahre vollzogen habe. Dessen Dynamik sei zwar erloschen. Das könne man aber keineswegs von den Folgen sagen. Gewandelt hätten sich "Werte", gemeint als "*verinnerlichte Führungsgrößen*" des menschlichen Tuns und Lassens, die überall dort wirksam werden, wo nichtbiologische 'Triebe', Zwänge, oder 'Nutzwürdungen' den Ausschlag geben. Immer wenn Menschen etwas wünschen oder etwas 'wichtig' finden, Lebensleitbilder verfolgen oder als Person Stellung nehmen und Urteile aussprechen, sind 'Werte' im Spiel. Diese brauchen ihren Trägern keineswegs voll bewußt zu werden, sondern können in soziale Gewohnheiten und kulturelle 'Selbstverständlichkeiten' eingebettet sein. Sie können sich aber auch in 'Idealen' und in differenzierten Systemen gesellschaftlicher Ethik niederschlagen" (S. 38). Die Funktion der Werte sei die der "Sinndeutung der individuellen Existenz" und der "Festlegung und Rechtfertigung der sozialen Wirklichkeit und der Stellung des Einzelnen in ihr" (S. 38). Hier erhält die alte These wieder Nahrung, derzufolge qualifizierte Konservative, von der Not des politischen Praxisbezuges getrieben, zuweilen sogar fast 'marxistisch' werden. Für Marx sind die 'verinnerlichten Führungsgrößen'



(Ideale und Motive) u. a. in den Gesetzen der Moral ideell ausgedrückte Existenzbedingungen der bestehenden Verhältnisse vom Standpunkt der herrschenden Klasse, "die von ihren Ideologen mit mehr oder weniger Bewußtsein theoretisch verselbständigt werden, in dem Bewußtsein der einzelnen Individuen dieser Klasse als Beruf pp. sich darstellen können und den Individuen der beherrschten Klasse als Lebensnorm entgegeng gehalten werden, teils als Beschönigung oder Bewußtsein der Herrschaft, teils als moralisches Mittel derselben" (MEW, Bd. 3, S. 405).

Krisenverursachende Wirkungen des 'Wertewandels' seien der Vertrauensverlust und die ausufernden individuellen Anspruchshaltungen: ein Schwund der Zukunftsgewißheit mache "die Zukunft geeigneter, als Raum der Einbildung von Ängsten zu dienen", womit keinesfalls gesagt sei, "daß die Zahl der Gründe zunähme, die wir hätten, schwarz zu sehen" (S. 27). Das drohe an die Wurzel zu gehen, da als "Sozialkitt" der hocharbeitsteiligen technischen Zivilisation das Vertrauen sowohl in die "Sachkompetenz der Experten" als auch die Zuversicht im Verhältnis zur Zukunft nötiger sei denn je.

Damit zusammenwirkend stellt sich als zentrales Moralproblem ein Wertewandel im eigentlichen Sinne dar als relativer Bedeutungsverlust der *Pflicht- und Akzeptanzwerte* gegenüber dem, was man als *Selbstentfaltungswerte* bezeichnet. Gerade die Pflicht- und Akzeptanzwerte (wie Disziplin, Gehorsam, Treue, Unterordnung, wie die älteren Selbstbeschränkungs- und Bescheidenheitsnormen usw.) erleichtern es den Menschen, "sich auf neuartige Anforderungen und Belastungen einzulassen, ohne an sie den Anspruch auf persönliche Sinnevidenz und Lebenserfüllung heranzutragen" (S. 38, Hvg. H. K.). Wachstum und Modernisierung der Gesellschaft erfordern jedoch solche Fähigkeiten.

Nach neokonservativem Konsens ist die Wachstumskrise nicht ursächlich auf die Produktionsverhältnisse zurückzuführen (geht es doch um deren Vervollkommnung), sondern auch auf die Krise des Bewußtseins. Die Gründe dafür sieht man zeitlich zwischen der Studentenbewegung und dem Ende der Regierung Brandt und sachlich im Versagen der Bildungsinstitutionen, in einer "Medienrevolution" (die der "aufklärerischen, überwiegend antiautoritär eingestellten Intelligenz unvorstellbare Chancen der Massenwirkung" eingeräumt habe), im Sozialstaat, der Ansprüche ohne Leistungen legitimiere, im Rechtssystem und bei den "politischen Eliten", die diesem allem Vorschub geleistet hätten. Die so entstandene "*Selbstentfaltungsmoral*" produziere nun sozialen Gärstoff, soziale Unzufriedenheiten und Frustrationen durch überzogene Erwartungen, die Struktur der Wünsche und Bedürfnisse habe sich verschoben, was zu "neuartigen Konflikt- und Polarisierungsfronten" geführt

habe (S. 40 ff.). Herder-Dorneich (S. 71) bringt es auf den Begriff, wenn er meint, während der Reformpolitik seien "stagnationsbildende Verhaltensweisen" sozial gelobt, anerzogen und eingeübt worden, während zugleich "*wachstumsfördernde Verhaltensweisen*" zerrüttet, verlernt und verteufelt worden seien. Die inhaltliche Bestimmung dieses moralischen Ideals wird deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß 'Wachstum' nichts anderes ist als die Vergrößerung der Summe des privaten Kapitals und seiner Infrastruktur.

Im Bericht der Späth-Kommission wird die Eindämmung des Wertewandels auch unter dem Aspekt der politischen Berechenbarkeit behandelt. Die vorhandene "Werteausstattung" der Bevölkerung reagiere empfindlicher auf wirtschaftliche und politische Veränderungen, wobei im "einen Augenblick mit Angstempfinden und Sorge gepaarte Anpassungsbereitschaften, im anderen Augenblick dagegen Neigungen zur 'Aufmüpfigkeit' in den Vordergrund treten." (S. 43) Alles in allem sei die "Wertkultur" nicht in Ordnung, man könne ihre weitere Entwicklung nicht mehr sich selbst überlassen, sondern müsse politisch auf sie einwirken. Es gehe um eine neue "Wertsynthese", die berücksichtigen müsse, daß das Motiv der "Selbstverwirklichung"<sup>5</sup> heutzutage nicht mehr autoritär bekämpft werden dürfe, sondern integriert und instrumentalisiert werden müsse und könne. Ziel müsse die "Rationalisierung der sich verändernden Einstellungen" sein (S. 28). Dabei will man es bei Moralpredigten nicht bewenden lassen: eine "realistische *Ordnungspolitik*" solle die Rahmenbedingungen sicherstellen, "innerhalb deren sich die Vernünftigkeit der 'kompetenten' Einzelnen frei und sicher entfalten und bewähren kann" (S. 45). Mit anderen Worten: es sollen die Strukturen und Sanktionsmechanismen der Gesellschaft so gestaltet werden, daß sie stärkeren Druck auf "wachstumsfördernde" funktionale Moral ausüben.

Der Text wird in der nächsten Nummer (10/87) fortgesetzt. Dort folgen auch die Literaturangaben. Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Aufsatzes in: Jahrbuch für kritische Medizin 12, Argument-Sonderband 146, Hamburg 1987.

#### Anmerkungen

1) Im folgenden bezeichne ich mit *Moral* verinnerlichte soziale (objektive, aber historisch sich verändernde) Notwendigkeiten einer Klasse, Schicht, Berufsgruppe im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang mit wertendem, gebietendem und verhaltensmotivierendem Charakter. Die analytische und normative politische Beschäftigung damit nenne ich *Ethik*.

2) "Konservatismus" bezieht sich im Kern auf die Erhaltung der ökonomisch-sozialen Grundstrukturen unter sich verändernden Bedingungen, an die er sich anpaßt. Als Ideologie hat er — wie Fritzsche (S. 98) bemerkt — "die Spannweite der Extreme

voll ausgeschritten: von der Herrschaft Gottes zur Herrschaft der Technik, von der Manipulation als Glauben zur Manipulation als Vorsatz, von der Tradition zur Dezision, von der Autorität zum Terror, von der Existenzleugnung der Arbeiterklasse über ihre Integration bis zur Liquidation; und je nach dem Bewegungsstrom der Interessen alle diese Wege auch wieder zurück."

3) Um Mißverständnissen vorzubeugen: wesentliche Elemente der ideellen und moralischen Haltungen und Sichtweisen zur Konservierung des Bestehenden entwickeln sich weitgehend spontan. Sie können sowohl Ausdruck objektiver Interessenlagen sein als auch Resultate undurchschaubarer, aber sehr konkreter Alltagserfahrungen. Konservative Ethiken, Konzepte, Analysen interessieren hier allein wegen ihrer Eigenschaft Systematisierungen, Zuspitzungen und Kristallisationen zu sein. Als wirklichkeitskonstituierende 'Strategien' müssen sie nicht sonderlich ins Gewicht fallen.

4) Welches "Selbst" als nach seiner Verwirklichung strebend angesehen wird, ergibt sich erst im Zusammenhang mit dem Menschenbild.

5) Eine erhellende Zusammenfassung hierzu ist das Kapitel: »Verwaltung durch Sinn bei Luhmann« in: Theorien, 1979, S. 165 ff.

*Psychologie ist eine Unverschämtheit.*

*Gottfried Benn*

## Das Buch zum Blüm

Hans-Dieter Bamberg

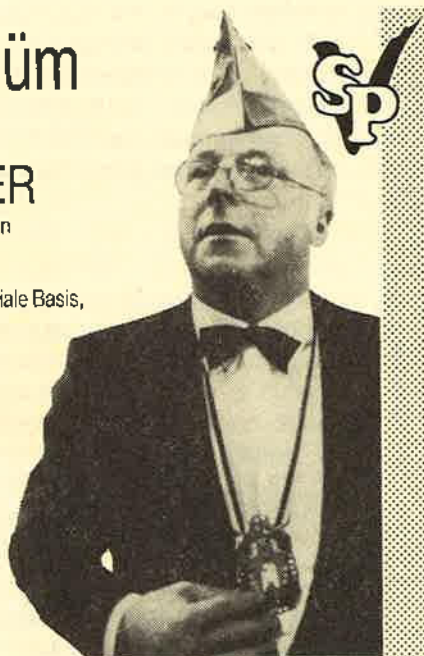
### DER MUNTERMACHER

Aufstieg und Aussichten, Aktivitäten und Ansichten  
des Norbert Blüm

Das Buch zum Blüm. Das Buch über Karriere, soziale Basis, Weltbild, Ministerstätigkeit und Aussichten des Norbert Blüm. Biographisch, ideologiekritisch, materialreich. Ein Beitrag zum vermeintlichen »Charme« des Christlich-Sozialen in der CDU.

ISBN 3-924800-34-0  
340 Seiten · DM 19,80

SP-Verlag, N. Schüren, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg  
Auslieferung: BücherPresse, Postf. 500266, 2000 Hamburg 50



## ■ Eine linke Kulturzeitschrift.

»... aktiviert der **UMBRUCH** das vakant gewordene Feld linker Theoriebildung und mobilisiert eine offene kulturtheoretische Debatte, ohne sich im Reservat neomarxistischer Selbstverständlichkeiten einzuschließen.« (Michael Braun in der taz)

## ■ Mit einer interessanten Mischung aus Literatur, Kunst und Wissenschaft.

»... hat es der **UMBRUCH** auch ohne avancierte Kulturkader geschafft, den passionierten Leser mit Themenheften neugierig zu machen.« (Michael Buselmeier in der Frankfurter Rundschau)

## ■ Jetzt zum Kennenlernen:

Die beiden neuesten Ausgaben  
— das sind über 150,  
zum Teil farbige Seiten —  
zusammen für 10 Mark!  
Einfach einen Scheck  
(oder Schein) schicken an:

**UMBRUCH**  
Mainzer Landstraße 147b  
6000 Frankfurt





HERRN  
WOLFGANG ALBERS  
PFALZBURGER STR. 72 A  
1000 BERLIN 15

Oktober

(ab 3. Oktober)